

Religionen als Partner für Frieden in der Welt: Potenziale für die Außenpolitik

Bender, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bender, P. (2017). *Religionen als Partner für Frieden in der Welt: Potenziale für die Außenpolitik*. (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik). Stuttgart: ifa (Institut für Auslandsbeziehungen). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55547-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

ifa-Edition Kultur und Außenpolitik

Religionen als Partner für Frieden in der Welt

Potenziale für die Außenpolitik

Peter Bender

ifa



ifa-Edition Kultur und Außenpolitik

Religionen als Partner für Frieden in der Welt

Potenziale für die Außenpolitik

Peter Bender

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Zusammenfassung	6
Executive Summary: Religion und deutsche Außenpolitik im Fokus	7
Hintergrund – Begründung der Relevanz des Themas und bisheriger Forschungsdefizite	9
1. Einführung: Kein Weltfriede ohne Religionsfriede? – Globale Friedensverantwortung von Religionen und Außenpolitik	11
2. Religionsbezogene Außenpolitiken ausgewählter Staaten im Vergleich – Prioritäten, Institutionen und Beispiele	17
2.1 Deutschland	17
2.2 Schweiz	19
2.3 Frankreich	23
2.4 Großbritannien	27
2.5 Italien	30
2.6 USA.....	32
2.7 Vatikan	36
3. Religionsbezogene Aktivitäten internationaler Organisationen	40
3.1 Vereinte Nationen (UN)	40
3.2 Europäische Union	44
3.3 Europarat	47
3.4 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	49
3.5 G 7/G 8, G 20 und Weltwirtschaftsorganisationen	50
3.6 <i>Organisation of Islamic Cooperation</i> (OIC).....	52
3.7 Afrikanische Union (AU).....	55
3.8 Arabische Liga (Liga der arabischen Staaten LAS)	57
4. Dialogpartner in Europa, Maghreb und Westafrika	60
4.1 Russland	60
4.2 Türkei	62
4.3 Marokko.....	63
4.4 Tunesien.....	65
4.5 Nigeria.....	66
5. Dialogpartner im Nahen Osten, der Golfregion und Südostasien	69
5.1 Ägypten.....	69
5.2 Iran.....	71
5.3 Israel und Palästinensische Gebiete.....	73
5.4 Jordanien	74

5.5 Libanon	75
5.6 Saudi-Arabien.....	76
5.7 Indonesien	78
6. Thematische Optionen für Deutschlands religionsbezogene Außenpolitik im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP).....	82
6.1 Friedenserziehung und (Religions-)pädagogik	82
6.2 Religionen und Konfliktprävention, Mediation und Versöhnungsarbeit	83
6.3 Engagement religionsbasierter Akteure für globale Aufgaben	84
6.4 Religion und Außenpolitik in internationalen Organisationen.....	85
6.5 Förderung interreligiöser Kooperation, Forschung und Friedensarbeit.....	87
7. Schlussfolgerungen	89
Literaturverzeichnis	93
Anhang	107
Zum Autor	111

Vorwort

„Neue Friedensbemühungen und Herausforderungen in den internationalen Beziehungen erfordern vermehrt Religionskompetenz und -sensibilität in der Außen- und Sicherheitspolitik und die Bereitschaft und Qualifikation, mit Religionsgemeinschaften partnerschaftlich zusammen zu arbeiten,“ konstatiert der Autor Peter Bender in der vorliegenden Studie.

Religionen sind nicht nur normgebend und identitätsstiftend, sondern auch in vielen Ländern institutionell Träger der Zivilgesellschaft, die vor allem soziale Infrastrukturen bieten und denen Vertrauen entgegengebracht wird. Diese starke politische und soziale Kraft von Religion kann Konflikte befeuern, aber auch friedensstiftend wirken.

Peter Bender, der Autor der vorliegenden Studie, untersucht Religion in der Außenpolitik ausgewählter Länder und entwickelt anhand beispielhafter Initiativen und Akteure Potenziale für die deutsche Außenpolitik. Wie kann *Religious Literacy* erhöht werden? Welche Akteure sollten einbezogen werden? Welche Themen sollten im Fokus stehen?

Die Studie ist im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ entstanden. Dem Autor der Studie möchte ich auf diesem Wege herzlich für seine Arbeit und sein Engagement für dieses Forschungsprojekt danken. Mein Dank gilt auch der Leiterin des ifa-Forschungsprogramms Odila Triebel für den Impuls und ihr kontinuierliches Engagement für dieses Thema, sowie Sarah Widmaier und Isabell Scheidt, die das Projekt konzeptionell und redaktionell begleitet haben.

Das ifa engagiert sich weltweit für ein friedliches und bereicherndes Zusammenleben von Menschen und Kulturen. Es fördert den Kunst- und Kulturaustausch in Ausstellungs-, Dialog- und Konferenzprogrammen. Als Kompetenzzentrum der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vernetzt es Zivilgesellschaft, kulturelle Praxis, Kunst, Medien und Wissenschaft. Um Innovationsprozesse voran zu treiben und neue Ideen zu kreieren, sind der Blick und Impulse von außen essenziell. Hierfür müssen Orte der Begegnung, des gemeinsamen Experimentierens und Lernens geschaffen werden.

Ihr

Ronald Grätz,

Generalsekretär des ifa (Institut für Auslandsbeziehungen)

Zusammenfassung

Zahlreiche Staaten und internationale Organisationen haben das Friedenspotenzial von Religionen außenpolitisch verstärkt in den Blick genommen, die strategische Bedeutung religionsbezogener Friedenspolitik erkannt und entsprechende Kooperationen initiiert. Wie thematisieren Staaten und internationale Organisationen Religion in den internationalen Beziehungen? Wodurch bauen sie Religionskompetenz in ihren Außenbeziehungen auf und wo arbeiten sie mit Religionsgemeinschaften erfolgreich zusammen? Was folgt daraus für Deutschlands Außenpolitik? Diese Studie antwortet darauf mit einem Überblick über Hauptakteure und Handlungsfelder mit Fokus auf die Religionen Christentum, Judentum und Islam. Bei den religionsbezogenen Außenpolitiken ausgewählter Staaten dient als Analyseraster der Studie die Untersuchung der wichtigsten Aktivitäten zentraler außenpolitischer Akteure mit dem Fokus auf Außenministerien und internationale Organisationen, punktuell ergänzt durch besondere Initiativen anderer Ressorts und Institutionen. Bei der Betrachtung potenzieller Dialogpartner in Europa, Mittelmeer, Afrika und Asien liegt der Schwerpunkt auf beispielhaften Projekten und Aktivitäten mit deutscher, europäischer oder interreligiöser Beteiligung. Methodisch liefert neben der Akteurs-, Institutionen-, Literatur- und Dokumentenanalyse eine nicht-repräsentative, anonymisierte schriftliche Umfrage bei über hundert Experten, Praktikern, Multiplikatoren unterschiedlicher Ebenen aus (Außen-)Politik, Religion und Wissenschaft ergänzend als Hintergrundinformation ein Meinungs- und Stimmungsbild zu Religion und (deutscher) Außenpolitik.

Executive Summary: Religion und deutsche Außenpolitik im Fokus

Staaten und internationale Organisationen thematisieren Religion in der Außenpolitik sehr unterschiedlich, sowohl was die institutionelle Organisation, die inhaltlichen Schwerpunkte als auch die Methoden und Instrumente angeht. Dennoch lassen sich ein paar allgemeine Charakteristika festhalten:

- Religionskompetenz in den Außenbeziehungen wird besonders in den Ministerien für Äußeres bzw. für Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut – hauptsächlich organisatorisch in speziellen Stabsstellen, durch Beiräte von Religionsvertretern oder von Wissenschaftlern, durch Fortbildungen für Diplomaten, durch wissenschaftliche Forschungsaufträge oder als Gastgeber/Unterstützer für internationale/interreligiöse Konferenzen.
- Parlamentarier befassen sich mit Religion in den internationalen Beziehungen über überparteiliche thematische Netzwerke, Arbeitsgruppen, Fachausschüsse oder informieren sich anlass- und problem-/länderbezogen über parlamentarische Expertenanhörungen, wissenschaftliche Dienste und Dialogveranstaltungen.
- Internationale Organisationen wie etwa Vereinte Nationen oder Europäische Union arbeiten religionsbezogen oft mit der Einrichtung von Sonderbeauftragten, thematischen Programmen, Initiativen, Motivjahren/-tagen sowie strukturierten Dialogen mit Religionsvertretern.

Inhaltlich stehen bei den meisten Staaten und Organisationen besonders

- die internationale Förderung der Religionsfreiheit,
- der Kampf gegen Radikalisierung und religiös verbrämte Gewalt,
- Mediation,
- interreligiöser Dialog sowie
- geographisch die Region Naher und Mittlerer Osten im Fokus.

Die Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften und religionsbasierten Akteuren ist dort besonders erfolgreich, wo die Kooperationspartner sorgfältig identifiziert und ausgewählt werden, ihnen auf Augenhöhe begegnet wird und sie in ihrer Autonomie als Partner aus den Religionen respektiert werden. Zudem sollten die Ziele der Zusammenarbeit gemeinsam definiert werden, eine genaue Situations- und Kontextanalyse vorgenommen sowie fachliche Lösungskompetenzen aktiviert und gefördert werden. Natürlich sind auch die politische Stabilität in den Partnerländern, das gegenseitige Vertrauen in den allgemeinen bilateralen Beziehungen und die Funktionsfähigkeit von Institutionen im Land entscheidende Rahmenbedingungen.

So wichtig gerade im Dialog mit Religionsvertretern im Ausland die Auswahl und der Kontakt zu glaubwürdigen, engagierten, kooperativen, verlässlichen Einzelpersönlichkeiten und deren langfristiges Engagement ist, so ist es doch auch für den dauerhaften Erfolg wichtig, die Zusammenarbeit nicht nur von Personen abhängig zu machen, sondern auch strukturell und institutionell abzusichern.

Religionsbasierte Akteure sind zur Frühwarnung bei entstehenden oder zu eskalieren drohenden Konflikten wertvolle Informationsquellen und bei Kontaktaufnahme mit Konfliktparteien unter Umständen flexibler und anschlussfähiger als Regierungen oder staatliche Institutionen. Jedoch sollten moderate Akteure, dabei ebenfalls einbezogen werden. Hierfür gilt es geeignete Instrumentarien zu schaffen und jeweils die Reichweite der Aktionen und Akteure zu beachten.

Auch die Benennung von Zielgruppen und Einzelmaßnahmen, wie etwa die Förderung theologisch-wissenschaftlicher Bibliotheken, eine erste Beschränkung auf eine Projektauswahl, könnte zunächst hilfreich sein. Die Bundesregierung sollte auch die Grundsatzzfragen klären, mit welchem Ziel sie die Friedenspotenziale der Religionen nutzen möchte: für sich in Deutschland, für die Unterstützung von religionsbasierten Akteuren und Friedensprozessen vor Ort im Ausland – und welche Kooperationen auf welcher Ebene eingegangen werden sollen.

Die Bedeutung von langfristig finanzierter, auch interdisziplinärer Forschung und wissenschaftlicher Expertise zu Religion und internationaler Politik ist ebenso bedeutsam wie die Verzahnung verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, Politikwissenschaft, Theologie, Religionswissenschaft, aber auch empirische Religionssoziologie, Ethnologie, Soziologie oder moderne (ggf. visualisierte) dynamische soziologische Netzwerkanalysen können für die Außenpolitik wichtige Erkenntnisse liefern.

Hintergrund – Begründung der Relevanz des Themas und bisherige Forschungsdefizite

Eine vernetzte Außenpolitik kann zur Flankierung einer zivilen Friedenspolitik von einer intensiveren Zusammenarbeit mit ausländischen nicht-staatlichen Partnern profitieren. Gerade Religionsgemeinschaften arbeiten vielfach mit besonderer Motivation, spezifischer Glaubwürdigkeit und internationalen Netzwerken weltweit an Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität – auch wenn einige andere sich auf Religion berufende Gewalttäter immer wieder außenpolitisch bedeutsame Krisen auslösen. Neue Friedensbemühungen und Herausforderungen in den internationalen Beziehungen erfordern Religionskompetenz und -sensibilität in der Außen- und Sicherheitspolitik und die Bereitschaft und Qualifikation, mit Religionsgemeinschaften partnerschaftlich zusammen zu arbeiten.

Dies gilt umso mehr als säkularer werdende Gesellschaften in Deutschland und Europa einerseits sich zunehmend religiöser werdenden Gemeinwesen außerhalb Europas andererseits gegenüber sehen (Bacot 2013) – und die außenpolitischen Implikationen dieser Veränderungen vertieftes Verständnis benötigen. Gerade für ein weltweit so vernetztes Land wie Deutschland mit gewachsener internationaler Verantwortung ist religionsbezogene außenpolitische Expertise, die in anderen Ländern zum Teil schon seit Jahren institutionalisiert ist, von zentraler Bedeutung: im eigenen fachlichen Interesse des Auswärtigen Amts, zur Stärkung der Friedenszusammenarbeit mit religiösen Partnern sowie in der grundlegenden Zielrichtung einer vernetzten, kooperativen deutschen Außenpolitik.

Während der Einfluss religiöser Akteure auf internationale Politik und Konflikte sowie die Religionsbezüge der Außenpolitik der USA vielfach erforscht werden, gibt es dagegen ein Forschungsdefizit zu religionsbezogenen außenpolitischen Aktivitäten europäischer Staaten oder internationaler Organisationen und kaum Informationen über praktische Beispiele. Hier möchte dieses Forschungsprojekt ansetzen. Dabei geht es um einen ersten praxisorientierten Überblick, um einen Rahmen für vertiefte Einzelforschung anzubieten und konkrete außenpolitische Handlungsempfehlungen für Deutschland zu formulieren.

Religion und Außenpolitik besser begreifen – Skizze des Vorhabens

Wie „bearbeiten“ andere Staaten und ausgewählte internationale Organisationen das Thema Religion und internationale Beziehungen? Welche Rolle kann Religion in der deutschen Außenpolitik spielen? Welche Akteure sollten einbezogen werden? Wie können Akteure der Außenpolitik und der AKBP die fließenden Grenzen zwischen Kultur und Religion nutzen, um internationale Politikaufgaben mit religionsbasierten Partnern konstruktiv zu bearbeiten? Wie kann „*Religious Literacy*“/Religionskompetenz in der Außenpolitik erhöht und wo kann mit Religionsgemeinschaften erfolgreich zusammen gearbeitet werden?

Der Schwerpunkt der Studie liegt zunächst geographisch auf Europa, den USA, dem nordafrikanisch-nahöstlichen Mittelmeerraum und religiös-konfessionell auf den drei monotheistischen Weltreligionen Christentum, Judentum und Islam. Diese vorläufige Fokussierung ist auftragsgemäß gewünscht, aber nicht exklusivistisch zu verstehen. Eine zweite Studie im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ wird nicht-abrahamitische Religionen behandeln. Fragen der internationalen Religionsfreiheit sollen nach der Auftragsbegrenzung nicht vertieft behandelt werden, da sie als Teil der Menschenrechtspolitik aufgefasst und institutionell getrennt vom Rahmen der hier maßgeblichen AKBP behandelt werden sollen.

Die Studie zielt darauf ab, durch eine grundlegende strukturierte Übersicht über Akteure und Aktionen im Themenfeld Religionen und internationale Beziehungen eine erste Orientierung zur religionsbezogenen Außenpolitik zu bieten. Davon ausgehend will die Studie Wege aufzeigen, wie Religionen und deutsche Außenpolitik gemeinsam Friedensverantwortung in der Welt wahrnehmen können.

1. Einführung: Kein Weltfriede ohne Religionsfriede? – Globale Friedensverantwortung von Religionen und Außenpolitik

„Kein Weltfriede ohne Religionsfriede!“ – mit diesem indirekten Aufruf zur gemeinsamen Friedensarbeit von Religionen und Politik startet Hans Küng zum Ende des Kalten Krieges 1990 das „Projekt Weltethos“ (Küng 1998), in einer Zeit, in der die internationale Politik nach einer „neuen Weltordnung“ sucht. In seinem flammenden Appell und gleichzeitig differenzierter Programmschrift hebt der Schweizer Theologe aus Tübingen die globale und eminent politische Bedeutung von Religionsdialog und einer gemeinsamen, in den verschiedenen religiösen Traditionen jeweils eigenständig begründeten Menschheitsethik hervor.

Damit thematisiert Küng – noch vor dem umstrittenen Bestseller „Der Kampf der Kulturen“ des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Samuel Huntington (Huntington 1998) und vor dem ersten islamistisch motivierten Terroranschlag auf das World Trade Center in New York im Jahr 1993 – die Rolle der Religion in der Weltpolitik, und zwar positiv. Dies unterstreicht die gemeinsame globale Verantwortung von Religionen und Außenpolitik für den Frieden zwischen Völkern und Staaten.

Bereits 1986 hatte Papst Johannes Paul II. mit dem interreligiösen Friedensgebet in Assisi ein beeindruckendes Zeichen zur weltweiten Zusammenarbeit der Religionen für den Frieden gesetzt¹ – eine globale Geste, die 2002, unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington, als interreligiöse Pilgerfahrt per Zug von Rom in den Wallfahrtsort des Hl. Franziskus mit über 200 Vertretern verschiedener Religionen bewusst wiederholt wurde.

Als idealistisch belächelt und theologisch misstrauisch beäugt, belässt es Hans Küng nicht bei Appellen und wissenschaftlichen Publikationen, sondern steht im Dialog mit den Weltreligionen (Küng/Kuschel (Hg.) 1993) und konkretisiert sein Projekt in Zusammenarbeit mit dem Parlament der Weltreligionen 1993 in Chicago (Küng/Kuschel (Hg.) 1996), mit dem *Inter Action Council* von renommierten *elder statesmen* (wie etwa auch dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt), mit Medien und Bildungseinrichtungen und in ausführlichen Leitfaden zur Umsetzung des Projekts in Wirtschaft, internationaler Politik (Küng 2000), Bildung und Wissenschaft (Küng (Hg.) 2002). Die Stiftung Weltethos in Tübingen setzt diese Arbeit fort.

¹ Umfangreich dokumentiert in Pontifical Commission „*Iustitia et Pax*“ 1987.

Spätestens seit den islamistisch motivierten Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA², ausgerechnet im von Iran initiierten Jahr des Dialogs der Kulturen der Vereinten Nationen, rückt die Befassung mit der Rolle von Religion in den internationalen Beziehungen als dringliche globale Aufgabe ins Zentrum breiter gesellschaftlicher Debatten, interdisziplinärer Analysen und nach oben auf die internationale politische Tagesordnung. Durch Globalisierung, Migration, Internet- und Mobilkommunikation können in nie dagewesener Intensität und Geschwindigkeit örtliche individuelle religionsbezogene Äußerungen, Handlungen lediglich einzelner Personen oder eigentlich nur lokale Konflikte mit religiösen Bezügen plötzlich nationale (religiöse) Unruhen in andern Teilen der Welt oder internationale Krisen auslösen.

Gegen die Kulturkampf-These im Gefolge Huntingtons setzt das programmatische Werk „Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen“ 2001, auf Initiative des damaligen UNO-Generalsekretärs Kofi Annan von einer hochkarätigen Expertengruppe erarbeitet, die Universalität der Menschenrechte, Vielfalt und Gemeinschaft, den interkulturellen und interreligiösen Dialog.³ Das neue Paradigma der globalen Beziehungen soll demnach geprägt sein von Gleichstellung, Überwindung des Freund-Feind-Denkens, Machtstreuung, Teilhabe, individueller Verantwortlichkeit und themenorientierter Kooperation (Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.) 2001: 120). Neben der Zivilgesellschaft können gerade Religionen durch ihre Ethik, ihre Werte und ihre spezielle Kompetenz für Anteilnahme und Versöhnung einen besonderen Beitrag auf diesem Weg zu Frieden durch Dialog leisten.

Auch wenn in der öffentlichen Wahrnehmung oft zunächst die konfliktive Rolle von Religion gesehen wird, so wird doch vor allem in den letzten zehn Jahren das Friedenspotenzial der Religionen verstärkt in den Blick genommen.⁴ Selbst wissenschaftliche Monographien, die „Glaubenskonflikte in der Weltpolitik“ im Überblick darstellen, sehen die „Macht der Religionen“ keinesfalls nur negativ, sondern mahnen sogar eine „realpoliti-

² Reaktionen von Persönlichkeiten aus Religion, Politik und Gesellschaft darauf zusammengestellt in Bercker, Edmund/Abeln, Reinhard (Hg.) 2002.

³ Im friedensorientierten weltweiten interreligiösen Dialog ist seit 1970 die internationale Bewegung *Religions for Peace* (RfP, früher: WCRP) aktiv, seit 1988 mit einem Dutzend örtlicher Gruppen auch in Deutschland, www.religionsforpeace.org.

⁴ z. B. Anna Lindh Forum 2010, Appleby 2000, Boehle 2016, Cox/Philpott 2003, Czada u. a. (Hg.) 2012, Hasenclever/De Juan 2007, Haynes 2012a, Keiswetter/Chane 2013, Marsden (Hg.) 2012, Smock (Hg.) 2006, Werkner (Hg.) 2016.

sche Perspektive für einen interreligiösen Dialog“⁵ an, um „zu einem Werte-Konsens (...) für eine friedliche Koexistenz der Weltreligionen“ zu gelangen (Röhrich 2004: 270).

Wegweisend für die neuere wissenschaftliche Analyse der friedensstiftenden Rolle von Religionen in politischen Gewaltkonflikten ist das umfassende Grundlagenwerk von Markus Weingardt „Religion Macht Frieden“ (Weingardt 2010). Darin analysiert der Friedensforscher aus Tübingen nicht nur die Bedeutung von Religionen in Konflikttheorien und die friedenspolitischen Ressourcen der Glaubensgemeinschaften, sondern er stellt in sechs Fallstudien religionsbasierte Friedensinterventionen aus Argentinien/Chile, der DDR, Britisch-Ost-Indien, Kambodscha, Mosambik und den Philippinen sowie Fälle aus über 30 weiteren Ländern erfolgreicher Beispiele religiöser Akteure in der Friedensvermittlung dar. Dabei arbeitet er die Bandbreite und Vielschichtigkeit von Konflikt-, Akteurs- und Interventionsmerkmalen heraus.

Wege zur konkreten Umsetzung dieser Ansätze in Politik, Religionsgemeinschaften und Friedensorganisationen zeigt Weingardt in einem anschaulichen Handbuch für praktische Friedensarbeit auf (Weingardt 2014). In einer politikberatenden Studie für die Bertelsmann Stiftung analysiert er die Rolle religionsbasierter Akteure bei der Transformation von Konflikten und die (unausgeschöpften) Friedenspotenziale der Religionen (Weingardt 2016). Politik ist dabei gefordert, friedensengagierte (inter)religiöse Akteure fachkompetent zu erkennen, diese ohne Vereinnahmung in ihrem Friedensengagement politisch zu ermutigen und in die konstruktive Konfliktbearbeitung einzubeziehen (Weingardt 2016: 46-48).

In einem knappen Überblick skizziert der nigerianische Präsident des Päpstlichen Rats für Interreligiösen Dialog, Francis Kardinal Arinze, noch vor den Anschlägen vom 11. September 2001 die zentralen Aussagen und Gebote zum Frieden in den verschiedenen Religionen und die daraus folgende geistliche und theologische Verantwortung und Verpflichtung der Religionen zum Frieden in der Welt (Arinze 2002: 23-37). Praktische Initiativen und Bewegungen für den Frieden aus den verschiedenen Religionen werden kurz vorgestellt, unter besonderer (aber nicht exklusiver) Berücksichtigung der Katholischen Kirche. Auch gesellschaftliche Aufgabenfelder, wo Religionen gemeinsam aktiv werden können, etwa Kinderrechte, Friedenserziehung, Familienförderung, Umweltschutz, Abrüstung und Verbot von Waffenhandel, sowie Beispiele für interreligiöse Friedens- und

⁵ Zu empirischer Forschung über internationale interreligiöse Dialoginitiativen vgl. das „KAICIID Peace Map Project“: Lehmann u. a. 2015.

Solidaritätsaktivitäten aus Bosnien-Herzegowina, den Philippinen, Pakistan, Indien, Sierra Leone, Äthiopien und Eritrea werden aufgeführt (Arinze 2002: 107-108).

In einer quantitativen Analyse „*Peace & Religion*“ untersucht das *Institute for Economics and Peace* (IEP) statistisch und empirisch 35 bewaffnete Konflikte weltweit im Jahr 2013 anhand von fünf Leitfragen: 1. Ist Religion die Hauptursache von Konflikten heute? 2. Bestimmt der Anteil von religiösem Glauben oder Atheismus in einem Land den Frieden dort? 3. Bestimmt der demographische Unterschied zwischen Sunniten und Schiiten in muslimischen Ländern den Frieden dort? 4. Ist Religion entscheidend, um zu verstehen, was Frieden voranbringt? 5. Kann Religion eine positive Rolle dabei spielen, Frieden zu schaffen? Die detaillierten und differenzierten Antworten (IEP 2014) zeigen auch empirisch unter anderem, dass neben weiteren politischen und gesellschaftlichen Faktoren Religion und interreligiöser Dialog durchaus einen positiven Beitrag zu Friedensprozessen leisten können (IEP 2014: 21-22), dass 40 Prozent der untersuchten Konflikte keine religiöse Konfliktkomponente haben (IEP 2014: 2) und dass Staaten mit stärker säkularer/atheistischer Bevölkerung nicht friedlicher sind als Staaten mit stärker religiöser Bevölkerung (IEP 2014: 10-12).

Während Mediendarstellungen und öffentliche Wahrnehmung stark von Fällen religiös verbrämter Gewalttaten geprägt sind, werden erfolgreiche Veränderungen bewirkende Beispiele gewaltfreier Konfliktlösungen, ziviler Widerstände, friedlicher Revolutionen oft ignoriert oder vergessen. Vielfach sind gerade bei solchen gewaltfreien Bewegungen gegen Krieg, Unrecht oder soziale Missstände einzelne Gläubige, Religionsvertreter und religiöse Institutionen maßgeblich beteiligt. Kirchliche Friedensbewegungen haben in einer ersten Übersicht markante und besonders berichtenswerte Erfolgsgeschichten von über hundert Jahren aktiver Gewaltfreiheit aus allen fünf Kontinenten kurz zusammen gestellt (Church and Peace u. a. 2015).

Wichtig ist, friedensstiftende Persönlichkeiten, positive Vorbilder, Biografien aus den Religionen bekannter zu machen und ihre aus der jeweiligen Religiosität herrührende Gewaltfreiheit, Friedensethik und -praxis zu verbreiten (vgl. Berndt 1998) und für friedliche Konfliktlösungen fruchtbar zu machen.

Inhaltlich fokussiert die Studie auf die drei monotheistischen Weltreligionen Christentum, Judentum und Islam. Bei der Auswahl der für diese Studie zu betrachtenden Länder musste eine Vielzahl von Faktoren berücksichtigt werden. Entsprechend begründet sich die Auswahl der untersuchten Staaten: Deutschland als erstem Adressaten und Interes-

senten der Studie; die Schweiz als neutralem, historisch bikonfessionellen, westeuropäischen Land mit Tradition als Standort für Friedenskonferenzen und die Vereinten Nationen sowie für globale humanitäre und religiöse Organisationen; Frankreich als ständigem Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und als laizistischer Nation mit engen Beziehungen zur arabischen Welt; Großbritannien als ehemaliger globaler Kolonialmacht mit besonderer sicherheitspolitischer Kapazität und religiöser Vielfalt; Italien als Gründungsmitglied der Europäischen Union, G7-Staat und aktiv im Dialog mit der islamischen Welt; USA als globale Macht mit stark (zivil)religiösem Selbstverständnis und religiösen Bezügen zur Außenpolitik; Vatikan als spezifischem diplomatischem Akteur sui generis und völkerrechtlicher Basis der großen globalen Religionsgemeinschaft Katholische Kirche. Die Auswahl der Länder mit potenziellen Dialogpartnern sind die im Nahen Osten maßgeblich involvierte und internen religiösen Spannungen ausgesetzte Großmacht Russland; die eng mit Deutschland, Europa und der Krisenregion Nahost verflochtene, von einer religiösen Partei regierte Türkei; die benachbarten und besonders für Europa geostrategisch und demokratiepolitisch bedeutsamen Reformstaaten des Arabischen Frühlings im Maghreb, Marokko und Tunesien; das von einer international wichtigen religiös-ethnischen Konfliktlinie durchquerte bevölkerungsreichste afrikanische Land Nigeria; die im Umbruch und in einer geopolitischen Schlüsselposition befindliche arabisch-muslimische Führungsmacht Ägypten mit einer großen christlichen Minderheit; die ideologisch und konfessionell rivalisierenden, theokratisch regierten Regionalmächte am Golf, Iran und Saudi-Arabien, mit jeweils eigenem religiösen Führungsanspruch und militärisch-politischem Einfluss in der Krisenregion Nahost; der im existenziellen Dauerkonflikt mit seinen palästinensischen Nachbarn befindliche jüdische Staat Israel mit dem für drei Weltreligionen heiligen und umstrittenen Jerusalem; das dem Religionsfrieden und Religionsdialog besonders verpflichtete Nachbarland und Flüchtlingsziel Jordanien; der ethnisch-religiös fragile, aber auch multi- und interreligiös aktive Libanon; das im demokratischen Aufbau befindliche, offiziell multireligiöse größte muslimische Land der Welt Indonesien.

Dabei geht es hier nicht um (innenpolitische) religiöse Profile, nationale Konfliktanalysen oder statistische *Fact Sheets* dieser Staaten. Stattdessen orientiert sich die Darstellung daran, außenpolitisch relevante religionspolitische Akteure, Aktivitäten und Positivbeispiele zu untersuchen und an dem politischen Ziel, künftig in und mit diesen Ländern – aber nicht exklusiv nur diesen – Partner, Projekte und Institutionen zur kooperativen Friedensverantwortung der Religionen und zu gemeinsamen religionsbezogenen außenpolitischen Initiativen zu identifizieren. Da die Datenlage für die einzelnen Akteu-

re/Länder und die Beispielhaftigkeit der Aktivitäten stark variieren, ist auch die Ausführlichkeit der Darstellung unterschiedlich.

Kein Weltfriede ohne Religionsfriede? Mit dieser Mahnung sollen die zahlreichen anderen, in vielen Konflikten auch dominierenden, nicht-religionsbezogenen Konfliktursachen nicht kleingeredet werden. Nach jahrelanger Vernachlässigung des Themas Religion in den internationalen Beziehungen, besonders zur säkularisierungsorientierten und ideologiefixierten Zeit des Kalten Kriegs, darf die Bedeutung der Religion für globale Konfliktlösungen nun auch nicht überbewertet werden: Religionsfrieden ist kein Allheilmittel für die Probleme der Welt.⁶ Doch die in die aktive Friedensverantwortung genommenen Religionen sowie eine religionssensible und religionskompetente Außenpolitik können und müssen zusammen einen wichtigen Beitrag für das friedliche Überleben der Menschheit leisten.

⁶ So auch Weingardt 2010: 417.

2. Religionsbezogene Außenpolitiken ausgewählter Staaten im Vergleich – Prioritäten, Institutionen und Beispiele

2.1 Deutschland

Die Hauptakteure der religionsbezogenen Außenpolitik Deutschlands sind das Auswärtige Amt (AA) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) mit ihren jeweiligen Mittlerorganisationen. Friedensverantwortung der Religionen, Religionsfreiheit, Religionsdialog, interkulturelle und interreligiöse Zusammenarbeit sowie das Engagement religionsbasierter Akteure für nachhaltige Entwicklung sind dabei zentrale Themen.

Das Auswärtige Amt hat im Oktober 2016 einen Arbeitsstab „Friedensverantwortung der Religionen“ (AS-FR) eingerichtet. Er ist der Leitung der Abteilung 6 (Kultur und Kommunikation) direkt zugeordnet und hat zur Aufgabe, Kontakte zu Religionsvertretern und religionsbasierten Akteuren sowie zu Experten und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die mit der Friedensverantwortung der Religionen befasst sind, aufzubauen und zu pflegen.

Der Einsatz der Bundesregierung für internationale Religionsfreiheit ist organisatorisch davon zu unterscheiden und Teil der Menschenrechtspolitik. Nach einem Beschluss des Deutschen Bundestags vom 1. Juli 2015 (Bundestags-Drucksache BT Drs. 18/5408) hat das Auswärtige Amt 2016 einen Bericht der Bundesregierung über die internationale Religionsfreiheit und Deutschlands Bemühungen bei der internationalen Sicherung dieses Grundrechts vorgelegt (AA 2016). Der Bericht ist nach Themen (nicht nach Ländern) gegliedert, nennt aber auch jeweils thematische Beispiele aus einzelnen Ländern.

Das Auswärtige Amt lud im Juli 2015 internationale Multiplikatoren, Religionsvertreter, Bildungsexperten und Fachjournalisten zu einer Themenreise „Einheit in Vielfalt: Religion und Toleranz in Deutschland“ nach Berlin, Bonn und Köln ein. Bei den entsprechenden Gesprächen mit Ministerien und Verbänden sowie Expertendiskussionen waren Religionsfreiheit sowie die Trennung von Staat und Kirchen zentrale Schwerpunkte (AA 2016: 90).

Doch bereits in den Jahren zuvor hat das Auswärtige Amt immer wieder Fragen der Religion in der Außenpolitik thematisiert: Im Rahmen des „Forums Globale Fragen“, einer Veranstaltungs- bzw. Publikationsreihe des AA, wurden etwa 2002 der „Dialog der Kulturen“ und 2007 die „Weltmacht Religion“ (AA (Hg.) 2007) und der Einfluss der Religion auf die internationale Politik hochrangig und umfassend mit zahlreichen nationalen

und internationalen Vertretern aus Politik, Religion, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutiert.

Das BMZ ist in den letzten Jahren ganz gezielt auf Religionen als strategische Kooperationspartner zugegangen und hat Anfang 2016 das Programm „Religionen als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit“ ins Leben gerufen. Gemeinsam mit Religionsgemeinschaften, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen wurde eine umfassende Grundsatzstrategie erarbeitet (BMZ 2016). Die entwicklungspolitische Mittlerorganisation Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) sucht mit der Initiative „*Religion matters*“ den Dialog mit Religionsvertretern und religionsbasierten Experten, informiert in ihrer Fachexpertise-Rubrik „Werte und Religionen“⁷ und verweist religionsbasierte Akteure für die spezifische Entwicklungszusammenarbeit online auf umfassende und ausgezeichnete Ressourcen auf einer speziellen Plattform, etwa zu *International Partnership for Religion and Sustainable Development* (PaRD).⁸

In der Umsetzung konnte das BMZ beachtenswerte und beeindruckende Akzente bei der Thematisierung von Religion in der Entwicklungspolitik und bei der internationalen Zusammenarbeit mit religiösen Akteuren setzen. Verschiedene Politikinitiativen, Publikationen (BMZ 2015) und bemerkenswerte Projekte zeugen davon (BMZ/GIZ 2016).

Diese neue strategische Orientierung des Ministeriums wird nicht nur sehr positiv beurteilt, sondern ist geradezu ein Paradigmenwechsel mit Vorbildcharakter auch für andere Länder und Ebenen, ausdrücklich auch für die internationalen Beziehungen: Diese Kooperation

„...weist einen Weg auch für die Außenpolitik, für konstruktive Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung, ja, selbst für Umweltpolitik und Klimaschutz. Erkennen, ermutigen und einbeziehen; die Angst vor religiösen Partnern überwinden; von ihren Kompetenzen und Erfahrungen profitieren: Dieser Ansatz wird in der BMZ-Strategie realisiert; er ist für Deutschland ebenso richtig wie für andere Staaten, er funktioniert auf internationaler Ebene ebenso wie in lokalen Kontexten.“ (Weingardt 2016: 49)

In der (hier nicht näher betrachteten) Innenpolitik sind etwa das Bundesministerium des Innern (BMI) (z. B. als Gastgeber der Deutschen Islamkonferenz) oder (indirekt) die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration mit Fragen

⁷ GIZ-Website, Link: <https://www.giz.de/fachexpertise/html/19064.html> [12.04.2017].

⁸ PaRD-Website, Link: <http://www.partner-religion-development.org/> [11.04.2017].

der Religion bzw. religiöser Vielfalt in Deutschland befasst. Dabei stehen sie durchaus auch zum Teil im internationalen Austausch, etwa über die Institutionen der Europäischen Union. Religionspolitische Referenten gibt es auch im Bundespräsidialamt und im Bundeskanzleramt.

2.2 Schweiz

Das Schweizer Außenministerium, das Eidgenössische Department für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in Bern, ist zentraler Akteur der religionsbezogenen Außenpolitik der Schweiz. Als Teil der globalen Schweizer Politik für Frieden und Verständigung arbeitet das EDA seit 2004/2005 durch den Aktivitätsbereich „Religion, Politik, Konflikt“ seiner Politischen Abteilung IV (Menschliche Sicherheit) daran, weltweit das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen und Weltbilder zu fördern und an der friedlichen Lösung religiös-politischer Konflikte mitzuwirken. Bewusst stellt sich die Schweizer Außenpolitik dabei der Herausforderung, mit religiösen Akteuren zusammen zu arbeiten. Die politische Vermeidungshaltung, religiöse Akteure als „schwierig“ besser außen vor zu lassen, wird als nicht zielführend und kontraproduktiv abgelehnt. Diese wichtige Grundsatzentscheidung beinhaltet auch, religiöse Akteure an den Verhandlungstisch zu integrieren und mit in die Verantwortung zu nehmen. Leitbild für die religionsbezogene Schweizer Außenpolitik ist der „Dialog der Praxis“. Dabei suchen die Konfliktparteien in einem konfessionell neutralen politischen Rahmen gemeinsam nach praktischen Maßnahmen und Lösungen. So werden Gemeinsamkeit und Vertrauen geschaffen und konkrete Fortschritte für die vom Konflikt betroffenen Menschen erzielt. Dialoge von Konfliktparteien über Werte oder Weltbilder allein können dagegen oft entzweierend wirken (vgl. EDA 2010). Entscheidend ist es, das Wechselspiel von politischen und religiösen Aspekten der Konflikte zu berücksichtigen.

Die Schweizer Außenpolitik arbeitet mit internationalen Staatenorganisationen, wissenschaftlichen Institutionen und religiösen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zusammen, etwa den Vereinten Nationen, der *Cordoba Foundation of Geneva* (CF/*Fondation Cordoue*), dem *Centre on Conflict, Development and Peacebuilding* (CCDP) des *Graduate Institute of Geneva*, dem *Center for Security Studies* (CSS) der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich. Begegnung, Fortbildungen, (angewandte) Forschung, Konflikttransformation, Prävention und Konfliktmediation sind zentrale Themen (vgl. CCDP 2010d, Mason/Sguaitamatti 2011).

So ist die Schweiz aktiv in der „Allianz der Kulturen“ der Vereinten Nationen (UNAOC). Ab 2009 wurde ein Schweizer Experte für mehrere Jahre abgeordnet an das Sekretariat der UNAOC in New York, um dort im Bereich Migration bzw. der Umsetzung der nationalen UNAOC-Pläne zu arbeiten. Die Schweiz unterstützt auch zwei Medienprogramme „Connect“ und „Terana“ (Videokonferenzplattform und Social Network zu interkulturellem Dialog) der UNAOC (vgl. FDFA 2012).

Gemeinsam mit den Regierungen Spaniens, Portugals und der Türkei unterstützt die Schweiz im Rahmen der „Allianz der Kulturen“ als Initiatorin und Mitgründerin den „Nyon-Prozess“, einen umfassenden Fachdialog von außenpolitischen Beratern aus Europa und den USA sowie (christlichen, besonders evangelikalen/muslimischen) religiös-politischen Aktivisten aus Europa und der islamischen Welt. Der „Nyon-Prozess“ schafft einen vertrauensvollen Begegnungsraum für westliche Politikprofis mit muslimischen religionsbasierten Akteuren aus der islamischen Welt und baut Berührungsängste gegenüber der Einbeziehung religiöser Akteure in außenpolitische Friedensarbeit und Konfliktlösung ab (FDFA o.J.).

Im *Swiss and Egyptian NGO Dialogue* (SEND)-Projekt 2007-2011 förderte das Schweizer Außenministerium die Kooperation zwischen einer christlichen NGO aus der Schweiz und einer islamischen NGO aus Ägypten im Bereich der Frauen- und Jugendarbeit im Raum Kairo. Dabei wurden auch grundsätzliche Bedingungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit unterschiedlich glaubensbasierter Partnerinstitutionen erarbeitet: die sorgfältige Auswahl der teilnehmenden Institutionen, die Bedeutung von Persönlichkeiten, Zeit, Geduld und Vertrauen, die Verknüpfung des Dialogs mit Aktivitäten, das Ansprechen und Klären von Missverständnissen und die Akzeptanz der Tatsache, dass nicht immer vollständiges gemeinsames Verständnis oder Konsens erzielt werden kann, sowie die damit verknüpfte Bereitschaft zum fortgesetzten gemeinsamen Lernen (vgl. CCDP 2010c).

Im *Sri Lanka Dialogue Project* (SLDP) unterstützte die Schweiz den Dialog und gemeinsame Aktivitäten von Mönchen und Geistlichen aus Buddhismus, Hinduismus, Christentum und Islam, um Vertrauen zwischen den Gemeinschaften aufzubauen, die Einbeziehung und Mitverantwortlichkeit der religiösen Akteure beim Friedensprozess in den ethnisch-religiösen Konflikten des Landes zu reflektieren und Konflikttransformation und -prävention zu erreichen (vgl. CCDP 2010b).

Im Libanon unterstützte das Schweizer Außenministerium Verhandlungen zwischen Salafisten und anderen religiösen Vertretern, um eine Integration in die religiösen Institutionen und Einklang mit dem politischen System des Landes zu erreichen (für weitere Länder s. auch Bitter/Frazer 2016).

Nach dem Bürgerkrieg 1993-1997 zwischen säkularen und religiösen Kräften in Tadschikistan unterstützte die Schweiz 2009-2011 die Erarbeitung eines mit säkularen und religiösen Eliten abgestimmten Lehrplans für die zahlreichen privaten religiösen Schulen, *madradas*. So konnte eine Brücke zwischen staatlichem und religiösem Bildungssystem geschlagen und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden (vgl. CCDP 2011, FDFA 2011).

Das Schweizer Außenministerium unterstützt auch das 2010 von der *Cordoba Foundation* in Genf begonnene Programm „*North Africa and West Asia in Transformation*“ (NA-WAT), bei dem im Kontext des Arabischen Frühlings ein gemeinsames Konfliktverständnis bei politischen Konflikten mit religiöser Dimension entwickelt und Akteure und Netzwerke der Konflikttransformation weiter gebildet und qualifiziert werden sollen, um ein friedliches Zusammenleben von Gesellschaftsgruppen mit unterschiedlichen Weltanschauungen zu erreichen (FDFA/*Fondation Cordoue de Genève* 2012).

Gemeinsam mit dem *Center for Security Studies* (CSS), dem Kompetenzzentrum für Schweizer und internationale Sicherheitspolitik der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich, initiierte das EDA 2011 das Programm „*Culture and Religion in Mediation*“ (CARIM) als praktischen Beitrag zur Friedensförderung. Das CARIM-Programm betrachtet das Zusammenwirken von Politik und Religion bei Konfliktbewältigung und Mediation und hat zum Ziel, den an der Konfliktlösung Beteiligten die Rolle von Religion besser zu vermitteln, um in der Konfliktlösungspraxis wirksamer tätig sein zu können (vgl. Frazer 2013).

CARIM verknüpft das internationale Netzwerk des Schweizer Außenministeriums mit der wissenschaftlichen Expertise und den Kontakten des CSS. Auf diese Weise werden Synergien hergestellt, auch etwa mit dem *Mediation Support Project* (MSP), wo das CSS und die Organisation *Swisspeace* Schweizer Mediationsaktivitäten unterstützen. CARIM umfasst drei Bereiche: Hilfe bei Konfliktbewältigung (etwa auch durch Coaching/Mediationstraining/Expertenvermittlung), wissenschaftliche Forschung/Analyse sowie Kapazitätsaufbau/Fortbildung (Frazer 2013: 148-149). Im Rahmen von CARIM werden internationale Expertenworkshops zur Konflikttransformation (CCDP 2010d) oder Mediation organisiert, teilweise auch mit Unterstützung des finnischen Außenministeriums

oder unter Beteiligung des Deutschen Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF) (FDFA 2014). Zentraler Ansatz des CARIM-Programms ist die praxisorientierte gemeinsame Problemlösung statt der Diskussion theoretischer weltanschaulicher oder konfliktbezogener Unterschiede (Frazer 2013: 151).

Um Generalverdachte gegen gemeinnützige islamische Wohltätigkeitsorganisationen auszuräumen, Transparenz, Effizienz und Vertrauen zu schaffen und in der Folge das erhebliche Potenzial an sozialer und humanitärer Hilfe durch glaubensbasierte Wohltätigkeitsorganisationen fruchtbar werden zu lassen, unterstützte die Schweiz im Juni 2005 entsprechende Expertenberatungen in Montreux. Diese resultierten in Empfehlungen an Regierungen und einem Verhaltenskodex für gemeinnützige Organisationen („Initiative von Montreux“, später: *Islamic Charity Project*) sowie der Förderung von entsprechender Grundlagenforschung (vgl. CCDP 2010a).

Betrachtet man die religionsbezogene Schweizer Außenpolitik im Kontext der Vorbereitung der neuen Schweizer Nordafrika-Strategie 2017-2020, so kann man zu dem Schluss kommen, dass sich das ab 2011 eingeführte Schweizer Nordafrika-Programm zur Unterstützung der Länder des Arabischen Frühlings aus Schweizer Sicht trotz mancher Probleme durchaus bewährt hat, dass in den Transitionsländern umfassender auf die Schweizer Erfahrung bei der Mediation zurückgegriffen werden könnte und dass gerade aufgrund von Polarisierung und Radikalisierung ein großer Bedarf an interreligiösem, aber auch intrareligiösem Dialog besteht (so Watanabe 2015).

Der Schweizer Außenpolitik gelang es durch kontinuierliches Engagement über Jahre hinweg, eine bedeutende religionsbezogene, auch international geschätzte Fachkompetenz sowie ein bemerkenswertes Netzwerk relevanter Kontakte aufzubauen. Friedenspolitische Empfehlungen, Leitlinien und Lösungsoptionen für künftige religiös-politische Konflikte konnten daraus abgeleitet werden. Bemerkenswert ist auch die praxisorientierte Expertenarbeit des von verschiedenen außenpolitisch erfahrenen Persönlichkeiten der Schweiz unterstützten unabhängigen Friedensforschungsinstituts „*Swisspeace*“/ Schweizerische Friedensstiftung in Bern, das 2017 eine spezielle modulare Fortbildung/Zertifikatsstudiengang „CAS Religion & Konflikt“ in Basel anbietet.⁹

⁹ Homepage *Swisspeace*, Link: http://www.swisspeace.ch/fileadmin/user_upload/Media/Activities/Training/CAS_Religion_Konflikt_2017_Programm.pdf [18.02.2017].

2.3 Frankreich

Trotz der offiziellen *laïcité* ist Religion für die französische Außenpolitik ein wichtiges und anerkanntes Thema. Hauptakteure sind dabei das Außenministerium *Ministère des Affaires étrangères et du Développement international* (MAEDI) sowie das Verteidigungsministerium *Ministère de la Défense* (MINDEF). Prospektive Analyse, die Unterstützung politikberatender und wissenschaftlicher Forschung, der Schutz der Christen im Nahen Osten, Diplomatenausbildung sowie der Kontakt zu Religionsvertretern stehen dabei im Zentrum.

Das französische Außenministerium hat 2009 unter Minister Bernard Kouchner eine besondere Arbeitseinheit für religiöse Fragen – *pôle Religion* – eingerichtet. Sie ist direkt dem Minister zugeordnet. Aufgabe der Arbeitseinheit ist es, die Entwicklungen des Faktors Religion in der Welt zu analysieren. Bereits das Weißbuch über die Verteidigung und die nationale Sicherheit von 2008 hatte dies als wichtiges Element der Globalisierung anerkannt (Bernard 2011).

Erster Leiter der Arbeitseinheit wird Joseph Maïla, ein Wissenschaftler und Nahost-Spezialist libanesischer Herkunft, ehemaliger Rektor des *Institut Catholique de Paris* (ICP) und Direktor des Zentrums für Friedensforschung und des *Institut de Formation à la Médiation et à la Négociation* (IFOMENE) am ICP. Maïla ist im Außenministerium gleichzeitig Direktor der *Direction Prospective* zur Vorausschau auf künftige Entwicklungen.¹⁰ Der *pôle Religion* ist zwar eine kleine Struktur mit einem Leiter und zwei Mitarbeitern sowie geringer finanzieller Ausstattung, leistet aber eine bemerkenswerte Arbeit.

Die Arbeitseinheit *pôle Religion* hat drei Aufgaben: erstens Beobachtung und Analyse der grundlegenden Entwicklungen und Bewegungen in den unterschiedlichen religiösen Strömungen der Welt; zweitens unterstützende Auskunftsstelle und beratende Expertise zur Entscheidungsfindung für (religionsbezogene) Anfragen aus den geografischen Abteilungen des Hauses; und drittens die Aus- und Weiterbildung junger angehender Diplomaten zu religionsbezogenen Fragen, nach dem Beispiel vergleichbarer Initiativen in den USA, Kanada und der Schweiz.

Der *pôle Religion* nutzt dabei Netzwerke von Wissenschaftlern, organisiert Kolloquien, Seminare, Studien, arbeitet zusammen etwa mit dem *Institut Européen Sciences des Religions* (IESR) und dem CERI der Hochschule *Sciences Po* Paris. Mitarbeiter der Arbeitseinheit

¹⁰ Aktueller Leiter des *Centre d'Analyse, de Prévision et de Stratégie* im Außenministerium ist Justin Vaisse (Website Französisches Außenministerium, Organigramm des MAEDI vom 16. Dezember 2016).

nehmen auch an den Tätigkeiten der Allianz der Kulturen der Vereinten Nationen teil. Auch das religionsbezogene Image Frankreichs im Ausland,¹¹ die Erklärung des französischen Konzepts der *laïcité* fallen in den Aufgabenbereich des *pôle Religion* (Bernard 2011).

Nicht zu verwechseln ist der *pôle Religion* mit dem bereits 1920 ebenfalls im Außenministerium eingerichteten *Conseiller pour les Affaires Religieuses* (CAR). Ursprünglich nur befasst mit den Beziehungen Frankreichs zum Heiligen Stuhl und den Christen des Orients hat sich dessen Aufgabenfeld erweitert. Der CAR vertritt Frankreich in internationalen Organisationen, hält Kontakt zu führenden Religionsvertretern in der Welt, empfängt ausländische religiöse Persönlichkeiten in Frankreich wie etwa beim Besuch des Papstes in Lourdes oder dem Besuch des Dalai Lama.

Der *Conseiller pour les Affaires Religieuses* Jean Christophe Peaucelle und der ehemalige Leiter des *pôle Religion* Joseph Maïla wurden im Januar 2015 in der *Assemblée nationale* von Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses zur prekären Situation der Christen und religiös-ethnischer Minderheiten im Nahen und Mittleren Osten angehört und befragt. Im französischen Parlament war auch eine *groupe d'études* über die Christen im Orient eingerichtet worden, unter dem gemeinsamen Vorsitz von Véronique Besse und Valérie Pécresse. Die Experten wiesen auf die seit dem 16. Jahrhundert bestehende historische Verantwortung Frankreichs für die Christen und die Ordensgemeinschaften in der Region hin, schilderten die aktuellen Bedrohungen und Emigrationsbewegungen und gaben zu bedenken, dass sich Russland zunehmend ausdrücklich als Schutzmacht der Christen in Syrien, Irak und Palästina darstelle (*Assemblée nationale* 2015).

Angesichts der fortschreitenden Gewalt in Syrien und dem Irak fand unter dem Ko-Vorsitz des französischen Außenministers Laurent Fabius und seines jordanischen Amtskollegen Nasser Judeh am 8. September 2015 in Paris eine internationale Konferenz über die Opfer ethnisch-religiöser Gewalt im Nahen Osten statt. Vertreter von 56 Staaten und elf internationalen/regionalen Organisationen nahmen daran teil. In der Abschlusserklärung stellen die Ko-Präsidenten den erarbeiteten „Aktionsplan von Paris“¹² mit humanitären, juristisch-justiziellen und politischen Aufgabenbereichen vor. Neben verschiedenen

¹¹ So informiert das Außenministerium online etwa über Islam und Religionsfreiheit für Muslime in Frankreich, um Vorbehalten gegenüber Frankreich in der muslimischen Welt zu begegnen: <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/venir-en-france/idees-recues-sur-la-france/article/10-idees-recues-sur-l-islam-et-les-musulmans-en-france> [05.02.2017].

¹² Website Französisches Außenministerium, Link: <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/afrique-du-nord-moyen-orient/evenements/article/plan-d-action-de-paris> [05.02.2017].

konkreten Maßnahmen zur Flüchtlingshilfe sollen auch unter anderem im Bildungswesen die Erziehung zu Vielfalt und Toleranz gefördert (vor allem in Schulbüchern), die Bemühungen moderater Religionsvertreter unterstützt und der interreligiöse Dialog ausgebaut werden¹³. Im Aktionsplan werden auch ausdrücklich die UNESCO, die Allianz der Kulturen der Vereinten Nationen (UNAOC), die Anna-Lindh-Stiftung, Initiativen Jordaniens (Botschaft von Amman, Ein Gemeinsames Wort) und die interreligiöse Woche der Vereinten Nationen sowie die bessere Einbeziehung von jungen Menschen in die entsprechenden Aktionen und Initiativen aufgeführt.

Ein Begleitausschuss (*comité de suivi*) der Konferenz verfolgt seither die Umsetzung des Aktionsplans, zuletzt beim Dritten Begleitausschuss mit Parlamentariern, Lokalpolitikern und NGOs am 18. Januar 2017 in Paris. Der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault entschied dabei, den Dringlichkeitsfonds zur Hilfe für Verfolgte weitere zwei Jahre fortzuführen. Frankreich bekennt sich erneut zur Unterstützung der religiösen und ethnischen Vielfalt in der Region und zum Schutz besonders der Christen im Orient als ständiger Priorität der französischen Diplomatie.¹⁴

Im Kontext der Politik einer Religion gegenüber aufgeschlosseneren *laïcité positive* des damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy wurde 2009 auch im französischen Verteidigungsministerium *Ministère de la Défense* ein Büro für religiöse Angelegenheiten eingerichtet, angesiedelt bei der Abteilung für strategische Angelegenheiten unter direkter Autorität des Verteidigungsministers. Der interdisziplinäre Islamforscher und Historiker Éric Germain übernahm diese Position (Birdsall 2014: 72). Auch ethische Fragen neuer Verteidigungstechnologien fallen in diesen Aufgabenbereich.¹⁵

Das französische Verteidigungsministerium unterstützte die Einrichtung einer neuen religionsbezogenen Forschungsstelle, dem *Observatoire international du religieux*.¹⁶ Ausgehend von der Einschätzung, dass die Rolle der Religion in den internationalen Beziehun-

¹³ Website Französisches Außenministerium, Link: <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/afrique-du-nord-moyen-orient/evenements/article/conference-internationale-sur-les-victimes-de-violences-ethniques-et>, Punkt 24 [05.02.2017].

¹⁴ Website Französisches Außenministerium, Link: <http://www.diplomatie.gouv.fr/de/neuigkeiten/article/mittlerer-osten-eroffnung-des-dritten-begleitausschusses-der-pariser-konferenz> [05.02.2017].

¹⁵ Website Transatlantic Academy Profil Éric Germain, Link: <http://www.transatlanticacademy.org/people/eric-germain> [09.02.2017].

¹⁶ Website Sciences Po CERI, Link: <http://www.sciencespo.fr/ceri/fr/content/observatoire-international-du-religieux>[26.01.2017].

gen und in der Außenpolitik durch Wissenschaft, Medien und staatliche Stellen bislang unzureichend berücksichtigt wurde, widmen sich dort seit September 2016 das *Centre de recherches internationales* (CERI) der Universität *Sciences Po* in Paris und die thematische Forschungsgruppe *Groupe Sociétés, Religions, Laïcités* (GSRL) gemeinsam der Erforschung der internationalen Herausforderungen durch Religion. Dabei kann das *Observatoire international du religieux* auf ein Netzwerk von über 40 Forschern aus beiden Einrichtungen CERI und GSRL zurückgreifen und strebt an, ein breites geografisches und thematisches Spektrum abzudecken. Die Arbeiten des *Observatoire* sind politikberatend und richten sich zunächst an einen eingeschränkten Adressatenkreis von Entscheidungsträgern. Ein Seminar mit französischen und internationalen Experten soll jährlich die Analyse der internationalen Dimension von Religion jeweils anhand präziser Einzelthemen vertiefen.

Bereits 2014 hatte sich die 5. Nationale Konferenz für Strategische Forschung (*5ème Assises Nationales de la Recherche Stratégique*) unter Schirmherrschaft des Premierministers/ *Institut National des Hautes Études de la Sécurité et de la Justice* (INHESJ) und des *Conseil Supérieur de la Formation et de la Recherche Stratégiques* (CSFRS) am 21. November in Paris mit außen- und sicherheitspolitisch relevanten Aspekten von Religion befasst. Unter dem Titel „Globalisierung, Politik und Religion – Konfrontationen und Perspektiven“ („*Mondialisation, politique et religion - Affrontements et Perspectives*“) wurde in hochrangig besetzten Symposien unter anderem auch die unterstützende Rolle der Religionen bei der Konfliktregelung thematisiert¹⁷.

Um präventiv und beratend gegen dschihadistischen Extremismus und gegen islamistische Radikalisierung zu wirken, betreibt die französische Regierung eine Website und eine kostenlose Telefonberatung.¹⁸

¹⁷ Etwa vom algerisch-französischen Physiker und Theologen Ghaleb Bencheikh. Zur Konferenz allgemein s. Website Französisches Außenministerium, Link: <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangere-de-la-france/defense-et-securite/actualites-et-evenements-lies-a-la-defense-et-la-securite/article/5emes-assises-nationales-de-la> [05.02.2017], Konferenzprogramm s. unter: http://www.diplomatie.gouv.fr/IMG/pdf/141110_Programme_Assises_Nationales_de_la_Recherche_Strategique_cle84a6d9.pdf.

¹⁸ <http://www.stop-djihadisme.gouv.fr/> [05.02.2017].

2.4 Großbritannien

Das britische Außenministerium, *Foreign & Commonwealth Office* (FCO), hat sich in den letzten Jahren verstärkt mit Religion befasst. Zentrale Themen sind dabei die Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit (*Freedom of Religion or Belief* FoRB) und die *religious literacy* der britischen Außenministeriumsmitarbeiter, die durch entsprechende religionsbezogene Aus- und Fortbildungen geschult werden. Religion wird durch das FCO in vier Bereichen thematisiert: auf multilateraler Ebene etwa bei den Vereinten Nationen und der Europäischen Union, bei bilateralen Kontakten, um religiös diskriminierende Gesetze in Partnerländern abzuschaffen oder auf Ministerebene Einzelfälle religiöser Verfolgung anzusprechen, in Projektarbeit etwa bei der Förderung des interreligiösen Dialogs oder der Information über Religionsfreiheit und schließlich bei der religionsbezogenen Diplomatenaus- und -fortbildung. Das FCO trifft sich regelmäßig mit Religionsvertretern aus der ganzen Welt, mit Religionsgemeinschaften aus dem Vereinigten Königreich und mit Zivilgesellschaftsorganisationen.¹⁹

Im Jahr 2014, so die Antwort des Ministeriums auf eine schriftliche parlamentarische Anfrage von Lord Alton, unterstützte das FCO im Ausland sieben Projekte zur Förderung der Religionsfreiheit mit etwas mehr als 300.000 Britischen Pfund.²⁰ Auf eine weitere schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Hilary Benn zu Religionsfreiheit als Teil der Diplomatenaus- und -fortbildung antwortete das FCO im Juni 2016: Seit 2010 enthält der *Advanced Human Rights Course* der Diplomatenakademie ein Modul zu Religionsfreiheit und 160 Mitarbeiter haben diesen Kurs absolviert. Im Einführungskurs Menschenrechte, den schätzungsweise 600 Mitarbeiter gemacht haben, wurde auch meistens über Religionsfreiheit unterrichtet. Seit 2013 wird auch ein Kurs Religion und Außenpolitik angeboten, den seit Herbst 2015 188 Mitarbeiter abgeschlossen haben.²¹

Das FCO hat für seine Mitarbeiter eine knappe Handreichung zur Religionsfreiheit verfasst. Darin werden die Diplomaten über Begriffsbestimmung, internationale Rechtsgrundlagen und die Ratifikationen entsprechender völkerrechtlicher Verträge zu Religionsfreiheit im Kontext der Menschenrechte in verschiedenen Ländern informiert. Prakti-

¹⁹ So die FCO-Diplomatin Sue Breeze im Interview: *British Foreign Office and Religion*, 25. Januar 2017, Website *Centre on Religion and Global Affairs*, Link: <https://www.centreonreligionandglobalaffairs.org/commentary/> [23.03.2017].

²⁰ Zitiert nach der *All Party Parliamentary Group on International Freedom of Religion or Belief* (APPG IFoRB) im britischen Parlament, Website, Link: <https://appgfreedomofreligionorbelief.org/foreign-office-freedom-religion-belief/> [23.03.2017].

²¹ Website des britischen Parlaments, Link: <http://www.parliament.uk/business/publications/written-questions-answers-statements/written-question/Commons/2016-05-25/38582/> [23.03.2017].

sche Handlungshinweise zu in der Botschaftsarbeit häufig vorkommenden Fragen und Problemen mit Religionsfreiheit, spezielle Punkte zu verletzlichen Gruppen, Frauen und Kindern sowie Verweise auf weitere Informationsquellen zum Thema Religionsfreiheit runden diese Arbeitshilfe für Botschaftsangehörige ab (FCO 2016).

2016 argwöhnte die Intergroup zu Religionsfreiheit im britischen Parlament, die *All Party Parliamentary Group on International Freedom of Religion or Belief* (APPG IFoRB), dass das FCO Religionsfreiheit nun weniger gewichte, weil der Politikbereich organisatorisch mit anderen Bereichen zusammen gelegt wurde und im offiziellen FCO-Menschenrechts-Bericht 2015 nicht mehr prominent aufgeführt wurde. Mit rund 20 detaillierten Politikempfehlungen und konkreten Forderungen an das FCO und die britische Regierung insgesamt, versuchte die Parlamentarierversammlung dagegen zu steuern.²²

Unter anderem werden die Einrichtung einer Ansprechstelle zu Religionsfreiheit auf Botschafterebene im FCO gefordert, ein Mainstreaming der Förderung der Religionsfreiheit in der Arbeit des FCO verlangt, eine dauerhafte und ausreichende Finanzierung des UN-Sonderberichterstatters für Religionsfreiheit angemahnt und die Einladung einer Expertengruppe zu Religionsfreiheit zur Prüfung eventueller weiterer entsprechender internationaler Treffen und Aktivitäten vorgeschlagen. Für die britische Entwicklungszusammenarbeit soll die Förderung der Religionsfreiheit ebenfalls eine politische Priorität sein und bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit NGOs und bei der Hilfgeldervergabe soll auch die Förderung der Religionsfreiheit durch die ausländischen Partner berücksichtigt werden. Ebenso soll nach Ansicht der Parlamentarier der Intergroup das „*Faith Partnership Programme*“ des Entwicklungsministeriums DfID überprüft und die Religionsfreiheit in die Arbeit Religion und Entwicklung des Ministeriums einbezogen werden.

Das *Foreign & Commonwealth Office* unterstützte auch ein internationales interreligiöses Expertentreffen der *Counter Extremism Interreligious Alliance* am University College London im November 2015, bei dem Politikvertreter, Religionsvertreter und Extremismusexperten aus Großbritannien, Pakistan, Libanon, Irak, den Vereinigten Emiraten, Ägypten, den Palästinensischen Gebieten und den USA zusammentrafen, um ein interreligiöses Papier über Ursachen von religiösem Extremismus zu erarbeiten. Beteiligt waren auch

²² S. APPG IFoRB Website, Link: <https://appgfreedomofreligionorbelief.org/action/government/> [23.03.2017].

Hedayah, Center of Excellence in Countering Violent Extremism in den Vereinigten Arabischen Emiraten und das *Adyan Institut* aus dem Libanon.²³

Im Herbst 2016 organisierte das FCO im Vorfeld des internationalen Tags der Religions- und Glaubensfreiheit am 27. Oktober eine zweitägige internationale Konferenz zu Religions- und Glaubensfreiheit²⁴ am 19./20. Oktober mit mehr als 50 Experten und über 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 38 Ländern. In der Religions- und Glaubensfreiheit sah die Konferenz eine der stärksten Waffen gegen Extremismus und Gewalt. Die britische Regierung unterstützt auch durch den *Magna Carta Fund* weltweit Projekte, z. B. auch eine Reihe von Basistreffen von Religionsvertretern im Irak, um religiöse Toleranz und Religionsfreiheit zu fördern.²⁵

Nicht nur globale und internationale Faktoren beeinflussen die Religionsaußenpolitik Großbritanniens. Auch die gestiegene religiöse Vielfalt in Großbritannien selbst, die zunehmende Einbeziehung religiöser Akteure in Großbritannien in die Politik sowie die innenpolitische Neuordnung der Beziehungen zwischen Staat und Kirchen/Religionsgemeinschaften auf nationaler Ebene haben dabei geholfen, Religion in der britischen Außenpolitik zu thematisieren (vgl. Lindsay 2014).

Das britische Verteidigungsministerium hat einen muslimischen Geistlichen als Berater für islambezogene Fragen. Mehrere Think Tanks und wissenschaftliche Einrichtungen in Großbritannien befassen sich zum Teil seit längerer Zeit mit dem Zusammenhang von Religionen und internationaler Politik, etwa in London, Oxford, Cambridge und Birmingham.

²³ Quelle: Adyan-Stiftung Website:
<http://www.adyanvillage.net/recentDetail/261/CounterExtremism%E2%80%ACInterreligiousAlliance/?lang=en> [01.01.2017].

²⁴ Bericht darüber online unter: <https://www.worldwatchmonitor.org/2016/10/uk-foreign-office-hosts-global-summit-on-freedom-of-religion-or-belief/> [23.03.2017].

²⁵ FCO Website, Link: <https://www.gov.uk/government/news/fco-leads-global-action-on-freedom-of-religion> [23.03.2017].

2.5 Italien

Religion und die Zusammenarbeit mit religiösen Akteuren sind traditionell ein wichtiges Thema für die italienische Innen- und Außenpolitik. Themen sind u. a. Religionsfreiheit, Mittelmeerpolitik, interreligiöser und interkultureller Dialog. Zentraler Akteur der religionsbezogenen Außenpolitik Italiens ist das Außenministerium *Ministero degli Affari Esteri e della Cooperazione Internazionale (Farnesina)*. Geprägt ist diese Außenpolitik durch Dialog und Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Politikberatung, mit katholischen und interreligiösen Organisationen wie etwa der als „Vereinte Nationen von Trastevere“ bezeichneten, im gleichnamigen Stadtteil Roms beheimateten Bewegung *Comunità di Sant'Egidio* oder mit der italienischen Sektion der internationalen interreligiösen Bewegung *Religions for Peace*. Ebenfalls eine Besonderheit ist die räumliche Nähe zum Vatikan als Zentrum der Katholischen Kirche. Wichtige Elemente der religionsbezogenen italienischen Außenpolitik sind Konferenzen und Seminare²⁶ und die Kontakte zu den diplomatischen Netzwerken des Heiligen Stuhls und der Hierarchie der Katholischen Kirche. Großes Potenzial besitzt die vertiefte Zusammenarbeit mit den zahlreichen in Rom präsenten nicht-staatlichen religiösen Organisationen, die der italienischen Außenpolitik in Zukunft eine besondere religionsbezogene Kompetenz und internationale diplomatische Schlüsselposition verleihen könnten. Ein langjähriger Praktiker, wissenschaftlicher Forscher und Hochschulprofessor aus Italien zum Thema Religion und Außenpolitik ist der Karrierediplomat Pasquale Ferrara, 2009-2011 Leiter der Arbeitseinheit *Unità di Analisi e Programmazione* im Außenministerium, der im Herbst 2016 zum Botschafter Italiens in Algerien ernannt wurde.

Das italienische Außenministerium und das Italienische Institut für Internationale Studien (ISPI) veranstalten seit 2009 jährlich ein internationales Seminar mit Diplomaten, Politikern, Wissenschaftlern, Außenpolitik- und Religionsexperten, Fachjournalisten, Religionsvertretern, religiösen Bewegungen und interreligiösen Dialogorganisationen zur Rolle der Religion in den internationalen Beziehungen (Petito/Thomas 2015: 42). Im italienischen Außenministerium ist das Projekt im politischen Planungsstab angesiedelt. In den letzten fünf Jahren konnte das Seminar, das Bewusstsein für die wachsende Bedeutung

²⁶ S. Website Außenministerium, etwa zu Religionsfreiheit 2016, Link: http://www.esteri.it/mae/it/sala_stampa/areagiornalisti/notestampa/nota-di-accreditamento-conferenza_6.html zu Religion im Mittelmeerdialog 2016, Link: http://www.esteri.it/mae/it/sala_stampa/areagiornalisti/notestampa/nota-di-accreditamento-conferenza_0.html, oder zum interreligiösen Dialog 2010, Link: http://www.esteri.it/mae/en/sala_stampa/archivionotizie/approfondimenti/2010/05/20100513_religioni_culture.html [08.02.2017].

von Religion in den internationalen Beziehungen bei der italienischen außenpolitischen Community erhöhen. Kritische Themen wie Arabischer Frühling, Global Governance und Religionsfreiheit standen auf der Tagesordnung.

Dabei können nicht-staatliche religiöse Akteure und die Begegnung mit ihnen und ihren Kontexten eine wichtige Ressource für die Außenpolitik sein, um neue Kenntnisse der internationalen Beziehungen zu erzeugen. So in der Begegnung ernst genommen, sind religiöse Akteure dann nicht nur „*moral cheerleader*“ (Petito/Thomas 2015: 44), sondern möglicherweise sensible Frühwarnsysteme *bottom-up*, die weltweit in lokalen sozialen Kontexten präsent sind, und Einblick in religiös gelebten Alltag breiter auch einfacher Bevölkerungsgruppen haben – einen Alltag, in dem staatliche Akteure und Politiken ggf. negativ erlebt werden und der westlichen Eliten und Außenpolitikern oft fremd ist, der aber zunehmende Bedeutung für internationale Beziehungen besitzt (Petito/Thomas 2015: 45).

Aufgrund der engen historischen, personellen und geografischen Beziehungen zum Papsttum, zur römischen Kurie und zum Heiligen Stuhl, wiewohl nicht immer unproblematisch, ist die religionsbezogene italienische Außenpolitik ein Sonderfall und hat gewisse komparative Vorteile. Wie die Geschichte der italienischen Außenpolitik zeigt, hat Italien bei der Berücksichtigung internationaler religiöser Fragen und bei der Zusammenarbeit mit religiösen Akteuren besondere Erfahrungen und Kompetenzen. Italien könnte bei entsprechender Stärkung zentraler religionsaußenpolitischer Strukturen ein eigenes Modell für religionsbezogene Außenpolitik entwickeln. Insbesondere könnte Italien dabei die große Präsenz und das umfassende Netzwerk von religiösen Organisationen in Rom als Forum für Expertise und zur Politikberatung nutzen (Ferrara/Petito 2016).

Die demographischen Veränderungen in der katholischen Kirche mit zunehmendem Anteil der Katholiken in Afrika, Asien und Lateinamerika und der dadurch „globalen“ katholischen Kirche als Religion des globalen Südens und mit Rom als Knotenpunkt transnationaler religiöser Verbindungen könnten die italienische Hauptstadt auf eine ganz neue Weise zum religiösen *caput mundi* („Haupt der Welt“) machen und der religionsbezogenen italienischen Außenpolitik eine einzigartige Stellung verleihen – mehr noch als in Washington, London, Paris, Berlin oder Brüssel (Petito/Thomas 2015: 47). Eine solche neue Rolle religionsbezogener italienischer Außenpolitik wäre aber keineswegs zu verwechseln mit der veralteten, nostalgischen und problematischen Vorstellung von Italien als einer „katholischen Macht“ (Petito/Thomas 2015: 48).

Hinzu kommt, dass Italien oft als Mittelmeerland, als „Süden“, und weniger als „westlicher“ Großmachtakteur Europas wahrgenommen wird. Zudem hat Italien zwar aufgrund der Kolonialvergangenheit besondere Beziehungen zu einzelnen afrikanischen Staaten und entsprechende Kenntnisse, kann aber gleichzeitig gegenüber nah- und mittelöstlichen Ländern historisch weniger belastet auftreten als Deutschland, die USA oder die ehemaligen Kolonialmächte in der Region Frankreich und Großbritannien und somit ggf. eine vermittelnde Rolle und diplomatische Brückenfunktion einnehmen.

2.6 USA

Die US-Außenpolitik nach dem Regierungswechsel im Januar 2017 ist schwer einzuschätzen – dies betrifft auch die Rolle, die religionsbezogene Fragen nun in den amerikanischen auswärtigen Beziehungen einnehmen werden. Inwieweit die in den letzten Jahren unter US-Präsident Barack Obama und Außenminister John Kerry neu eingeführten und konsolidierten Institutionen und Politiken bezüglich Religion in der US-Außenpolitik jetzt durch die neue Administration verändert oder gar komplett rückabgewickelt werden, bleibt offen.²⁷ Änderungen bei der strategischen Ausrichtung und dem institutionellen Aufbau der Religionsaußenpolitik der USA sind unter der neuen Administration durchaus nicht unwahrscheinlich.

Dass die religiöse Rechte in den USA unter der neuen Administration verstärkt Einfluss auf die US-amerikanische Außenpolitik nimmt und etwa konfrontativ die internationale Religionsfreiheit mehr betont, verstärkt Verfolgung von Christen in muslimischen Ländern anprangert oder die Religions-, Jerusalem- und Siedlungspolitik der Regierung Israels aktiv unterstützt (zum Einfluss der religiösen Rechten auf die US-Politik allgemein Braml 2005), wird manchmal vermutet, erscheint aber derzeit noch Spekulation.

Dem neuen US-Präsidenten empfahl hingegen, vor der Wahl, der kanadische Politikwissenschaftler Robert Joustra die Zusammenarbeit in einer internationalen Koalition mit Kanada, Großbritannien und den Commonwealth-Ländern bei der außenpolitischen Förderung der Religionsfreiheit, ebenso wie überparteiliche internationale Parlamentariergruppen als Partner und die Unterstützung von Bottom-up-Initiativen und einer für die Akzeptanz von Religionsfreiheit förderlichen politischen Kultur:

²⁷ Ein Insiderbericht des Wissenschaftlers und US-Diplomaten Peter Mandaville über Religion und US-Außenpolitik, seine frühere religionsbezogene Arbeit im *State Department* und die neue US-Administration im Interview vom 14. Februar 2017 auf der Website des britischen *Centre on Religion and Global Affairs*, Link: <http://www.centreonreligionandglobalaffairs.org/commentary/> [07.04.2017].

2. Religionsbezogene Außenpolitiken ausgewählter Staaten im Vergleich – Prioritäten, Institutionen und Beispiele

„FoRB [Freedom of Religion or Belief, der Verf.] is not a narrowly American, Christian, or conservative concern. The next American President has the opportunity to show that by working proactively with an emerging international coalition, and supporting the ongoing growth of domestic experts and leaders around the world [...].“ (Joustra 2016: 109)

Detailliertere und speziell auf die neue Administration und den neu gewählten US-Kongress abzielende Empfehlungen formulieren 2017 die Experten Thomas F. Farr und Dennis R. Hoover vom *Religious Freedom Institute* (RFI) und dem *Center on Faith and International Affairs* (CFIA) in ihrem Policy Brief „*US Foreign Policy and International Religious Freedom*“.²⁸ Unter anderem fordern sie eine überparteiliche Religionsaußenpolitik, Fortbildungen zur Religionsfreiheit für alle US-Diplomaten, die Einbeziehung der internationalen Religionsfreiheit in die Nationale Sicherheitsstrategie und die Einrichtung von Unterausschüssen zur internationalen Religionsfreiheit in beiden Kammern des Kongresses.

Eine zentrale Rolle bei der Thematisierung von Religion in den US-Außenbeziehungen hatte unter Obama und Kerry das 2013 eingerichtete *Office of Religion and Global Affairs* (S/RGA) des Außenministeriums (*State Department*).²⁹ Unter anderem hatte sich dafür eine Gruppe aus Beamten, Diplomaten und Experten, die *Religion and Foreign Policy Working Group*, eingesetzt.³⁰

Das Büro setzte die *National Strategy on Religious Leader and Faith Community Engagement*³¹ des Weißen Hauses um und erfüllte drei grundsätzliche Aufgaben: Beratung der Ministeriumsleitung zu religionsbezogenen Fragen, Unterstützung der Dienststellen und Auslandsvertretungen bei der Analyse von religiösen Entwicklungen und bei der Einbeziehung religionsbasierter Akteure sowie Funktion als Ansprechpartner für religiöse und säkulare Personen und Einrichtungen, die zum Thema Religion und internationale Beziehungen mit dem *State Department* in Dialog treten wollen. Konkrete Beispiele der Arbeit des Büros waren etwa Planungen mit religiösen NGOs 2015 im Vorfeld der UN-Klimakonferenz COP 21, Zusammenarbeit mit verschiedenen Religionsvertretern aus Nigeria, um einen gemeinsamen Anti-Korruptionsplan zu entwickeln, oder die Beteili-

²⁸ Online unter: https://globalengage.org/content/Policy_Brief_FINAL.pdf [12.04.2017].

²⁹ Vgl. zum Abschnitt *US State Department Website*, Link: <https://www.state.gov/s/rga/> [06.04.2017]; zur Entstehungsgeschichte Brookings-Experte Peter Mandaville, Blog 7. Juni 2013, Link: <https://www.brookings.edu/blog/up-front/2013/06/07/taking-religious-engagement-in-foreign-policy-seriously/> [12.04.2017].

³⁰ Detaillierte Empfehlungen der Gruppe im White Paper vom 16. Oktober 2012, online unter https://globalengage.org/content/1300_Religion__Foreign_Policy_Working_Group_Submitted_WP_16_Oct2012.pdf [12.04.2017].

³¹ Auf *US State Department Website*, Link: <https://www.state.gov/s/rga/strategy/> [06.04.2017].

gung von Religionsvertretern bei der Thematisierung von sozialer und politischer Stabilität in mehrheitlich orthodoxen Ländern wie Zypern und der Ukraine.³² Im Herbst 2016 war das Büro Gastgeber bei der ersten Konferenz „*Religion and Diplomacy*“ im *State Department*.

Innerhalb des *Office of Religion and Global Affairs* wurden auch weitere mit Religion befasste Arbeitsstellen im *State Department* integriert, behielten aber ihre eigenen Mandate: der Sondergesandte zur Überwachung von und zum Kampf gegen Antisemitismus (*Special Envoy to Monitor and Combat Anti-Semitism*), der Sonderbeauftragte für Muslimische Gemeinschaften (*Special Representative to Muslim Communities*) und der Sondergesandte für die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) (*Special Envoy to the Organization of Islamic Cooperation*).

Die *US Strategy on Religious Leader and Faith Community Engagement* umfasste drei Hauptziele bei der Zusammenarbeit mit religionsbasierten Akteuren: i) Förderung von nachhaltiger Entwicklung und effizienterer humanitärer Hilfe; ii) Förderung von Pluralismus und Menschenrechten unter Einbeziehung der Religionsfreiheit; iii) Prävention, Vermittlung und Lösung von Gewaltkonflikten und Mitwirkung an Stabilität und Sicherheit vor Ort. Diese Ziele wollte die US-Regierung durch drei Instrumente erreichen: *Capacity building* von Regierungsstellen und internationalen Partnern bei der Einbeziehung religionsbasierter Akteure durch Beratung und Fortbildung; Institutionalisierung der Bemühungen, führende Religionsvertreter in Politik und Praxis einzubinden; Weiterentwicklung und Verbesserung der Austausch und Dialoge mit führenden Religionsvertretern.

Weitere staatliche Institutionen, die sich mit Religion befassen, sind das *Office of International Religious Freedom* im *State Department*,³³ das vom *Ambassador-at-Large for International Religious Freedom*³⁴ geleitet wird, das *Center for Faith-Based and Community Initiatives* (CFBCI) der US-Entwicklungsagentur USAID³⁵ und unter Barack Obama das *White House Office of Faith-Based and Neighborhood Partnerships* in der US-Präsidialverwaltung.³⁶ Das

³² *US State Department Website*, Link: <https://www.state.gov/s/rga/265814.htm> [06.04.2017].

³³ *US State Department Website*, Link: <https://www.state.gov/j/drl/irf/> [06.04.2017].

³⁴ Amtsinhaber zuletzt 2014-2017 Rabbi David N. Saperstein.

³⁵ USAID Website, Link: <https://www.usaid.gov/partnership-opportunities/fbci> [06.04.2017].

³⁶ Link zur archivierten Website des Weißen Hauses: <https://obamawhitehouse.archives.gov/administration/eop/ofbnp> [06.04.2017].

White House Office of Faith-Based and Neighborhood Partnerships besaß auch einen Beirat aus Vertretern religionsbasierter und nicht-religionsbasierter Organisationen.

Jährlich legt das *US State Department* dem US-Kongress den Bericht zur weltweiten Religionsfreiheit, den nach Ländern gegliederten *International Religious Freedom Report*³⁷ (IRF Report), vor. Den Rechtsrahmen des Einsatzes der US-Außenpolitik für weltweite Religionsfreiheit steckt der *International Religious Freedom Act* (Gesetzesnummer H.R. 2431)³⁸ von 1998 (geändert 1999 durch Public Law 106-55) ab.

Der *International Religious Freedom Act* (IRFA) begründete auch die überparteiliche, unabhängige *United States Commission on International Religious Freedom*³⁹ (USCIRF), deren Mitglieder vom Präsidenten und den Fraktionsführern beider Parteien im Kongress ernannt werden. Die USCIRF erstellt einen eigenen Bericht zur weltweiten Religionsfreiheit⁴⁰ (*Annual Report*). Der *Ambassador-at-Large for International Religious Freedom* des *State Department* ist *ex officio* Mitglied der USCIRF, aber ohne Stimmrecht. Vorsitzender der Kommission ist der von Barack Obama für 2016-2018 ernannte Jesuit Thomas J. Reese.

Auch das *US Institute of Peace* (USIP) befasst sich unter anderem mit der Rolle von Religion in den internationalen Beziehungen,⁴¹ durch praxisorientierte Workshops (etwa zu Lehren aus dem nordirischen Friedensprozess für den Konflikt zwischen Israel und Palästinensern), durch Arbeitstreffen etwa mit Gouverneuren, Zivilgesellschaft und Religionsvertretern aus den nördlichen Krisenbundesstaaten Nigerias,⁴² durch Briefings, Publikationen und Fortbildungen. Als konkreten praktischen Beitrag zur Friedensarbeit hat das *US Institute of Peace* (USIP) zusammen mit anderen US-Institutionen und den UN ein umfassendes Handbuch für Teilnehmer an Friedensmissionen und Verzeichnis von Akteuren und Organisationen, die in Friedenspolitik und internationaler humanitärer Hilfe tätig sind, erstellt⁴³. In einer neuesten Studie untersucht das USIP empirisch unter Bezug auf örtliche Quellen, welche Religionsvertreter in Libyen konstruktiv an Friedensbemühun-

³⁷ *US State Department Website*, Report 2015, Link:

<https://www.state.gov/j/drl/rls/irf/religiousfreedom/index.htm#wrapper>, [06.04.2017]

³⁸ Link zum Gesetzestext: <https://www.state.gov/documents/organization/2297.pdf> [06.04.2017].

³⁹ USCIRF Website, Link: <http://www.uscirtf.gov/> [06.04.2017].

⁴⁰ Link zum aktuellen Bericht, 2016 Annual Report:

<http://www.uscirtf.gov/sites/default/files/USCIRF%202016%20Annual%20Report.pdf> [06.04.2017].

⁴¹ USIP Website, Link: <https://www.usip.org/issue-areas/religion> [07.04.2017].

⁴² USIP Website, Link zum Bericht über das Treffen: <https://www.usip.org/publications/2017/03/top-civic-leaders-aid-nigerian-fight-curb-extremism> [07.04.2017].

⁴³ *USIP Guide to Participants in Peace, Stability, and Relief Operations*, verfügbar online unter <http://pksoi.army.mil/default/assets/File/Guide-text.pdf> [08.03.2017].

gen mitwirken könnten und formuliert präzise Empfehlungen für die Unterstützung und Zusammenarbeit mit traditionellen lokalen Religionsvertretern und Stammesführern (Kakar/Langhi 2017).⁴⁴ Bereits im Juni 2001 lud das USIP über 100 religionsbasierte Akteure zu einem Workshop „*Faith-Based NGOs and International Peacebuilding*“ ein.⁴⁵

Der *Council on Foreign Relations* (CFR), führendes und einflussreiches außenpolitisches Experten- und Entscheidernetzwerk in den USA, hat erst kürzlich diskutiert, wie diplomatische Zusammenarbeit mit religiösen Friedensakteuren vorangebracht werden kann.⁴⁶ Der *Council on Foreign Relations* veröffentlicht monatlich auch ein elektronisches CFR *Religion and Foreign Policy Bulletin*⁴⁷ und unterhält ein CFR *Religion and Foreign Policy Portal*.⁴⁸ In thematischen Runden Tischen für Religionsvertreter und Außenpolitikexperten und in den Jahrestreffen *Religion and Foreign Policy Workshop* bietet der CFR ein hochrangiges und hochqualifiziertes Forum für den Austausch von Religion und Außenpolitik.⁴⁹

2.7 Vatikan

Der Vatikan wird als „Global Player ohne Gewalt“ (Ring-Eifel 2004: 245) oder als „moralische Supermacht“ bezeichnet. Aber wie macht der kleinste Staat der Welt große Politik? Die wichtigsten außenpolitischen Akteure des Vatikan sind der Papst als geistliches Oberhaupt der Katholischen Kirche und als Staatsschef des Kirchenstaats, das Staatssekretariat,⁵⁰ die Nuntiaturen (diplomatische Vertretungen des Heiligen Stuhls im Ausland und bei internationalen Organisationen), der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden (*Justitia et Pax*) sowie der Päpstliche Rat für den Interreligiösen Dialog. Entscheidend sind aber auch die fein verästelten formalen und informellen Netzwerke der Weltkirche und kirchennaher Organisationen. Zwar ist die Außenpolitik des Vatikans immer stark von der Persönlichkeit, den Prioritäten und der Amtsführung der einzelnen Päpste geprägt, dennoch gibt es durchaus inhaltliche Konstanten.

⁴⁴ Verfügbar auf USIP Website, Link zur Studie: <https://www.usip.org/sites/default/files/2017-03/pw124-libya-religious-sector-and-peacebuilding-efforts.pdf> [07.04.2017].

⁴⁵ Bericht von David Smock in USIP Special Report 76, 22. Oktober 2001, Washington DC.

⁴⁶ Veranstaltungsbericht vom 12. Januar 2017 auf CFR Homepage, Link: <http://www.cfr.org/peace-conflict-and-human-rights/advancing-diplomatic-engagement-religious-peacemakers/p38672> [14.02.2017].

⁴⁷ Link: http://www.cfr.org/about/outreach/religioninitiative/newsletter_archive.html [14.02.2017].

⁴⁸ Link: <http://www.cfr.org/about/outreach/religioninitiative/index.html> [14.02.2017].

⁴⁹ CFR Homepage, Link:

http://i.cfr.org/content/publications/attachments/CFR_Religion_and_Foreign_Policy_Initiative_Brochure_2015.pdf?co=C036801 [14.02.2017].

⁵⁰ Zum Staatssekretariat Reese 2000: 242-259.

Zentrale, strategische und kontinuierliche außenpolitische Interessen des Vatikan sind Frieden, Religionsfreiheit, Autonomie der Katholischen Kirche und kirchlicher Einrichtungen in den verschiedenen Ländern weltweit, die Stärkung der Vereinten Nationen (Ring-Eifel 2004: 252-255), dauerhafte Präsenz von (auch nicht-katholischen) Christen im Nahen und Mittleren Osten und deren Schutz, Schutz von und Zugang zu religiösen Stätten (insbesondere in Israel/Palästinensischen Gebiete (vgl. Ring Eifel 2004: 257-263)) sowie interreligiöser Dialog. Da der Vatikan zwar völkerrechtlich in der Regel wie ein Staat auftritt, aber durch seinen besonderen Staatscharakter *sui generis* und die sehr enge personelle Verflechtung mit der Leitung der katholischen Kirche als weltweiter großer Glaubensgemeinschaft immer auch als religiöser Akteur wahrgenommen wird, ist das Thema Religion in seiner Außenpolitik automatisch präsent.

Wichtiges Grundlagendokument für die Friedenspolitik des Vatikan ist nach wie vor die Enzyklika „*Pacem in Terris*“ von Papst Johannes XXIII, verfasst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges 1963, unter dem Eindruck eines unmittelbar drohenden Atomkriegs. Jedes Jahr zum 1. Januar, dem Weltfriedenstag der Katholischen Kirche, benennt der Papst in einer Weltfriedensbotschaft aktuelle (friedens-)politische Grundsätze. Zum 1. Januar 2017 sprach Papst Franziskus über „Gewaltfreiheit: Stil einer Politik für den Frieden“.⁵¹ Er betonte darin „Keine Religion ist terroristisch“ und stellte klar: „Nur der Friede ist heilig, nicht der Krieg.“ Für den Aufbau des Friedens forderte der Papst eine „aktive und kreative Gewaltfreiheit“ und Solidarität. In der ebenfalls traditionellen Neujahrsansprache vor dem beim Heiligen Stuhl akkreditierten diplomatischen Korps rekapitulierte Franziskus dieses Jahr aktuelle internationale politische Geschehnisse und ging dabei besonders auf Terroranschläge, Flucht und Vertreibung, Integration von Migrant*innen sowie einzelne Bürgerkriege ein.⁵²

Während der internationale Einsatz des Vatikan für die Bewahrung der Schöpfung (Umwelt- und Klimapolitik), für den interreligiösen Dialog, für Schuldenerlass, Entwicklungspolitik und Abrüstung sowie seine Kapitalismuskritik an weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten bei vielen NGOs oder auch bei Entwicklungsländern immer wieder breiten Anklang finden, so bleibt der Kirchenstaat dagegen mit bestimmten Positionen zu

⁵¹ S. Homepage der Deutschen Bischofskonferenz, Link:

http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2016/2016-229a-Botschaft-zum-Weltfriedenstag-2017.pdf [22.03.2017].

⁵² Ansprache auf der Website von Radio Vatikan, Link:

http://de.radiovaticana.va/news/2017/01/09/die_papstansprache_an_das_diplomatische_corps/1284496 [23.03.2017].

Gleichstellungs-, Gesundheits- und Familienpolitik (Abtreibung, Empfängnisverhütung, Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten) in internationalen Foren oft weitgehend isoliert. Bemerkenswert an der neuen Umweltenzyklika „*Laudato si'*“ des „rot-grünen Papsts“ Franziskus von 2015: Umweltzerstörung, menschengemachter Klimawandel sowie extreme Armut, soziale Ungleichheit, Gewalt werden als zusammengehörig, als zwei Seiten einer Medaille angesehen, als Ausdruck einer einzigen globalen sozio-ökologischen Krise (Mensink 2016: 14).

Im jahrzehntelangen Konflikt zwischen Argentinien und Chile um den strittigen Grenzverlauf im Beagle-Kanal, einer strategischen Wasserstraße an der Südspitze des lateinamerikanischen Subkontinents, bewies der Vatikan als Konfliktmediator seit Ende der 1970er Jahre einen langen Atem und konnte durch Pendeldiplomatie und seine religiös-moralisch glaubwürdige Neutralität nicht nur einen drohenden Krieg zwischen den beiden katholisch geprägten Nachbarländern verhindern, sondern schließlich auch an der konstruktiven und dauerhaften Lösung inhaltlich maßgeblich mitwirken (Weingardt 2010: 49-66, Weingardt 2014: 174-180). Und in jüngster Zeit konnte Papst Franziskus die historische Annäherung zwischen den USA und Kuba diplomatisch vermitteln (Mensink 2016: 13).

Eine der neuesten praktischen Friedensinitiativen aus dem Vatikan ist die Partnerschaft „*Ethics in Action*“, ein Initiativnetzwerk, das einen multireligiösen moralischen Konsens über globale Herausforderungen für nachhaltige Entwicklung erarbeiten möchte und davon ausgehend konkrete Handlungen initiieren will. Gemeinsame Gastgeber sind der Kanzler der Päpstlichen Akademie für Natur- und Sozialwissenschaften, Bischof Marcelo Sánchez Sorondo, das *United Nations Sustainable Development Solutions Network* unter der Leitung des Wirtschaftswissenschaftlers Jeffrey Sachs, die weltweite interreligiöse Organisation *Religions for Peace* (RfP) und die US-amerikanische *University of Notre Dame*. Zu den Gründern von „*Ethics in Action*“ gehören auch die *Blue Chip Foundation*, das *Fetzer Institute* sowie Einzelpersonlichkeiten.

Das zweite Treffen von „*Ethics in Action*“ fand am 2./3. Februar 2017 im Vatikan unter Beteiligung von hochrangigen Vertretern zahlreicher Religionsgemeinschaften und wissenschaftlichen Experten statt. In der Abschlusserklärung fordert das Netzwerk unter anderem, das Thema Religion und Frieden auf die Tagesordnung des UN-Sicherheitsrats 2017 zu setzen, eine *Inter-Religious Contact Group* für den UN-Generalsekretär und den UN-Sicherheitsrat einzurichten sowie einen Fonds aufzulegen, um Militärausgaben zu

reduzieren und umzuwidmen für die Finanzierung von nachhaltiger Entwicklung („*Isaiah Fund*“ oder „*Pope Paul VI Fund*“).

Der Vatikan befasst sich auf verschiedenen Ebenen mit der aktuellen Flüchtlingskrise und Flüchtlingspolitik in Europa. Papst Franziskus setzte dabei bereits 2013 mit der bewegenden ersten Reise nach seinem Amtsantritt ausgerechnet auf die kleine und abgelegene italienische Insel Lampedusa, Erstaufnahmeort von zahlreichen unter Lebensgefahr über das Mittelmeer fliehenden Bootsflüchtlingen, ein weltweit beachtetes politisches und religiöses Zeichen (Bender 2014: 8).

Doch auch abseits der großen Medienberichterstattung thematisiert der Vatikan die europäische Herausforderung der Flüchtlingsaufnahme auf lokaler Ebene: So lud etwa die Päpstliche Akademie der Wissenschaften am 9./10. Dezember 2016 Vertreter zahlreicher europäischer Städte zu einer internationalen Konferenz über kommunale Flüchtlingsarbeit ein, darunter auch 20 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister aus Deutschland. Ein daraus entstehendes kommunales europäisches Netzwerk soll sich um humanitäre Korridore für Menschen auf der Flucht kümmern.⁵³

⁵³ Website Deutsche Botschaft beim Heiligen Stuhl, Link: http://www.vatikan.diplo.de/Vertretung/vatikan/de/03/Deutschland__HI.Stuhl/20161209-buergermeister.html [07.03.2017].

3. Religionsbezogene Aktivitäten internationaler Organisationen

3.1 Vereinte Nationen (UN)

Die Beziehungen der Vereinten Nationen zu religiösen Organisationen sind vielfältig und haben eine lange Geschichte.⁵⁴ Besonders seit den 2000er Jahren und unter UN-Generalsekretär Kofi Annan gewannen die Zusammenarbeit der UN mit Religionsgemeinschaften und die Thematisierung von Religion in der UN-Politik an Bedeutung. Die zentralen Akteure und Initiativen der Vereinten Nationen bei der Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften bzw. bei der Thematisierung von Religion in der globalen Politik sind der UN-Generalsekretär, die UN-Generalversammlung, die *UN Alliance of Civilizations* (UNAOC), die *UN Task Force on Religion and Development* (UN IATF-FBOs) (s. auch Kapitel 6.3), die *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization* (UNESCO) und der UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit.

Wichtige Themen sind Friedensförderung, Religionsfreiheit, interkultureller und interreligiöser Dialog sowie Religionen und nachhaltige Entwicklung. Hier soll sich die Darstellung auf das Themenfeld interreligiöser Dialog und die Arbeit von *UN Alliance of Civilizations* (UNAOC), der UNESCO und des UN-Sonderberichterstatters für Religions- und Glaubensfreiheit beschränken.

Im August 2008 veröffentlichte der UN-Generalsekretär zum ersten Mal einen Bericht zum interreligiösen Dialog und Friedensarbeit der UN mit Religionen „*Interreligious and intercultural Dialogue, understanding and cooperation for peace*“ (A/63/262). Der Folgebericht 2015 erweiterte im Titel das Themenfeld zu „*Promotion of a culture of peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation for peace*“ (A/70/373, September 2015).

Die UN-Generalversammlung befasst sich seit 2003 in jährlichen Entschlüssen mit der Förderung des interreligiösen und interkulturellen Dialogs (Entschlüsselung 2015: A/RES/ 70/19, 3. Dezember 2015) und beschloss 2010, jedes Jahr in der ersten Februarwoche die *World Interfaith Harmony Week* weltweit zu feiern.

⁵⁴ Ein einführender Überblick dazu von Karsten Lehmann, Website Heinrich-Böll-Stiftung, Link: <https://heimatkunde.boell.de/2009/06/18/religioese-ngos-im-kontext-der-vereinten-nationen> [06.03.2017].

3. Religionsbezogene Aktivitäten internationaler Organisationen

Die UN-„Allianz der Kulturen“ (*United Nations Alliance of Civilizations* (UNAOC)) für den interkulturellen Dialog zwischen dem „Westen“ und der islamischen Welt wurde 2005 durch UN-Generalsekretär Kofi Annan und einen Beschluss der UN-Generalversammlung (Resolution 59/23) eingerichtet. Sie geht zurück auf eine gemeinsame Initiative der Regierungen Spaniens und der Türkei als Reaktion auf islamistische Terroranschläge in Madrid und Istanbul 2004.

Hoher Vertreter für die UNAOC ist seit 2013 Nassir Abdulaziz Al-Nasser, Diplomat aus Katar. Ein Beirat von hochrangigen Vertretern aus Politik, Religion, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur wird eingerichtet. Die UNAOC arbeitet in den Bereichen Bildung, Jugend, Migration und Medien durch Globale Foren (zuletzt 2016 in Baku), Fellowships, eine Sommeruniversität, Förderprogramme, Fortbildungen, Projektwettbewerbe und arbeitet dabei zusammen mit interreligiösen Organisationen, religionsbasierten Akteuren, Hochschulen, NGOs und Stiftungen, etwa *Religions for Peace* (RfP), dem *King Abdullah bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue* (KAICIID) oder dem *Forum for Promoting Peace in Muslim Societies*.

So organisiert die Allianz der Kulturen beispielsweise das Programm „*Young Peace-builders in West Africa*“, bei dem Mitglieder von Jugendorganisationen und -initiativen aus westafrikanischen Ländern sich gemeinsam drei Monate online und in einem Präsenzworkshop über Religionen, Kulturen und Weltanschauungen, Vorurteilsforschung sowie Konflikttransformation und friedliche Konfliktlösungsmöglichkeiten weiterbilden.

Die vielfältige Zusammenarbeit der zahlreichen UN-Sonderorganisationen mit religionsbasierten Akteuren und ihre jeweilige Thematisierung von Religion in der UN-Arbeit wird UN-intern seit 2007 (förmlich seit 2010) koordiniert von der *United Nations Inter-Agency Task Force on Engaging Faith-Based Actors for Sustainable Development* (kurz: *UN Task Force on Religion and Development* oder UN IATF-FBOs). Der Umfang der Kooperation kann alleine daran ermessen werden, dass nicht weniger als 19 UN-Einrichtungen unter dem Vorsitz des *United Nations Population Fund* (UNFPA) in der Taskforce zusammenarbeiten. Im Jahresbericht der UN IATF-FBOs finden sich nicht nur eine Zusammenfassung der jährlichen Tätigkeiten, sondern zahlreiche weitere Quellen und Nachweise für die Zusammenarbeit von einzelnen UN-Institutionen mit religionsbasierten Akteuren.

3. Religionsbezogene Aktivitäten internationaler Organisationen

Die UNESCO ist als Teil des interkulturellen Dialogs auch im Bereich des interreligiösen Dialogs aktiv.⁵⁵ Es gibt mehrere universitäre UNESCO-Lehrstühle⁵⁶ für Religion, Religionsfrieden, interreligiösen und interkulturellen Dialog, in Monash/Clayton (Australien), Graz (Österreich), Nacional/Bogotá (Kolumbien), Nikosia (Zypern), St. Andrew's /Mumbai (Indien), Kufa (Irak), Jerusalem (Israel), Bologna (Italien), ENU Astana (Kasachstan), Bischkek (Kirgistan), Beirut (Libanon), Wellington (Neuseeland), Bukarest (Rumänien), Tarragona (Spanien), Duschanbe (Tadschikistan), Portland OR (USA). 2006 wurde eine Vereinbarung über ein Netzwerk der UNESCO-Lehrstühle für interreligiösen und interkulturellen Dialog unterzeichnet.

Offizielle UNESCO-Partnerschaften mit religionsbasierten NGOs bestehen u. a. mit der Kommission für internationale Angelegenheiten des Ökumenischen Rats der Kirchen (CCIA), mit dem Internationalen katholischen Zentrum für die Zusammenarbeit mit der UNESCO (CCIC), *Religions for Peace* (RfP), dem *World Jewish Council* (WJC), der *World Islamic Call Society*, der *World Union of Jewish Students* und der katholischen Friedensbewegung Pax Christi International.

Auch örtliche UNESCO-Institutionen können Religion und interreligiösen Dialog thematisieren, so etwa das UNESCO-CAT (Katalonien) Büro in Barcelona: Gemeinsam mit der katalanischen *UNESCO Association for Interreligious Dialogue* wurde 2011 eine Publikation zu Religionen und UN-Millenniumszielen veröffentlicht.⁵⁷ Das UNESCO-Cluster-Büro in Moskau und das UNESCO-Büro in Beirut veröffentlichten 2009 den Sammelband „Perspektiven zum interreligiösen Dialog Christentum-Islam in Russland und dem Nahen Osten“⁵⁸. Die UNESCO unterstützte auch internationale regionale Religionsdialog-Treffen und -Erklärungen in Abuja 2003, Tirana 2004, Moskau 2007 und Tiflis 2007.

Der UN-Sonderberichterstatler für Religions- und Glaubensfreiheit, derzeit Ahmed Shaheed, Diplomat und früherer Außenminister von den Malediven, ist dem Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) in Genf zugeordnet. Von 2010 bis Herbst 2016 hatte der deutsche Theologe, Philosoph und Historiker Heiner Bielefeldt von

⁵⁵ S. UNESCO-Website, Link: <http://www.unesco.org/new/en/culture/themes/dialogue/intercultural-dialogue/interreligious-dialogue/> [14.04.2017].

⁵⁶ Liste auf UNESCO-Website, Link: <http://en.unesco.org/sites/default/files/list-unesco-chairs.pdf>, [14.04.2017].

⁵⁷ UNESCO CAT Website, Link:

<http://www.unescocat.org/fitxer/2538/RELIGIONES%20Y%20ODM%20CAST%20ok2.pdf> [14.04.2017].

⁵⁸ Online UNESCO-Website, Link: <http://unesdoc.unesco.org/images/0018/001852/185275m.pdf> [14.04.2017].

der Universität Erlangen dieses Amt inne. Der Sonderberichterstatter besucht nicht nur verschiedene Länder, um sich über die Situation vor Ort zu informieren und einen Länderbericht zur Religionsfreiheit zu erstellen,⁵⁹ sondern befasst sich auch mit verschiedenen thematischen Aspekten der Religionsfreiheit, etwa dem interreligiösen Dialog und der Zusammenarbeit mit NGOs (A/56/253, 31. Juli 2001), der Rolle des Staates bei der Förderung interreligiöser Kommunikation (A/66/156, 18. Juli 2011), Religionsfreiheit und der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, der Situation religiöser Minderheiten, Religionsunterricht an Schulen, religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz, Religionswechsel und Konversion, Schutz religiöser Stätten.⁶⁰

Der UN Human Rights Council hat im März 2016 das Mandat des UN-Sonderberichterstatters um drei Jahre verlängert. Im Jahresbericht des UN-Sonderberichterstatters vom 17. Januar 2017 (A/HRC/34/50)⁶¹ wird angekündigt, über die nächsten drei Jahre eine Studie/*Impact Assessment* zu Mandat des Sonderberichterstatters und zu Mechanismen zur Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit zu erstellen, um zu untersuchen, welche Maßnahmen am besten konkrete Ergebnisse vor Ort bewirken.

Nach einer Reihe von Expertenworkshops auf Initiative des OHCHR und des UN-Sonderberichterstatters für Religions- und Glaubensfreiheit formulierte der im Oktober 2012 in der marokkanischen Hauptstadt angenommene „*Rabat Plan of Action on the prohibition of advocacy of national, racial or religious hatred that constitutes incitement to discrimination, hostility or violence*“ drei spezifische Grundverantwortungen religiöser Führer: Sie sollten keine Botschaften verbreiten, die zu Intoleranz, Gewalt, Feindseligkeit oder Diskriminierung aufrufen, sie sollten deutlich und rasch gegen Intoleranz, diskriminierende Stereotypen und religiösen Hass Stellung beziehen und sie sollten Klarheit schaffen, dass Gewalt niemals die Antwort auf Hass oder Provokationen sein darf. Darauf aufbauend verpflichteten sich religionsbasierte Akteure und Zivilgesellschaft in der *Beirut Declaration on "Faiths for Rights"* (F4R)⁶² vom 28./29. März 2017 auf die Förderung der Menschenrechte

⁵⁹ So z. B. Iran 1995, Deutschland 1997, USA 1998, Türkei 1999, Nigeria 2005, Frankreich 2005, Großbritannien 2007, Israel/Palästinensische Gebiete 2008, Jordanien 2013, Libanon 2015.

⁶⁰ Themen- und Dokumentenübersicht unter:

<http://www.ohchr.org/EN/Issues/FreedomReligion/Pages/Issues.aspx> [14.04.2017].

⁶¹ Online unter: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G17/008/79/PDF/G1700879.pdf?OpenElement> [14.04.2017].

⁶² Text auf OHCHR-Website, Link: <http://www.ohchr.org/Documents/Press/21451/BeirutDeclarationonFaithforRights.pdf> [14.04.2017].

allgemein und formulierten *18 Faith for Rights Commitments*⁶³ für Religionsvertreter und Gläubige, mit Begründungen aus den heiligen Schriften und Traditionen verschiedener Religionen.

3.2 Europäische Union

Die Europäische Union befasst sich schon seit über zwei Jahrzehnten mit Religion⁶⁴ in ihren Außenbeziehungen. Auch intern unterhält sie regelmäßige und intensive Beziehungen zu führenden Religionsvertretern und religionsbasierten Akteuren. Eine Vielzahl von Religionsgemeinschaften und religionsbasierten NGOs sind bei den Institutionen der Europäischen Union akkreditiert und in Brüssel und Straßburg mit Informationsbüros präsent. Hauptakteure der EU bei den religionsbezogenen Außenbeziehungen sind dabei die Europäische Kommission, die EU-Außenbeauftragte und der Europäische Auswärtige Dienst mit den Delegationen in Drittstaaten, das Europäische Parlament, die Euro-Mediterrane Anna-Lindh-Stiftung und seit 2016 der neue EU-Sondergesandte für die Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit außerhalb der Union. Zentrale Themen sind die Nichtdiskriminierung aus religiösen Gründen, der interkulturelle und interreligiöse Dialog, religiöse Vielfalt, der Einsatz für im Ausland religiös Verfolgte.

Erste Impulse für die Einbeziehung von Religion in die Außenbeziehungen der Europäischen Union kamen durch die EU-Mittelmeerpolitik Mitte der 1990er Jahre, als interreligiöser und interkultureller Dialog mit den nordafrikanischen und nahöstlichen Partnerländern Teil der sozialen und zivilgesellschaftlichen Dimension der Mittelmeerpolitik wurden und die kommissionsinterne Denkfabrik *Cellule de prospective* des damaligen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors den Zusammenhang von Religion und europäischer Integration erforschte und eine Reihe von religionsbezogenen internationalen Konferenzen durchführte (vgl. Bender 2013: 297-299).

Politisch begünstigt wurde die Befassung der EU mit Religion und die Aufnahme von Kontakten zu Religionsvertretern durch den Wunsch Jacques Delors „Europa eine Seele zu geben“, um das Einigungswerk nicht nur als technokratisch-ökonomischen Prozess zu managen, sondern auch als wertebasiertes philosophisch-ethisches Projekt der europäischen Geistesgeschichte zu reflektieren und Kirchen und Religionsgemeinschaften dafür zu gewinnen.

⁶³ Text auf OHCHR-Website, Link:

<http://www.ohchr.org/Documents/Press/21451/18CommitmentsonFaithforRights.pdf> [14.04.2017].

⁶⁴ Zu den vielfältigen Religionsbezügen im Recht der EU allgemein s. Robbers (Hg.) 2001.

Unter EU-Kommissionspräsident Romano Prodi (1999-2004) erfuhr die Religionspolitik der Europäischen Kommission eine besondere Aufwertung: Der Italiener berief als einen der vier persönlichen politischen Stabsexperten den Theologen und österreichischen Europadiplomaten Michael Weninger mit ausschließlicher Zuständigkeit für Religion und Kontakte zu Kirchen und Religionsgemeinschaften in seine Gruppe der Politikberater (GOPA). Als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA ließ Romano Prodi bei einem Gipfel im Dezember 2001 die Brüsseler Erklärung „Der Friede Gottes in der Welt“ von über 200 hochrangigen Vertretern aus Europapolitik und Weltreligionen unterzeichnen (*Brussels Declaration* 2001). Die Anschläge verstärkten die weitere Befassung mit dem Islam und mit Religion in der Europapolitik. Die Europäische Kommission war Gastgeber für verschiedene religionsbezogene internationale Konferenzen, etwa zu Best Practise-Beispielen für lokale interreligiöse Zusammenarbeit in europäischen Großstädten.

Derzeit ist die Ansprechpartnerin bei der Europäischen Kommission für Kirchen und Religionsgemeinschaften, die deutsche Politikwissenschaftlerin Katharina von Schnurbein, in der Generaldirektion Justiz angesiedelt. Der förmliche Dialog der EU mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften „in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags“ ist seit dem Vertrag von Lissabon 2009 im Artikel 17 primärrechtlich verankert und hat gewissermaßen Verfassungsrang (zum Dialog Belafi in: Werker/Liedhegener (Hg.) 2013:153-173; Bender 2013: 298; Weninger 2007).

Das Europäische Parlament hat sich seit Ende der 1990er Jahre immer wieder gezielt mit der Rolle der Religion in den internationalen Beziehungen befasst, hochrangige Geistliche verschiedener Religionen, Religionsvertreter und Experten für internationale Religionsfragen zu Aussprachen in Ausschüsse oder sogar ins Plenum eingeladen – auch gegen Proteste laizistisch gesinnter Abgeordneter. So sprachen Papst Johannes Paul II. und Papst Franziskus im Plenum des Europäischen Parlaments. Die Europaabgeordneten setzen sich regelmäßig für religiös Verfolgte in Drittstaaten ein und nehmen in aktuellen Entschlüssen zu internationalen religionsbezogenen Ereignissen und Konflikten Stellung.

Seit 2014 befasst sich das Europäische Parlament intensiver außenpolitikbezogen mit Religion. Während Ende der 1990er Jahre und in den 2000er Jahren vor allem einzelne religionsinteressierte (oder laizistisch-religionskritische) Abgeordnete, der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET), der Ausschuss für Grundfreiheiten (LIBE) oder Fraktionen zu Einzelthemen wie Islam, Religionsfreiheit, Religionen und Gewalt, Frauen und Religion Expertenanhörungen, auch im Kontext von Parlamentsberichten, anberaum-

3. Religionsbezogene Aktivitäten internationaler Organisationen

ten oder Religionsvertreter aus EU und Drittstaaten einladen, fanden seit 2014/2015 mehrere hochrangige Parlamentskonferenzen zu grundsätzlichen und außenpolitikbezogenen Religionsfragen und Religionsdialog statt, mit Parlamentspräsident Martin Schulz, Parlamentsvizepräsident Tajani, EU-Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans und der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini – durchaus eine protokollarische und politische Aufwertung.

In einzelnen Parlamentsberichten wird der internationale interkulturelle und interreligiöse Dialog thematisiert (*European Parliament* 2014, *European Parliament* 2016). Eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe von Parlamentariern zu Religionsfreiheit hat sich 2014/15 gebildet, die *European Parliament Intergroup on Freedom of Religion or Belief and Religious Tolerance* und einen Bericht zur Religionsfreiheit erstellt. Auch der wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments erstellt vermehrt Fachinformationen zu Religionsthemen, auch zur Friedens- und Konfliktlösungskompetenz der Religionen (so z. B. *European Parliamentary Research Service EPRS* 2016).

Ein institutionelles Ergebnis der EU-Mittelmeerpolitik ist die Euro-Mediterrane Anna-Lindh-Stiftung für interkulturellen Dialog in Alexandria (Ägypten). Sie ist zum einen selbst ein Dialogort, verfügt über ein Netzwerk von interkulturellen Experten⁶⁵ und fungiert als Dachorganisation interkultureller und interreligiöser Projekte und Dialoginitiativen in den EU-Mitgliedstaaten und den Mittelmeerpartnerländern (Bender 2013: 301), als „Netzwerk der Netzwerke“ in 42 Ländern. Das Anna-Lindh-Forum 2010 „Religion, Spiritualität und Werte“ empfahl der Politik eine Euro-Mediterrane Diplomatische Fortbildungsinitiative zu Religionen und internationalen Beziehungen, den Aufbau einer speziellen Euro-Mediterranen Website zum interreligiösen Dialog sowie EU-Mittelmeer-Postgraduierten-Programme in interkultureller Theologie und interreligiösem Dialog (Anna Lindh Forum 2010).

Schließlich hat die Europäische Union im Mai 2016 die Position eines Sondergesandten für die Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit außerhalb der Union neu geschaffen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ernannte zum Amtsinhaber für zunächst 12 Monate den früheren EU-Kommissar Ján Figel' aus der Slowakei, der im

⁶⁵ Anna-Lindh-Stiftung Website, Link: <http://www.annalindhfoundation.org/experts> [13.04.2017].

April 2017 für ein weiteres Jahr im Amt bestätigt wurde. Figel' arbeitet im Geschäftsbereich des EU-Kommissars für Entwicklung.⁶⁶

Auch die EU-Delegationen in Drittstaaten können sich mit außenpolitikbezogenen Religionsfragen befassen: Gemeinsam mit dem UN-Sonderberichtersteller für Religions- und Glaubensfreiheit und dem Ökumenischen Rat der Kirchen (WCC/ÖRK) organisierte beispielsweise die EU-Delegation bei den Vereinten Nationen in Genf im September 2016 ein Seminar zu „Religion und Religionsfreiheit in der internationalen Diplomatie“,⁶⁷ um die *religious literacy* in Diplomatie und Außenpolitik zu fördern.

3.3 Europarat

Der Europarat befasst sich nicht ausdrücklich mit Religion in den internationalen Beziehungen, aber punktuell im Rahmen seiner Menschenrechts-, Kultur-, Bildungs- und Jugendpolitik sowie bei der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kommen immer wieder Fragen der Religionsfreiheit, des Verbots der religiösen Diskriminierung, der Einsatz für religiöse Toleranz und Vielfalt in den Blick. Da für diese Studie aber die Thematisierung von Religion mit Fokus auf Frieden und Außenpolitik zentral ist, soll hier der Schwerpunkt auf die Aktivitäten des Europarats im Rahmen des interkulturellen und interreligiösen Dialogs am Beispiel des Städteprogramms „*Intercultural Cities*“ gelegt werden. Dies kann voraussichtlich leichter außenpolitisch fruchtbar gemacht und auf Friedensbemühungen in Städten und Konfliktherden außerhalb Europas einfacher übertragen werden.

Im Rahmen des Städteprogramms „*Intercultural Cities*“ (ICC) beleuchtet der Europarat die interreligiöse Dimension urbaner Interkulturalität, Migration und Vielfalt. Das *Intercultural Cities Network*, das gemeinsam vom Europarat und der Europäischen Union koordiniert wird und an dem auch nicht-europäische Städte teilnehmen, beriet im Rahmen des ICC-Programms bei einem Seminar in London-Lewisham im März 2014, wie Städte mit diversen religionsbasierten Akteuren besser zusammenarbeiten, mit religiöser Vielfalt konstruktiv umgehen und die interreligiöse Zusammenarbeit besser fördern und für städtische Belange im Interesse der Bürger nutzen können.⁶⁸ Auf Grundlage dieser Er-

⁶⁶ Website der Medienagentur euractiv, Link: <http://www.euractiv.com/section/freedom-of-thought/news/figel-reappointed-as-eu-special-envoy-on-religious-freedom/> [12.04.2017].

⁶⁷ Website des Europäischen Auswärtigen Diensts, Link: https://eeas.europa.eu/delegations/un-geneva/10373/religion-in-international-diplomacy-promoting-religious-literacy_en [12.04.2017].

⁶⁸ Bericht „*Faith in Intercultural Cities*“ von Andrew Orton, Durham University, dazu auf der Website des Europarats, Link:

kenntnisse erarbeitete der Europarat daraufhin eine Handreichung „*Engaging with faith and convictional communities in the intercultural city*“ mit Politikempfehlungen und positiven (inter)religiösen Fallbeispielen aus Kopenhagen, Berlin, Nacka bei Stockholm, Rotterdam, Oslo und Sarajevo.⁶⁹ In einem weiteren ICC-Workshop in Donostia/San Sebastian im Oktober 2016 wurde erarbeitet, wie Städte mit religiösen Vorurteilen umgehen, gegen Hassverbrechen und die Verbreitung von xenophoben Gerüchten einschreiten und religiöse Minderheiten an kommunalen Aktivitäten und Entscheidungen beteiligen können.⁷⁰

Auch Mitgliedstaaten des Europarats können in ihren Präsidentschaften religionspolitische Akzente setzen. Im Rahmen seiner Präsidentschaft des Ministerkomitees des Europarats organisierte beispielsweise Russland im September 2006 in Nischni Nowgorod eine große internationale Konferenz zum Dialog zwischen den Kulturen und zu interreligiöser Zusammenarbeit sowie ebenfalls 2006 ein Seminar zu „*Dialogue, Tolerance and Education: the concerted action of the Council of Europe and the religious communities*“ in Kasan. Bosnien-Herzegowina war im Rahmen seiner Europaratspräsidentschaft im November 2015 in Sarajevo Gastgeber zum jährlichen Austausch des Europarats über die religiöse Dimension des interkulturellen Dialogs, diesmal zur Rolle von Religionen und Weltanschauungen bei der Radikalisierungs- und Gewaltprävention.⁷¹

Ob künftig in der Mittelmeerpolitik des Europarats (Südliche Nachbarschaft), etwa in einer Nachfolgeinitiative für das überwiegend mit EU-Mitteln finanzierte *South Programme II* (2015-2017) „*Towards Strengthened Democratic Governance in the Southern Mediterranean*“ auch Religionsfragen eine ausdrückliche Rolle spielen, scheint angesichts der Sensibilität des Themas Religion und der technisch-juristisch-administrativen Ausrichtung des Programms eher fraglich und auch nicht unbedingt zielführend. Die in diesem Programmkontext neu errichteten Operationsbüros des Europarats in Rabat und Tunis

<https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=09000016803009bf> [11.04.2017].

⁶⁹ Text auf Europarat Website, Link:

<https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=0900001680493bd8> [11.04.2017].

⁷⁰ Bericht „*Tackling Prejudice and Engaging with Religious Minorities*“, auf Europarat Website, Link:

<https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=09000016806c84db> [11.04.2017], mit weiteren Praxisbeispielen.

⁷¹ Europarat Website, Konferenzprogramm, Link:

<https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=09000016805195f6&format=native>; Discussion Note, Link:

<https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=09000016804e537d&format=native> [11.04.2017].

könnten aber als zusätzliche Kontaktstellen und Ansprechpartner fungieren, ggf. auch für beim Europarat akkreditierte religionsbasierte Akteure, die auf die Arbeit des Europarats bezogene Netzwerke und Aktivitäten in den südlichen Mittelmeerländern aufbauen wollen.

3.4 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Die Organisation für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) befasst sich mit dem Themenkomplex Religion über das *Office for Democratic Institutions and Human Rights* (ODIHR) in Warschau, etwa mit der Frage der Religionsfreiheit.⁷² Weitere Zugänge sind Fragen der Nichtdiskriminierung (aus religionsbezogenen Gründen), Toleranzförderung und Akzeptanz religiöser Vielfalt, Extremismusbekämpfung, Religionen und Sicherheit sowie die Betrachtung der rechtlichen Stellung der Religionen und der Religionsgesetzgebung in OSZE-Mitgliedstaaten. Aber auch Fragen der religiösen Erziehung, des interreligiösen Dialogs und zuletzt auch der Rolle der Religionen bei der Friedenspolitik kommen punktuell in den Blick, ebenso wie die religionsbezogene Zusammenarbeit mit einzelnen Staaten oder anderen internationalen Organisationen.

So veranstaltete die OSZE gemeinsam mit dem *King Abdullah bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue* (KAICIID) in Wien am 3./4. April 2017 einen Expertenworkshop von OSZE- und KAICIID-Mitarbeitern, Wissenschaftlern, Mitgliedern der Zivilgesellschaft und Religionsvertretern zur Rolle von religionsbasierten Akteuren und interreligiösem Dialog bei Friedensaufbau und Konfliktprävention. Thematische Arbeitsgruppen befassten sich mit interner Dialogerleichterung, Radikalisierung von Jugendlichen sowie den Fokusregionen Westafrika und Osteuropa. Der Workshop schloss mit Empfehlungen zur verbesserten Koordination von internationalen Beiträgen zum interreligiösen Dialog bei der Schaffung von Frieden und Sicherheit.⁷³

Doch auch die Mitgliedstaaten, die die aktuelle OSZE-Präsidentschaft innehaben, können eigene Akzente setzen, wie etwa Österreich, das im April 2016 im Rahmen seiner Präsidentschaft der OSZE-Mittelmeer-Kontaktgruppe eine Diskussion in Wien mit Religionsvertretern, Diplomaten und Wissenschaftlern aus den südlichen Mittelmeerländern über die Bedeutung von Religion und Dialog bei der Prävention von gewalttätigem Ext-

⁷² OSZE-Website, Link zu religionsbezogener ODIHR –Arbeit: <http://www.osce.org/odihr/freedom-of-religion-or-belief> [10.04.2017].

⁷³ Bericht auf KAICIID-Website, Link: <http://www.kaiciid.org/news-events/news/role-inter-faith-inter-religious-dialogue-peace-building-explored-expert-workshop> [10.04.2017].

3. Religionsbezogene Aktivitäten internationaler Organisationen

remismus veranstaltete.⁷⁴ Gemeinsam mit dem ODIHR war Spanien im Mai 2016 Gastgeber bei einem internationalen Expertenpanel in Wien zum Management religiöser Vielfalt, Sicherheit und Religionsdialog.⁷⁵ Die Ukraine organisierte unter ihrem OSZE-Vorsitz im Mai 2013 in Wien einen Runden Tisch zum interreligiösen Dialog bei der Förderung der Religionsfreiheit gemeinsam mit dem ODIHR und dem *European Council of Religious Leaders* (ECRL).⁷⁶ Bereits im Oktober 2007 hatte die spanische OSZE-Präsidentschaft beispielsweise zu einer Konferenz über Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen nach Cordoba eingeladen.

Die OSZE/ODIHR geben auch Richtlinien zur Rechtspersönlichkeit, Registrierung oder Anerkennung von Religions- und Glaubensgemeinschaften⁷⁷ heraus, die gemeinsam mit der Venedig-Kommission des Europarats erarbeitet und zusammen mit der *European Parliament's Intergroup on Freedom of Religion or Belief and Religious Tolerance* im Mai 2015 im Europäischen Parlament in Brüssel vorgestellt wurden⁷⁸ – ein konkreter praktischer Beitrag zur friedlichen rechtlichen Akzeptanz religiöser Vielfalt. Das ODIHR hat einen zwölfköpfigen Beirat von Experten zur Religionsfreiheit, das *Advisory Panel of Experts on Freedom of Religion*, das an der Erstellung der Richtlinien mitwirkte.

Diese Expertise der OSZE bzw. des ODIHR kann beim friedensbezogenen Dialog des AA mit Religionsgemeinschaften und in der Auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands genutzt werden, die von OSZE und ODIHR erarbeiteten Richtlinien und Empfehlungen können mit Partnerländern und ausländischen religionsbasierten Akteuren diskutiert und ggf. auf die jeweilige Landessituation bezogen werden.

3.5 G 7/G 8, G 20 und Weltwirtschaftsorganisationen

Spätestens seit der Globalisierungsdebatte Mitte/Ende der 1990er Jahre befassen sich Religionsgemeinschaften und religionsbasierte NGOs intensiv mit weltwirtschaftlichen Fragen und damit auch internationalen weltwirtschaftsbezogenen Gipfeltreffen von Welt handelsorganisation (WTO), dem privaten Weltwirtschaftsforum (WEF), von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank sowie auch der Gruppe G 7 der führenden westlichen Industrieländer. Auf die teils massive Globalisierungskritik auch und gerade

⁷⁴ OSZE-Website, Link: <http://www.osce.org/partners-for-cooperation/mediterranean/230581> [10.04.2017].

⁷⁵ OSZE-Website, Link: <http://www.osce.org/odihr/239416> [11.04.2017].

⁷⁶ OSZE-Website, Link: <http://www.osce.org/cio/101284> [10.04.2017].

⁷⁷ OSZE-Website, Link: <http://www.osce.org/odihr/139046> [11.04.2017].

⁷⁸ OSZE-Website, Link: <http://www.osce.org/odihr/139051> [11.04.2017].

3. Religionsbezogene Aktivitäten internationaler Organisationen

von religionsbasierten Akteuren reagieren diese internationalen weltwirtschaftlichen Organisationen unterschiedlich und beziehen bei ihren Dialogen mit der Zivilgesellschaft Religionsgemeinschaften und religionsbasierte Akteure in unterschiedlicher Weise ein.

Während die Weltbank seit der Amtszeit des früheren Weltbank-Präsident James Wolfensohn (1995-2005, mit Unterbrechungen) gezielt mit Religionsgemeinschaften im Austausch ist und dabei mit der Gründung des nunmehr unabhängigen *World Faith Development Dialogue* (WFDD)⁷⁹ und dem *Office of Faiths* (später *Development Dialogue on Values and Ethics* (DDVE), seit 2014 revitalisiert in der *Faith Initiative*⁸⁰) durchaus beispielgebend für internationale Wirtschaftsorganisationen ist und während auch das Weltwirtschaftsforum in Genf schon seit Jahren die Beteiligung religiöser Führer (*Faith Leaders*) an der Bewältigung globaler Herausforderungen sucht und Begegnungsformate eingerichtet hat,⁸¹ ist bisher nicht zu sehen, dass sich die Welthandelsorganisation WTO und der Internationale Währungsfonds IWF konkreter und sichtbarer um Dialog und Zusammenarbeit mit religionsbasierten Akteuren bemühen.

Aber auch Religionsgemeinschaften und religionsbasierte Lobbyeinrichtungen und NGOs tun gut daran, sich von politischer Seite nicht zu schnell in die angebotene Nische der Entwicklungspolitik und humanitären Hilfe abdrängen zu lassen, sondern auch bei Fragen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, fairer Handelspolitik, Regulierung der Finanzmärkte und globaler Steuergerechtigkeit sich mit unbequemer Fachkompetenz in die politische Tagesordnung und entscheidende technische Sachfragen einzumischen.

Anders als die anderen institutionell verfassten Weltwirtschaftsorganisationen ist die Gruppe G 7 lediglich eine informelle Struktur, zwischenzeitlich erweitert um das derzeit suspendierte Russland zur G 8. Diese Form erschwert die strukturierte Befassung der Staatengruppe mit Religionsfragen. Mit der wachsenden Bedeutung von Schwellenländern, der größeren Rolle der BRICS-Staaten in der Weltwirtschaft und der Notwendigkeit, Weltwirtschafts- und Finanzkrisen in einem größeren Rahmen systemrelevanter Staaten zu behandeln, spielen sich zentrale weltwirtschaftliche Beratungen nun im G 20-Format ab – einem nun auch unter religiösen Aspekten die weltweite Vielfalt besser abbildenden

⁷⁹ WFDD Website, Link: <https://berkeleycenter.georgetown.edu/wfdd/about> [12.04.2017].

⁸⁰ Weltbank Website, Link: <http://www.worldbank.org/en/about/partners/brief/faith-based-organizations>, s. auch Online-Flyer, Link: <https://jifl.com/wp/wp-content/uploads/2015/07/Faith-Based-flyer-4-14-15web.pdf> [12.04.2017].

⁸¹ S. WEF Website, Link: http://www3.weforum.org/docs/WEF_Role_of_Faith_in_Key_Global_Challenges.pdf [12.04.2017].

Forum. Entsprechend richten Religionsgemeinschaften, religionsbasierte Akteure, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf diese erweiterte Staatengruppe – und damit auch diese Studie.

Im Kontext der G 20-Gipfel 2014, 2015 und 2016 fanden interreligiöse Treffen mit mehreren hundert Teilnehmern aus der ganzen Welt, die *G 20 Interfaith Summits*, in Australien, Istanbul und Peking, den Ländern der jeweiligen G 20-Präsidentschaft statt.⁸² Die Beratungen der Vertreter aus Religion, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft orientieren sich dabei an den Themen der G 20-Tagesordnung und den Prioritäten der jeweiligen Präsidentschaft, können aber natürlich auch allgemeine grundsätzliche Fragen von Globalisierung und Weltwirtschaft berühren.

2017 unter deutscher G 20-Präsidentschaft kam der *G 20 Interfaith Summit* im Juni in Potsdam zusammen. Entsprechend den Prioritäten der Bundesregierung lag der thematische Fokus auf dem Beitrag von Religionen zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, zur Flüchtlingspolitik, zu Strategien gegen die (religiös-fundamentalistische) Radikalisierung von Jugendlichen und zur Konzeption alternativer Vorstellungen von Entwicklung. Anders als andere Begleitforen der G 20, wie etwa B 20 (Business) der Wirtschafts- und Unternehmensvertreter oder C 20 (Civil Society) der Zivilgesellschaftsorganisationen, sind die *G 20 Interfaith Summits* noch nicht Teil der offiziellen G 20-Veranstaltungen. Koordiniert werden die *G 20 Interfaith Summits* von Brian Adams, Direktor des *Centre for Interfaith & Cultural Dialogue* an der *Griffith University* in Brisbane/Australien.

3.6 Organisation of Islamic Cooperation (OIC)

Als kontinentübergreifende internationale Organisation mit ausdrücklich religiöser, islamischer Identität und mit intensiven Kontakten zu zahlreichen muslimischen und nicht-muslimischen Staaten sowie vielen säkularen und religionsbasierten internationalen Organisationen ist Religion stets automatisch in den Außenbeziehungen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (*Organisation of Islamic Cooperation* (OIC)) thematisiert. Die OIC und ihre Vertreter äußern sich immer wieder zu internationalen religionsbezogenen Fragen, insbesondere natürlich wenn der Islam oder Muslime betroffen sind. Islamistisch

⁸² *G 20 Interfaith Summit* Website, Link: <https://www.g20interfaith.org/> [12.04.2017].

verbrämte Gewalttaten werden klar und entschieden verurteilt, zuletzt auch die Terroranschläge auf koptische Christen am Palmsonntag 2017 in Ägypten.⁸³

Mit einem symbolträchtigen, politisch bedeutsamen gemeinsamen Forum von OIC und EU-Außenministern im Februar 2002 in Istanbul wurde der Istanbul-Prozess zum internationalen interkulturellen und interreligiösen Dialog zwischen westlichen und muslimischen Ländern gestartet – ganz bewusst nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA. Eine wichtige und entscheidend deeskalierende Krisenintervention anlässlich des weltweiten Streits um die Mohammed-Karikaturen in skandinavischen Medien 2005 war die gemeinsame Erklärung von UNO-Generalsekretär Kofi Annan, dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana und dem Generalsekretär der OIC Ekmeleddin İhsanoğlu im Februar 2006 am Sitz der islamischen Staatengemeinschaft in Dschidda (Jeddah) (Bender 2013: 299).

Die OIC ist international aktiv im interreligiösen Dialog durch Konferenzen, Dialogveranstaltungen und *capacity building*, arbeitet dabei mit einer Vielzahl von Staaten und internationalen Organisationen wie etwa den Vereinten Nationen zusammen, bilateral oder multilateral. So nimmt die OIC beispielsweise an der *World Interfaith Harmony Week* der Vereinten Nationen teil. Aber nicht nur bei religionsbezogenen symbolpolitischen Aktionen, sondern auch in den einzelnen Fachpolitiken der OIC spielen interreligiöse und friedenspolitische Aspekte eine Rolle, etwa bei der Zusammenarbeit im Bildungsbereich, wie im November 2016 gemeinsam mit der *Islamic Scientific, Educational and Cultural Organization* (ISECSO) und dem *International Anti-Terrorism Forum* auf einem Expertenworkshop zur Rolle der religiösen Erziehung bei der Friedensförderung und Gewaltfreiheit in Rabat.

Mit dem *King Abdullah bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue* (KAICIID) in Wien hat die OIC eine Kooperationsvereinbarung zur gemeinsamen Förderung des interreligiösen und interkulturellen Dialogs abgeschlossen. Abzuwarten bleibt, ob und wie die vereinbarten regelmäßigen bilateralen Konsultationen zwischen OIC und USA nach dem Beginn der Treffen Ende 2016 in Washington nun unter der neuen US-Administration fortgesetzt werden. Auch mit Frankreich, Italien sowie anderen Staaten finden bilaterale Konsultationen der OIC statt. Mit Deutschland sind sie

⁸³ OIC-Presseerklärung, Link: http://www.oic-oci.org/topic/?t_id=13395&t_ref=5845&lan=en [11.04.2017].

3. Religionsbezogene Aktivitäten internationaler Organisationen

nach einem Besuch von Diplomaten des Auswärtigen Amts im Januar 2017 bei der OIC offenbar geplant.

Die OIC befasst sich mit Mediation, Konfliktlösung und -prävention, friedensschaffenden Maßnahmen, Krisenmanagement und Kampf gegen internationalen Terrorismus im *Department of Political Affairs* des Generalsekretariats. Interreligiöser und interkultureller Dialog sowie die Arbeiten der *UN Alliance of Civilizations* (UNAOC) werden im OIC-Generalsekretariat vom *Cultural Affairs Department* behandelt.

Das im Oktober 2016 offiziell neu eingerichtete *Center for Dialogue, Peace and Understanding* (CDPU),⁸⁴ zunächst angesiedelt im *Department of Dialogue and Outreach* des OIC-Generalsekretariats, soll als „Stimme der Weisheit“ (*Sawt Al-Hikma*) über Internet, Videos und soziale Medien Extremismus und Radikalisierung entgegenwirken, als Ressourcenzentrum in Zusammenarbeit mit Anti-Terror-Behörden der OIC-Mitgliedstaaten, UN-Institutionen, Wissenschaftlern und Experten fungieren. Dies soll auch durch theologische und religiöse Aufklärung, Verweise auf Koran- und Hadithquellen sowie positive, moderate Gegenarrative geschehen. Die Arbeit des CDPU wird von einer Beratergruppe (*core group of advisers*) begleitet.⁸⁵

Bei den ethnisch-religiösen Gewaltkonflikten zwischen Christen und Muslimen in der Zentralafrikanischen Republik 2013/2014 reagierte die OIC mit politischer Beteiligung an den Friedensbemühungen, mit Besuchen hochrangiger Vertreter und diplomatischen Gesprächen im Krisenland und mit humanitärer Hilfe vor Ort.⁸⁶

Die OIC hat in ihrem Generalsekretariat eine Islamophobie-Beobachtungsstelle, das *Islamophobia Observatory*⁸⁷ und erstellt seit 2007 jährlich einen detaillierten und genau dokumentierten Bericht zu Islamophobie in verschiedenen Ländern der Welt. Der aktuelle 9. Bericht über Islamophobie (Berichtszeitraum Mai 2015 - September 2016), mit Fokus auf Europa und Nordamerika sowie Indien, Thailand, Myanmar und Australien, wurde im Oktober 2016 in Taschkent dem OIC-Außenministerrat vorgestellt und erfasst auch zahl-

⁸⁴ CDPU-Website, Link: <http://www.oic-cdpu.org/en/home/> [11.04.2017].

⁸⁵ Beschluss und Mandat des CDPU s. OIC-Website, Link: http://www.oic-oci.org/page/?p_id=294&p_ref=103&lan=en [11.04.2017].

⁸⁶ OIC-Sonderbericht über die Aktivitäten in Zentralafrika auf OIC-Website, Link: http://www.oic-oci.org/upload/media/special_reports/en/Special_Report_on_Central_African_Republic_2014_en.pdf [11.04.2017].

⁸⁷ OIC-Website, Link: http://www.oic-oci.org/page/?p_id=182&p_ref=61&lan=en [11.04.2017].

reiche Ereignisse aus der deutschen Innenpolitik.⁸⁸ Die ständigen Vertreter der OIC-Mitgliedstaaten verurteilten 2010 in einer förmlichen Erklärung das nach einer entsprechenden Volksabstimmung geplante Verbot von Minarett-Bauvorhaben in der Schweiz.⁸⁹

3.7 Afrikanische Union (AU)

Die Afrikanische Union (AU) thematisiert Religion und interreligiösen Dialog aktiv und scheint daran interessiert, dabei strukturierten Kontakt mit internationalen Partnern aufzubauen. Interreligiöse Bildung, interkultureller und interreligiöser Dialog sowie kontinuierlicher Austausch mit Religionsvertretern und Zusammenarbeit mit interreligiösen Organisationen sind bislang thematische und methodische Schwerpunkte.

Im November 2013 unterzeichneten die Afrikanische Union-Kommission (AUC), vertreten durch Jinmi Adisa, Direktor des *African Citizens Directorate* (CIDO), und das *King Abdullah bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue* (KAICIID) mit Sitz in Wien ein Memorandum of Understanding zur Zusammenarbeit im Bereich der interreligiösen und interkulturellen Bildung.⁹⁰ Am KAICIID *Global Forum* im November 2013 mit über 500 Teilnehmern, darunter hochrangigen Religionsvertretern und Bildungsministern aus der ganzen Welt, nahm für die Afrikanische Union auch Filipe Alimo Furuma, Referent für Interreligiöse Fragen teil. Zuvor hatten im August 2013 auf einer Regionalkonferenz für Afrika im AU-Konferenzzentrum in Addis Abeba über 30 Religionsvertreter, Politiker und Experten Best Practices und Empfehlungen für interreligiöse und interkulturelle Bildung auf dem Kontinent diskutiert.

Im Mai 2014 lud das KAICIID zu einem Treffen von Experten und Religionsvertretern ein, um friedensschaffende Maßnahmen für die Zentralafrikanische Republik zu besprechen. Dabei wirkten katholische, muslimische und protestantische Religionsvertreter sowie interreligiöse Organisationen aus der Zentralafrikanischen Republik ebenso mit wie Mediationsexperten von nationalen und internationalen Organisationen wie *Finn Church Aid*, *Network of Religious and Traditional Peacemakers*, der Sondergesandte der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) für die Zentralafrikanische Republik, die *United*

⁸⁸ Link zum Bericht auf OIC-Website: http://www.oic-oci.org/upload/islamophobia/2016/9th_islamophobia_annual_report_en.pdf [11.04.2017].

⁸⁹ Communiqué auf OIC-Website, Link: http://www1.oic-oci.org/uploads/file/conferences_and_meetings/en/Minarets_FC%20_english.pdf [11.04.2017].

⁹⁰ Vgl. dazu die AU-Pressemitteilung vom 10. Oktober 2014, AU-Website, Link: https://www.au.int/web/sites/default/files/newsevents/pressreleases/27373-pr-kaiciid_au_pr_final_edited-1.pdf [10.04.2017].

3. Religionsbezogene Aktivitäten internationaler Organisationen

Religions Initiative - Africa (URI-Africa) und die *All Africa Conference of Churches*. Diese Gespräche halfen dem KAICIID, eine Strategie für Frieden und interreligiösen Dialog in der Zentralafrikanischen Republik zu erarbeiten. Botschafter Mussie Hailu, Vertreter der *United Religions Initiative - Africa* bei der *Economic Commission for Africa and the African Union*, der die Arbeitspartnerschaft zwischen KAICIID und Afrikanischer Union vermittelt hatte, nahm ebenfalls an den Beratungen teil.

Im Mai 2015 unterzeichnete die AU ein Memorandum of Understanding mit der *United Religions Initiative - Africa* (URI-Africa)⁹¹ über die gemeinsame Förderung des interreligiösen und interkulturellen Dialogs, die Förderung des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Religionsgemeinschaften in Afrika, die Umsetzung der Erklärung des *African Union Interfaith Dialogue Forum*, die Unterstützung der AU-Agenda 2063 durch religionsbasierte Akteure, die Lehre der „Goldenen Regel“ und die Verankerung von Friedenserziehung in Afrika in den Schullehrplänen.⁹²

Eine Studie der *African Union Campaign to End Child Marriage in Africa* kam 2015 zu dem Ergebnis, dass traditionelle und religiöse Führer eine entscheidende Rolle dabei spielen können, Kinderehen zu reduzieren bzw. zu verhindern. Der Bericht *„The Effect of Traditional and Religious Practises of Child Marriage on Africa’s Political and Economic Development“* enthält zahlreiche ermutigende und erfolgreiche Beispiele und Initiativen, wie etwa das *„Faith Effect program“* in Äthiopien und Nigeria. Kinderehen sind nicht ausschließlich in einer bestimmten Religion verbreitet, so der Bericht. Die AU geht davon aus, dass die Einbeziehung von Religionsvertretern und traditionellen Führern der Schlüssel zum Erfolg beim Kampf gegen Kinderehen ist.⁹³

Im Juni 2010 organisierte die AU-Kommission, *Citizens and Diaspora Directorate* (CIDO) das erste *African Union Interfaith Dialogue Forum*, ein Expertentreffen der AU aus Politik- und Religionsvertretern, in der nigerianischen Hauptstadt Abuja.⁹⁴ Das zweite *African*

⁹¹ Die interreligiöse Organisation URI-Africa hat nach dieser AU-Quelle über 150 Mitgliedsorganisationen in über 28 afrikanischen Ländern.

⁹² So AU-Pressemitteilung vom 8. Mai 2015, AU-Website, Link: https://www.au.int/web/sites/default/files/newsevents/pressreleases/27379-pr-pr_on_auc_and_uri-africa_mou_final_2.pdf [10.04.2017].

⁹³ So AU-Pressemitteilung vom 1. Dezember 2015, AU-Website, Link: <https://www.au.int/web/en/pressreleases/19416/role-religious-and-traditional-practices-child-marriage-findings-new-study-au> [10.04.2017].

⁹⁴ AU-Website, Link: <https://www.au.int/web/en/speeches/introductory-statement-delivered-dr-jinmi-adisa-auc-director-citizens-and-diaspora> [10.04.2017].

3. Religionsbezogene Aktivitäten internationaler Organisationen

Union Interfaith Dialogue Forum fand im November 2016 ebenfalls in Abuja statt, mit dem KAICIID als Partner.⁹⁵ In der Abschlusserklärung mit Aktionsplan verpflichteten sich die Teilnehmer, unter anderem, zu einem strukturierten, dauerhaften Dialog und wählten ein zwölfköpfiges, ausgewogen zusammengesetztes *Steering Committee* von Religionsvertretern.⁹⁶

Das BMZ bzw. seine Mittlerorganisation GIZ unterstützen auch AU-Veranstaltungen und Projekte wie *Interfaith Dialogue on Violent Extremism (iDove)/Intercontinental Youth Forum (IYF)*, das im Februar 2017 in der *African Union Commission* in Addis Abeba stattfand.⁹⁷

Die zahlreichen Schwierigkeiten beim externen Engagement in Sicherheits- und Friedensfragen in Afrika erfordern eine verstärkte Einbeziehung lokaler Akteure und der Zivilgesellschaft, um eine *local ownership* der Friedens- und Stabilisierungsbemühungen zu erreichen.⁹⁸ Ein erster Schritt dazu im Bereich der religionsbezogenen Außenpolitik könnte sein, die Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union in diesem Politikbereich zu suchen und zu fördern und die religionsbezogenen Friedens- und Dialogaktivitäten der Afrikanischen Union und ihrer zivilgesellschaftlichen und religionsbasierten Partner in Afrika zu unterstützen.

3.8 Arabische Liga (Liga der arabischen Staaten LAS)

Die Arabische Liga ist in ihrer Entschlusskraft und außenpolitischen Handlungsfähigkeit eingeschränkt durch interne Konflikte, nationale Souveränitätsrechte der Mitgliedstaaten, organisatorische Regularien sowie Dominanzen und Rivalitäten großer Mitgliedstaaten. Fokussiert auf die arabische Einheit und die Unterstützung eines palästinensischen Staats, belastet durch interne Probleme infolge der Umwälzungen nach dem Arabischen Frühling und der Aussetzung der Mitgliedschaft Syriens aufgrund des Bürgerkriegs, zudem beein-

⁹⁵ Berichte dazu s. AU-Website, Link: <https://au.int/en/pressreleases/31568/african-union-and-kaiciid-hold-interfaith-dialogue-forum-nigeria>; und KAICIID-Website, Link: <http://www.kaiciid.org/news-events/news/2nd-au-interfaith-forum-elects-steering-committee-unveils-plan-action> [10.04.2017].

⁹⁶ Text der Abschlusserklärung mit Politikempfehlungen auf URI-Website, Link: http://www.uri.org/the_latest/2016/12/the_2nd_auiinterfaith_dialogue_forum_declaration [10.04.2017].

⁹⁷ Bericht dazu s. AU-Website, Link: https://au.int/web/sites/default/files/documents/32294-doc-201702_idove_ify_report_website.pdf [10.04.2017].

⁹⁸ Vgl. auf der Institutshomepage die SIPRI-Forscherin Elisabeth Sköns, Essay, Link: <https://www.sipri.org/commentary/essay/2014/challenge-external-engagement-african-security> [13.02.2017].

3. Religionsbezogene Aktivitäten internationaler Organisationen

flusst von den konfessionellen Trennlinien innerhalb der arabischen Welt zwischen Sunniten und Schiiten, ist eine dezidierte oder kontinuierliche Befassung mit religionsaußenpolitischen Fragen durch die Arabische Liga so nicht erkennbar.

Die Arabische Liga hat sich punktuell mit religionsaußenpolitischen Fragen befasst, nicht nur was Jerusalem betrifft, sondern auch etwa bei der Verurteilung eines international Aufsehen erregenden islamfeindlichen Films oder der Mohammed-Karikaturen in skandinavischen Medien 2005.⁹⁹

Dennoch sollte das symbolpolitische Potenzial der Kontakte über religionsbezogene außenpolitische Fragen zwischen westlichen Ländern/Institutionen und der Arabischen Liga oder zwischen UN und EU und der arabischen Staatengemeinschaft nicht außer Acht gelassen werden. Kooperationsmöglichkeiten könnten sich ggf. im Bildungs- und Kulturbereich mit der in Tunis ansässigen *Arab League Educational, Cultural and Scientific Organization* (ALECSO) ergeben, etwa bei der Übersetzung religiöser Schriften und (europäischer) theologisch-religionswissenschaftlicher Publikationen ins Arabische oder bei der Zusammenarbeit im Hochschulbereich.

Anknüpfungspunkte dazu bieten das Memorandum of Understanding der Arabischen Liga mit der *UN Alliance of Civilizations* (UNAOC)¹⁰⁰ vom Januar 2008, das sich mehrmals auf Religion bezieht und für den vereinbarten interkulturellen Dialog auch die Teilnahme religionsbasierter Akteure vorsieht.

Das 2009 eröffnete Verbindungsbüro EU-Arabische Liga, das *European Commission-League of Arab States (LAS) Liaison Office* (ECLASLO) in Malta,¹⁰¹ obwohl klein und kaum bekannt, könnte ggf. als Türöffner für eine punktuelle religionsaußenpolitische Zusammenarbeit zwischen Europa und der Arabischen Liga fungieren: Denkbar wären die künftige Einbeziehung religionsbezogener Inhalte in das mit Beteiligung des EU-LAS-Verbindungsbüros ECLASLO organisierte regionale Fortbildungsprojekt der Europäi-

⁹⁹ Website UK Office der Arabischen Liga, Dossier Alliance of Civilizations, S. 8, Link: <http://www.arableague.org.uk/uk/League%20of%20Arab%20states%20and%20dialogue%20of%20civilizations.pdf> [10.04.2017].

¹⁰⁰ Text s. Website UK Office der Arabischen Liga, Link: <http://www.arableague.org.uk/uk/AOC%20league%20memo.pdf> [10.04.2017].

¹⁰¹ Informationen zum Verbindungsbüro ECLASLO in der Antwort der EU-Außenbeauftragten vom 21. September 2015 (E-006221/2015) auf eine schriftliche parlamentarische Anfrage, Website Europäisches Parlament, Link: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2015-006221&language=EN> [10.04.2017].

3. Religionsbezogene Aktivitäten internationaler Organisationen

schen Kommission „*Training and Information Course on Euro-Arab Diplomacy*“ oder die Beteiligung religionsbasierter Akteure am Dialog der Zivilgesellschaft zwischen EU und Arabischer Liga, etwa bei einer eventuellen Neuauflage des 2013 abgehaltenen *Civil Society Dialogue Network Meeting* zum Thema „*EU-LAS Cooperation and the EU Response to Changes in the Arab Region: Views from Civil Society*“. Die derzeitige maltesische EU-Ratspräsident-schaft sieht offenbar im interreligiösen Dialog einen wichtigen Aspekt der Beziehungen zwischen EU und Arabischer Liga bzw. zwischen EU und Golfkooperationsrat (GCC) beim geplanten *EU-South Dialogue Meeting* der Außenminister.¹⁰²

¹⁰² So der maltesische Außenminister und nun amtierende EU-Außenminister-Ratspräsident George W. Vella anlässlich der Verabschiedung des EU-LAS Arbeitsprogramms 2016-2018 Ende Dezember 2016, Website Außenministerium Malta, Link: <https://foreignaffairs.gov.mt/en/Government/Press%20Releases/Pages/Minister-Vella-calls-for-strengthened-Euro-Arab-Dialogue-to-address-common-challenges.aspx> [10.04.2017].

4. Dialogpartner in Europa, Maghreb und Westafrika

4.1 Russland

Die Beziehungen zwischen Deutschland, der EU und Russland sind belastet durch Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die militärischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine und die unterschiedlichen Positionen zum Bürgerkrieg in Syrien. Angesichts der verhängten Sanktionen, Ängste vor Bedrohungen durch Russland in den östlichen EU- und NATO-Ländern sowie des neuen Tiefpunkts im Verhältnis zwischen Berlin, Brüssel, Washington und Moskau nach dem US-Luftangriff auf eine syrische Militärbasis scheint es auf den ersten Blick illusionär, über Zusammenarbeit mit Russland ausgerechnet im ohnehin sensiblen Bereich der Religionspolitik nachzudenken.

Hinzu kommt, dass die Zivilgesellschaft in Russland unter kritischer Beobachtung durch die Regierung steht und NGOs, auch religionsbasierte Akteure, immer Gefahr laufen, als „ausländische Agenten“ eingestuft und in ihrer Arbeit behindert zu werden. Die enge Verflechtung von Politik und russisch-orthodoxer Kirche (Halbach 2016) sowie das in der russischen Politik und Gesellschaft tiefsitzende Misstrauen gegenüber bestimmten anderen Religionsgemeinschaften, gerade der Katholischen Kirche, US-amerikanisch geprägten Freikirchen, sowie gegenüber Missionsbemühungen neuer kleinerer Religionsgemeinschaften tun ein Übriges.

Dabei hat Religion für die russische Außenpolitik durchaus eine (geo)strategische Bedeutung, insbesondere der interreligiöse Dialog (Curanović 2012: 22-26). Russland möchte sich international gerne als tolerantes multireligiöses Land, als weltpolitischer Mittler zwischen West und Ost, Nord und Süd, Christentum und Islam darstellen und religionsaußenpolitische Soft Power entwickeln. Russland nutzt dabei auch seinen Beobachterstatus in der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit (OIC), um Zugang zu Akteuren und Institutionen zu bekommen, deren Türen den USA und der EU normalerweise nicht offen stehen, und sucht so einen diplomatischen Vorteil gegenüber dem Westen zu erzielen (Curanović 2012: 27).

Ob die religionsbezogene deutsche Außenpolitik mittel- oder langfristig an dieses grundsätzliche „Religionsgroßmacht“-Interesse Russlands anknüpfen kann, etwa im Rahmen eines wiederbelebten Petersburger Dialogs, der AKBP oder vermittelt durch eine eventuelle Annäherung zwischen Russland, dem Vatikan und den griechisch-orthodoxen Kirchen bleibt derzeit offen und ist sicher auch von globalen politischen Entwicklungen abhängig. In jedem Fall scheint es aber sinnvoll, bei den politischen Kontakten mit Kirchen und Religionsgemeinschaften, sowohl in Deutschland selbst als auch in der deut-

schen Außenpolitik, die orthodoxen Kirchen, trotz aller Schwierigkeiten¹⁰³ die russisch-orthodoxe Kirche, intensiver, bewusst und konstruktiv mit einzubeziehen. Von der Symbolpolitik bis hin zur konkreten außenpolitischen Friedenszusammenarbeit dürfte es aber ein langer Weg sein.

Das russische Außenministerium erläuterte seinen Einsatz für die Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften und seine Unterstützung für den interreligiösen Dialog und die Kooperation mit Religionen im Rahmen der Vereinten Nationen und der UNESCO, unter anderem bereits im Juli 2009 in einem offiziellen Statement bei der OSZE in Wien.¹⁰⁴ Demnach gibt es neben Beratungsgremien des Präsidenten, dem *Council for Co-operation with Religious Associations* und der Regierung der Russischen Föderation, der *Commission on Religious Associations*, und schon seit 2003 eine Arbeitsgruppe über die Beziehungen zwischen dem Außenministerium und der russisch-orthodoxen Kirche. Diese Arbeitsgruppe ermöglicht es auch, gemeinsam die Sichtweise Russlands auf den interkulturellen und interreligiösen Dialog international zu verbreiten.

Seit 2007 besteht ein *Advisory Council* über die Zusammenarbeit zwischen dem Außenministerium und den muslimischen Organisationen Russlands. Das Außenministerium unterstützt auch russische Muslime bei der jährlichen Pilgerfahrt nach Mekka. Russland nimmt als Beobachter an den Arbeiten der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) teil. Arbeitskontakte bestehen auch zwischen dem russischen Außenministerium und dem *Advisory Council of the Heads of Protestant Churches in Russia* und der Russischen Bischofskonferenz der Katholischen Kirche.

Seit 1998 existiert ein Interreligiöser Rat Russlands, der gemeinsam mit der russisch-orthodoxen Kirche 2006 in Moskau zum ersten Mal den *World Summit of Religious Leaders*, ein größeres internationales Forum zum Religionsdialog, einberufen hat. Die Zusammenarbeit mit der russisch-orthodoxen Kirche hat für die russische Außenpolitik im Kontext des „*Russkij Mir*“ (Russischer Frieden/Russische Welt) eine zentrale weltanschauliche, durchaus auch antiwestlich-konservative, Bedeutung, auch wenn offen ist, wie lange die

¹⁰³ Dass die russisch-orthodoxe Kirche gegen das deutsche kulturelle Erbe im Kaliningrad Oblast polemisiert zu haben scheint (so Sergey Sukhankin, Experte des *European Council on Foreign Relations* ECFR online am 27. März 2017, Link: http://www.ecfr.eu/article/commentary_kaliningrad_from_boomtown_to_battle_station_7256, sollte nicht überbewertet werden [10.04.2017]).

¹⁰⁴ OSZE-Website, Dokument PC.SHDM.DEL/7/09, Link: <http://www.osce.org/odihr/38009?download=true> [10.04.2017].

antiwestliche Komponente dieses religionsaußenpolitischen Bündnisses dem Kreml noch nützlich ist (Halbach 2016: 4).

4.2 Türkei

Religionsbezogene außenpolitische Zusammenarbeit mit der Türkei scheint derzeit sehr schwierig, da sich sowohl die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei als auch das Verhältnis zwischen der Türkei und der EU seit dem Putschversuch in der Türkei im Sommer 2016 dramatisch verschlechtert haben. Erosion der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei unter Ausnahmezustand, Blockade der EU-Beitrittsverhandlungen, Provokationen bis hin zur Drohung mit einem Religionskrieg durch den türkischen Außenminister im Vorfeld des umstrittenen türkischen Verfassungsreferendums im April 2017 – die Liste der Zerrüttung ist lang.

Dies alles wiegt umso schwerer für die religionsbezogenen Außenbeziehungen mit der Türkei als die staatliche türkische Religionsbehörde *Diyanet*,¹⁰⁵ der türkische Moscheeverband in Deutschland DITIB und sogar einzelne türkische Geistliche in Deutschland selbst sich Spitzel- und Spionagevorwürfen ausgesetzt sehen. Dieser massive Vertrauensverlust gerade bei religionsbezogenen Akteuren muss erst aufgearbeitet werden – in der politisch-nationalistisch aufgeheizten Atmosphäre und angesichts geostrategischer Sachzwänge ein sehr heikles Unterfangen.

Die innenpolitisch in Deutschland immer wieder erhobene Forderung, in Türkisch geprägten Moscheegemeinden in Deutschland müsse auf Deutsch und nicht auf Türkisch gepredigt oder gebetet werden, dürfte außenpolitisch in den Beziehungen zur Türkei eher kontraproduktiv sein und gerade potenzielle religionsbasierte türkische Partner verprellen. Die Forderung ist lebensfern, geht an der Wirklichkeit der Moscheegemeinden und den Bedürfnissen gerade der älteren Gemeindemitglieder und ihrem Wunsch nach herkunftssprachlicher Seelsorge vorbei und könnte zudem als türken- oder islamdiskriminierend aufgefasst werden, da sie an andere Religionsgemeinschaften/Sprachgruppen so nicht erhoben wird. Schließlich fragen auch gerade jüngere deutsch-türkisch geprägte Gemeindemitglieder oft selbst deutschsprachige Angebote der Moscheegemeinden nach, und auch in den christlichen Kirchen gibt es eine lange Tradition fremdmuttersprachlicher Seelsorge im Inland oder deutschsprachiger Seelsorge im Ausland. Außerdem muss

¹⁰⁵ Zur Entwicklung von *Diyanet* unter der AKP-Regierung s. Svante E. Cornell (2015), *Turkey Analyst* Website, Link: <https://www.turkeyanalyst.org/publications/turkey-analyst-articles/item/463-the-rise-of-diyamet-the-politicization-of-turkey%E2%80%99s-directorate-of-religious-affairs.html> [13.04.2017].

die grundgesetzlich garantierte Autonomie der Religionsgemeinschaften respektiert werden.

Sinnvoller und außenpolitisch konstruktiver scheint es dagegen zu sein, gemeinsam mit den staatlichen und religiösen Institutionen in der Türkei die Vorbereitung der entsandten türkischen Imame auf das Leben in Deutschland und Europa durch Sprachkurse, Landeskunde und Vermittlung interkultureller und interreligiöser Kompetenz zu verbessern und bereits bestehende Angebote und Kooperationen in diesem Bereich auszubauen.

Weitere mögliche Anknüpfungspunkte für eine religionsbezogene außenpolitische Kooperation mit der türkischen Regierung oder mit religionsbasierten Akteuren in der Türkei könnten die *UN Alliance of Civilizations* (UNAOC)¹⁰⁶ sein, immerhin eine frühere prestigeträchtige Ko-Initiative von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan, eine indirekte Kooperation über die Organisation der Islamischen Zusammenarbeit (OIC), wo die Türkei ja Mitglied ist, oder der Kontakt mit türkischen Wissenschaftlern und Religionsvertretern im multilateralen Kontext, etwa beim *G 20 Interfaith Summit* in Potsdam im Juni 2017, um künftige Wege der Zusammenarbeit auszuloten.

4.3 Marokko

Marokko hat ein grundsätzliches Interesse an der Förderung moderater islamischer Religiosität und religionsbezogener internationaler Zusammenarbeit. Das Königreich versteht sich als historisch und demographisch besonders mit Europa verflochtene Nation Nordafrikas mit gewissem regionalem Führungsanspruch und besonderem religiös-kulturellen Erbe. Marokko war wiederholt Gastgeber für internationale Konferenzen zu Frieden zwischen den Religionen und Religionsdialog. Dies sind grundsätzlich günstige Rahmenbedingungen für eine von kolonialer Vergangenheit im Maghreb unbelastete religionsbezogene deutsche Außenpolitik, ggf. trilateral zusammen mit Spanien, das spezielle Expertise in den bilateralen Beziehungen mit Marokko besitzt und gleichzeitig seit 2004 der Religion in den Außenbeziehungen durchaus eine besondere Rolle einräumt.

Aus historischen und kulturellen Gründen gilt der marokkanische König über das nordafrikanische Land hinaus für viele Muslime Westafrikas traditionell als spirituelle und religiöse Autorität, die marokkanische Stadt Fes als ein geistliches Zentrum und Pilgerstätte für die Region. Marokko bezieht diese religiöse Dimension in seine regionale

¹⁰⁶ An der *Fatih Sultan Mehmet Vakif University* in Istanbul gibt es ein eigenes *Alliance of Civilizations*-Institut, das akademische Graduiertenausbildung (MA, PhD) in *Civilization Studies* anbietet.

Außenpolitik ein und sucht auf diese Weise, die Beziehungen zu den Sahel-Staaten und den sub-saharischen westafrikanischen Ländern zu verbessern und seine politische Isolation auf dem afrikanischen Kontinent zu beenden. Der marokkanische König Mohammed VI präsentiert sich als moderate sunnitische religiöse Autorität und sieht in der Religionsdiplomatie einen Weg, einen moderaten Islamdiskurs zu befördern, durchaus auch als Gegengewicht zum Wahabismus, und neue politische und wirtschaftliche Bande zu knüpfen (Tadlaoui 2015: 2). 2013 unterzeichnete Marokko ein Abkommen mit Mali, um 500 malische Imame auszubilden, mit dem Ziel, einen toleranteren Islam in Mali zu fördern. Das marokkanische Ministerium für islamische Angelegenheiten hat auch entsprechende Anfragen aus Guinea und Nigeria erhalten. Marokko plant ebenfalls, Moscheen in verschiedenen Subsahara-Staaten wie Niger, Guinea, Senegal und Benin bauen zu lassen. Im Jahr 2014 vereinbarte die staatliche Fluglinie *Royal Air Maroc* mit den spirituellen Leitern der westafrikanischen religiösen Gemeinschaft *Tijanya Brotherhood* ein Abkommen über vergünstigte Flugtarife von Abidjan zur Pilgerfahrt nach Fes (Tadlaoui 2015: 4).

Auch wenn fraglich ist, inwieweit sich die moderate Version des (politischen) Islam in Marokko tatsächlich exportieren lässt und inwieweit die Erfolge der Stabilisierung und Moderation des Religionsdiskurses in Marokko selbst nicht auch der engen Kontrolle¹⁰⁷ der Religion in Marokko geschuldet sind (vgl. Tadlaoui 2015: 5), so könnte die spezielle *religious soft power* Marokkos doch ein interessanter Anknüpfungspunkt für religionsbezogene außenpolitische Kooperationen mit deutschen Akteuren, etwa Kulturmittlern oder Bildungseinrichtungen sein. Das BMZ bzw. die GIZ realisieren bereits mit einer marokkanischen Start-up-Firma ein interessantes Projekt mit Solarenergie für Moscheen Marokkos.

Auch für die Zusammenarbeit im Feld Frieden und interreligiöser Dialog scheinen die Voraussetzungen nicht schlecht. Das *US Institute of Peace* (USIP) hat Kontakt zu einer jüdisch-muslimischen Dialoginitiative in Marokko. Die Umsetzung der Marrakesch-Erklärung gegen Gewalt gegenüber religiösen Minderheiten in mehrheitlich muslimischen Ländern, unterzeichnet im Januar 2016 in der marokkanischen Stadt von hunderten muslimischen Politikern und Gelehrten aus über 120 Ländern auf Einladung König Mohammeds VI. (Hayward 2016), könnte bei der außenpolitischen religionsbezogenen Zusammenarbeit ebenso Anknüpfungspunkt und Thema sein wie der *Rabat Action Plan 2012*, initiiert unter anderem vom UN-Sonderberichterstatter zu Religions- und Glaubensfreiheit (s. Kapitel 3.1).

¹⁰⁷ Diese Repressivität kann möglicherweise kontraproduktiv sein und das moderate Modell in Marokko selbst bedrohen, vgl. Werenfels/Saliba 2017.

4.4 Tunesien

Tunesien steht im Fokus der internationalen Politik: Als Beispiel für die friedliche und vergleichsweise erfolgreiche Einbindung religiöser Kräfte in die demokratische Politik konzentrieren sich die Hoffnungen und Bemühungen um Reform auf das kleine Land. Dabei scheinen aber durch die weitgehende Fixierung internationaler Partner auf die Hauptstadt Tunis die massiven Probleme an den Grenzen des Landes, die überdurchschnittliche Radikalisierung und Rekrutierung durch Terrororganisationen sowie die wirtschaftliche Stagnation in den Provinzen des Landesinnern nicht ausreichend angegangen zu werden. Auch mit den Friedensressourcen von Religion in Tunesien sollten sich internationale Akteure intensiver befassen.

Für die demokratische Zukunft und Stabilität Tunesiens scheinen die Stärkung der ländlichen und peripheren Regionen und die Verbesserung der Lebensverhältnisse der dortigen Bevölkerung entscheidend (Meddeb 2017). In diesen Gegenden, wo staatliche Akteure schwach sind und viele Menschen von informeller Wirtschaftsaktivität abhängen, wird die Sicherheitslage prekär, die Anreize zur Migration steigen und die Enttäuschung von der demokratischen Transformation nimmt zu.

Mangel an internationaler finanzieller Unterstützung ist dabei anscheinend nicht das Problem (Meddeb 2017: 7). Aber für die Demokratieförderung und die Zivilgesellschaft in Tunesien sind offenbar Mitarbeiter vor Ort mit Zeit und Erfahrung, Mentoring, Austausch, Beratung, Begleitung von Reformen hilfreicher als Podiumsdiskussionen, Workshops oder noch mehr Geld. Das *Program for Results*-Instrument der Weltbank, etwa zur Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, scheint dabei durch seine Orientierung an strukturellen Veränderungen und Reformenerfolgen ein positives Beispiel zu sein (Schott 2016: 17). Bei der empfohlenen Stärkung der Zivilgesellschaft in den Regionen, der Verbesserung des regionalen Regierungshandelns (Meddeb 2017: 7, 12) und beim Kampf gegen Korruption könnten örtliche religionsbasierte Akteure durch ihre Präsenz in peripheren Regionen und ihre Glaubwürdigkeit möglicherweise wichtige Partner sein.

Mögliche erste Ansprechpersonen für die Identifizierung von geeigneten Partnerinstitutionen könnten sein Mehrezia Labidi-Maiza, Mitglied des *Religions for Peace (RfP) Middle East/North Africa (MENA) Council* und der *Association for Women's Progress* aus Tunesien, um die interreligiöse Zusammenarbeit in Tunesien zu besprechen und Kooperationsmöglichkeiten mit religionsbasierten Akteuren vor Ort auszuloten sowie Intissar Kherigi, Mitglied der Generalversammlung von *Religions for Peace (RfP) Middle East/North Africa (MENA)*, Programmdirektorin der Jasmine Foundation in Ariana /Tunis, um zu prüfen, ob

in der demokratiefördernden Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen Tunesiens Religion eine positive Rolle spielen und ob Religionsvertreter bei der Stärkung lokaler Demokratie, *Good Governance* und Konfliktprävention positiv mitwirken wollen und können.

4.5 Nigeria

Nigeria, das religiös geteilte bevölkerungsreichste Land Afrikas, wird seit gut 30 Jahren verstärkt von religiösen Konflikten und religiös verbrämter Gewalt zwischen Christen und Muslimen heimgesucht, bis hin zu massivem offenem Terror, Entführungen, Dorfzerstörungen und umfangreichen Vertreibungen. Gleichzeitig gibt es aber auch positiven Einsatz von Religionsvertretern und interreligiösen Initiativen für Frieden und gegen Gewalt. Nicht ohne Grund haben deshalb Deutschland, verschiedene Staaten und internationale Organisationen, aber auch religionsbasierte Akteure dem westafrikanischen Land besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Für die außenpolitische Förderung der Friedensverantwortung der Religionen in Nigeria kann daher auf vielfältige Erfahrungen, zahlreiche religionsbasierte und zivilgesellschaftliche Organisationen und wohl auch grundsätzlich auf offizielle Unterstützung durch die Regierung in Abuja zurückgegriffen werden.

Das Auswärtige Amt bzw. die deutsche Botschaft vor Ort unterstützen bereits die Konfliktmediation zwischen christlichen Bauern und muslimischen Hirten in Zentral-Nigeria. Dabei fördert das AA die Friedensverhandlungen des *Centre for Humanitarian Dialogue*, einer Nicht-Regierungsorganisation, die in einem strukturierten Verfahren Zusammenkünfte in regionalen Hauptstädten moderiert und in langen, angespannten und oft emotionalen Gesprächen zwischen den Konfliktparteien Lösungen zu erarbeiten hilft. Finanzielle Mittel dafür kommen aus der Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnachsorge und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt.¹⁰⁸

Der Norden Nigerias¹⁰⁹ ist besonders von Konflikten zwischen den Religionen und von religiös verbrämter Gewalt und Terror betroffen, die bereits in den 1980er Jahren begannen und in den 1990er Jahren eskalierten. Im nördlichen Bundesstaat Kaduna mit besonders vielen Todesopfern wurde daraufhin 1995 das *Muslim-Christian Dialogue Forum* (MCDF) gegründet, mit den beiden prominenten versöhnten Ex-Feinden James Movele

¹⁰⁸ Auswärtiges Amt Homepage, Link: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Nigeria/161125_Friedensmediation.html [08.01.2017].

¹⁰⁹ Zum Zusammenhang von Islam und Demokratisierung im Norden Nigerias und zu den Gründen für die Popularität der Einführung der Scharia vor Ort Kendhammer 2016.

Wuye, einem christlichen Pastor, und Muhammed Nurayn Ashafa, einem muslimischen Imam, als gemeinsamen nationalen Koordinatoren (Haynes 2012b: 54-56). Im März 2003 organisierte das MCDF zusammen mit dem *US Institute of Peace* (USIP) einen fünftägigen Friedensworkshop unter anderem mit christlichen und muslimischen Jugendvertretern aus den verschiedenen nigerianischen Bundesstaaten. In einer gemeinsamen 17 Punkte-Abschlussklärung mit verschiedenen Empfehlungen wurde auch die Zusammenarbeit mit Staat und Justiz beim Kampf gegen religiös verbrämte Gewalt festgehalten. Dieses Treffen ergänzte die Arbeit des *Nigerian Inter-Religious Council*, in dem ältere Religionsvertreter wiederholt die religiös verbrämte Gewalt im Land verurteilt hatten (Haynes 2012b: 56-57).

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) hat sich im Rahmen seiner Initiative *Pilgrimage for Justice and Peace* (Pilgerweg für Gerechtigkeit und Frieden) speziell mit der interreligiösen Zusammenarbeit in Nigeria befasst und sich bei Treffen in Abuja und Kaduna mit nationalen Experten und Religionsvertretern vom 20.-27. Februar 2017 vor Ort informiert. Ziel dabei war es, neben spirituellen Impulsen und Begegnungen, in Nigeria Aktivitäten, Prozesse und Partner kennen zu lernen, die Frieden und Gerechtigkeit in Afrika voran bringen.

Die ÖRK-Vertreter, darunter auch aus Deutschland Cornelia Füllkrug-Weitzel,¹¹⁰ die Präsidentin von Brot für die Welt, besuchten unter anderem auch das *International Centre for Inter-Faith Peace and Harmony* (ICIPH), das unter der wachsenden Anzahl von interreligiösen Initiativen in Nigeria sich zur besonderen Aufgabe gemacht hat, die interreligiösen Beziehungen systematisch zu dokumentieren und nationale und internationale politische Entscheidungsträger darüber zu informieren.¹¹¹

Seit über zehn Jahren arbeitet das *US Institute of Peace* (USIP) in Washington mit politischen, religiösen und zivilgesellschaftlichen Führern aus Nigeria zusammen. Ein lokaler Partner dabei ist das *Center for Democracy and Development* in der Hauptstadt Abuja. Im Oktober 2016 hat das USIP ein Dutzend Gouverneure aus den nördlichen Krisenbundesstaaten Nigerias zu einem Arbeitstreffen über Friedensbemühungen versammelt. Im Nachgang dazu brachte das USIP eine hochrangige elfköpfige Beratergruppe nigerianischer Persönlichkeiten zusammen, um strategisch und praktisch konkrete Lösungen für

¹¹⁰ Blog zum Nigeria-Besuch s. Website Brot für die Welt, Link: <https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/was-frieden-bedroht-beobachtungen-nigeria> [05.03.2017].

¹¹¹ S. Website Ökumenischer Rat der Kirchen, Link: <http://www.oikoumene.org/en/press-centre/news/pilgrimage-of-justice-and-peace-to-be-more-inspired-by-the-african-context> [05.03.2017].

die sozialen, religiösen und politischen Probleme Nordnigerias zu erarbeiten.¹¹² Der Sultan von Sokoto, Muhammadu Sa'ad Abubakar III, höchste Autorität des Mehrheits-Islam im Land, und der römisch-katholische Erzbischof von Abuja, Kardinal John Onaiyekan, waren Mitglieder des Gremiums. Die Beratergruppe überprüft bisherige Friedensinitiativen in Nordnigeria und untersucht auch unter anderem, ob Einrichtungen wie die letztes Jahr neu gegründete und öffentlich finanzierte *Plateau State Peacebuilding Agency* im zentral gelegen Bundesstaat Plateau, ein demographischer Mikrokosmos Nigerias, auch ein Modell für andere nördliche Bundesstaaten und Konfliktregionen des Landes sein könnte.

¹¹² Bericht dazu auf USIP Website, Link: <https://www.usip.org/publications/2017/03/top-civic-leaders-aid-nigerian-fight-curb-extremism> [08.04.2017].

5. Dialogpartner im Nahen Osten, der Golfregion und Südostasien

5.1 Ägypten

Ägypten ist aufgrund seines demographischen Gewichts und politischen Führungsanspruchs in der arabischen Welt, seiner geostrategischen Lage, der größten christlichen Minderheit im Nahen Osten und aufgrund der herausragenden theologischen Autorität der Al-Azhar-Universität in Kairo ein besonders wichtiger Partner für eine religionsbezogene Außenpolitik Deutschlands. Die ägyptische Gesellschaft ist durchaus stolz auf das im Alltag relativ friedliche Zusammenleben¹¹³ von (zumeist koptisch-orthodoxen) Christen und Muslimen. Auch die Regierung schmückt sich gerne offiziell damit. Das sind eigentlich keine schlechten Voraussetzungen für eine religionsbezogene außenpolitische Zusammenarbeit mit der ägyptischen Regierung bzw. religionsbasierten Akteuren im Land.

Doch nach den Hoffnungen des Arabischen Frühlings, nach der Beendigung der Muslimbrüder-Präsidentschaft Mursis und der Errichtung der Militärregierung unter Präsident Abdel Fattah Al-Sisi machen sich in Ägypten angesichts von Repression, Wirtschaftskrise, Tourismusflaute und Terroranschlägen tiefe Ernüchterung und Frustration breit. So froh viele Kopten bislang über die drakonische Militärregierung waren, so enttäuscht sind sie nun darüber, dass nicht einmal Streitkräfte und Ausnahmezustand ihnen ausreichend Schutz bieten können.

Der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) rief zu Beginn 2017 zur vollständigen Vertreibung und Ermordung von Christen im Sinai und Ägypten auf. Nach systematisch und strategisch begangenen Gewalttaten im Norden der Sinai-Halbinsel vollzieht sich seither beängstigend schnell ein Exodus: Die christliche Gemeinschaft in Ägypten flieht in die Großstädte im Kernland und ist trotz ihrer Größe von ca. neun bis zehn Millionen Gläubigen und trotz ihrer 2000 Jahre langen Verwurzelung im Land in ihrer Existenz bedroht. Die tödlichen Terrorattacken auf koptisch-christliche Gottesdienste Ende 2016 und an Palmsonntag 2017 in den als vergleichsweise sicher geglaubten Metropolen am Nildelta sind ein massiver Schock. Die darauf folgende Absage der Osterfeierlichkeiten deprimiert die Kopten zusätzlich. Viele planen die Auswanderung nach Europa oder Nordamerika. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel warnte nach den Palmsonntag-Anschlägen vor dem Kalkül der Attentäter „...einen Keil in das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen zu treiben (...)“ (Gabriel 2017).

¹¹³ Allerdings: Auch wenn Christen nicht offiziell staatlich verfolgt werden, so sehen sie sich doch vielfältigen Diskriminierungen und Bedrohungen ausgesetzt, oft werden Straftaten gegen sie nicht geahndet.

Auch für die Katholische Kirche sind die Lage der Christen in Ägypten und der christlich-muslimische Austausch mit den höchsten sunnitischen theologischen Autoritäten in Kairo von großer Bedeutung. Der hochrangige, symbolisch und religionspolitisch wichtige Dialog zwischen dem Vatikan und der *Al-Azhar*-Universität wurde zwar 2011 unterbrochen. Papst Benedikt XVI. hatte nach einem Bombenanschlag auf eine Kirche in Alexandria von der Politik einen besseren Schutz der Christen im Nahen Osten verlangt, was als Einmischung in die inneren Angelegenheiten kritisiert worden war. Nach der Wahl von Papst Franziskus 2013 wurden die Beziehungen aber erneut geknüpft und der Dialog 2016 durch einen Besuch von Großimam Ahmed Al Tayeb im Vatikan wieder förmlich aufgenommen.

Ende April 2017 besuchte Papst Franziskus trotz der sehr angespannten Sicherheitslage Ägypten. Er traf Präsident Abdel Fattah Al-Sisi, Großimam Ahmed Al Tayeb von der *Al-Azhar*-Universität und Papst Tawadros II. von der Koptisch-orthodoxen Kirche sowie weitere Religionsvertreter und sprach auf einer internationalen Friedenskonferenz. Der Besuch von Papst Franziskus in Ägypten ist historisch und von höchster politischer und religiöser Bedeutung, 17 Jahre nach dem allerersten Papstbesuch im Land am Nil durch Johannes Paul II. im Jahr 2000 und gerade in der jetzigen Situation. Das Motto von Franziskus' Besuch ist Programm: „Ein Papst des Friedens in einem Ägypten des Friedens“.

Vertreter ägyptischer Institutionen wie des *Department of Islamic Philosophy and Comparative Religion, Faculty of Dar al-Uloom* an der Universität Kairo, wie des *Azhar Center for Dialogue* oder wie der *Coptic Evangelical Organization for Social Services* sind in anderem Kontext am interreligiösen Dialog beteiligt, so dass diese Einrichtungen in Ägypten möglicherweise auch an Zusammenarbeit mit deutschen Akteuren im internationalen Religionsdialog bzw. der religionsbezogenen AKBP interessiert sein könnten. Auch die Anna-Lindh-Stiftung könnte religionsbasierte Akteure stärker in ihre interkulturelle Dialogarbeit einbeziehen. Gleichzeitig hat die Militärregierung ein großes Interesse an der Kontrolle der Zivilgesellschaft, gerade von religiösen Organisationen. Kontakte zur *Al-Azhar*-Universität sollten trotzdem geknüpft werden.

5.2 Iran

Durch das internationale Abkommen zum umstrittenen Nuklearprogramm Irans eröffnen sich neue Wege in den Beziehungen zwischen Deutschland, Europa und Iran. Nun scheint es möglich, die Fixierung auf Sicherheitspolitik und Frontstellungen bei den Sanktionen zu überwinden, die bilateralen Beziehungen thematisch zu erweitern und neu zu vertiefen. Diese vorläufige Auflockerung der Isolation Irans bietet für die AKBP und auch die religionsbezogene Außenpolitik Deutschlands neue Chancen für Kontakte und Kooperationen. Aufgrund der religiösen Dominanz im politischen System der Islamischen Republik und angesichts der problematischen Menschenrechtslage im Iran ist diese Zusammenarbeit politisch hochsensibel und wird von manchen immer wieder auch kritisch beobachtet werden.

Dass Iran durchaus, je nach Priorität der politischen Führung, ein Interesse an kooperativer Religionsaußenpolitik demonstriert und den Wunsch hat, sich als religiös plurales Land zu präsentieren und durch Religionsdialog¹¹⁴ die internationale Isolation aufzubrechen, bietet Anknüpfungspunkte für die religionsbezogene deutsche Außenpolitik.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hatte bereits in den 2000er Jahren¹¹⁵ Kontakte und eine Reihe von Dialogseminaren mit iranischen Institutionen, die in der internationalen religionsbezogenen Zusammenarbeit, interkulturellem Dialog und interreligiöser Lehre und Forschung aktiv sind.¹¹⁶ Zu nennen sind dabei das vom früheren iranischen Vizepräsidenten und Kleriker Mohammad Ali Abtahi 2001 gegründete und geleitete *Institute for interreligious Dialogue* (IID) in Teheran, das *Center for Dialogue among Civilizations* in Teheran sowie das Zentrum für interreligiöse Studien in Qom, das im Bereich theologische Forschung tätig ist.

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK/WCC) startete 1995 einen Dialogprozess mit dem *Centre for inter-religious Dialogue* (CID) der *Islamic Culture and Relations Organisation*

¹¹⁴ So hatten beispielsweise auf Initiative des Iran unter dem damaligen Staatspräsidenten Mohammed Khatami die Vereinten Nationen das Jahr 2001 zum Jahr des interkulturellen/interreligiösen Dialog erklärt.

¹¹⁵ Vgl. in diesem Zeitraum auch die Begegnungen des US-Think Tanks *International Center on Religion & Diplomacy* (ICRD) mit Iran, s. Link: <http://icrd.org/iran/> [17.04.2017].

¹¹⁶ Bericht 2006 dazu von Martin Affolderbach, EKD-Website, Link: https://www.ekd.de/international/berichte/2006/reader_2006_30.html [16.04.2017].

(ICRO) aus Teheran. So fand etwa im September 2012 in Genf ein Treffen zu Interreligiösem Dialog und Gesellschaft statt.¹¹⁷

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat im Rahmen seines Programms „Hochschuldialog mit der islamischen Welt“ 2013-2015 die religionswissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Goethe-Universität Frankfurt, dem Institut für Religionswissenschaft und Jüdische Studien Potsdam, der Universität für Religionen und Weltanschauungen in Qom und der Frauen-Universität *Al-Zahra* in Teheran bei der Entwicklung komparatistischer Methoden unterstützt (AA 2016: 91).

Zu prüfen wäre, ob ausgehend von solchen Projekterfahrungen entsprechende Formate und Programme weiter gefördert oder ausgebaut werden sollten, ggf. ergänzt um das Thema Frieden in theologischer Ausbildung und Forschung bei der wissenschaftlichen Kooperation mit Deutschland, oder ob die Friedensressourcen der Religionen in den deutsch-iranischen Programmen und Formaten stärker integriert, reflektiert und betont werden sollen.

Das *International Center for Religion & Diplomacy* (ICRD), ein religionsaußenpolitischer Think Tank in Washington, empfiehlt zur Verbesserung der (US-)Beziehungen mit Iran auch *Citizens Diplomacy*, Bürgerbegegnungen, Besuche in Iran und persönlichen Austausch.¹¹⁸ Ein kommunales Beispiel dafür aus Deutschland: Die Stadt Freiburg unterhält seit 2000 mit der Universitätsstadt Isfahan die nach eigenen Angaben einzige deutsch-iranische Städtepartnerschaft.¹¹⁹ Durch Stadtverwaltung und zahlreiche Bürgerreisen wurden die Kontakte kontinuierlich und intensiv gepflegt – auch in Zeiten, als die politischen Begegnungen kommunaler Spitzenvertreter eingefroren waren.¹²⁰

Zu überlegen ist, ob in solche *Citizens Diplomacy*-Formate auch Religionsvertreter bzw. (nicht-touristische) Besuche bei religiösen Institutionen, theologischen Hochschulen integriert werden können und inwieweit das Auswärtige Amt solche von anderen Trägern organisierte *Citizens Diplomacy*-Initiativen unter Beteiligung von religionsbasierten Akteu-

¹¹⁷ Bericht auf ÖRK /WCC-Website, Link: <https://www.oikoumene.org/en/resources/documents/wcc-programmes/interreligious-dialogue-and-cooperation/interreligious-trust-and-respect/communicate-from-wcc-and-cid-inter-religious-dialogue-meeting> [17.04.2017].

¹¹⁸ ICRD Policy Forum Report Iran, 12 April 2012, Link: <http://icrd.org/wp-content/uploads/2012/02/Iran-Policy-Forum-Report-4-12-12.pdf> [16.04.2017].

¹¹⁹ Stadt Freiburg Homepage, Link: http://www.freiburg.de/pb/_Lde/208862.html [08.01.2017].

¹²⁰ Vgl. Badische Zeitung 28. Oktober 2008, Link: <http://www.badische-zeitung.de/freiburg/ein-mullah-im-muenster--7154959.html> [17.04.2017].

ren unterstützen oder beraten kann. Ebenfalls zu prüfen wäre, ob im Rahmen landeskundlicher und interkultureller Vorbereitungen der Teilnehmer beim deutsch-iranischen Begegnungsprojekt für Unternehmenshospitationen „Iran-Horizonte“¹²¹ auch Informationen über Religionen und Religionsverfassungsrecht in Deutschland angeboten werden sollen, oder ob ein ähnliches Hospitationsprogramm auch für Theologen oder Religionswissenschaftler eingerichtet werden könnte.

5.3 Israel und Palästinensische Gebiete

Deutschlands Außenpolitik gegenüber Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde steht unter der historischen Verantwortung für die Verbrechen der Shoah und wird geprägt durch globale geopolitische Konflikte um die Sicherheit und Existenz Israels und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Religion spielt selbst für säkular denkende Israelis und säkulare internationale Partner Israels quasi per definitionem immer eine zumindest unterschwellige Rolle in den Außenbeziehungen des gerade aufgrund seiner religionsbasierten Identität in seiner Existenz bedrohten jüdischen Staats. Auch die durch Migration und Demographie veränderte religiöse Gemengelage in Israel selbst wirkt sich auf die Außenpolitik und möglicherweise sogar auf die Verteidigung des Landes aus (Heumann 2016: 51). Es kommt in Israel und USA zu einer Diskussion um veränderte national-historische Narrative und national-religiöse Identität Israels sowie eine kritische Wahrnehmung Israels durch Teile der Eliten in den USA. Schließlich sind die seit 50 Jahren andauernde Besetzung der Palästinensischen Gebiete, Aufstände und Anschläge, umstrittene (und zum Teil religiös begründete) Siedlungsbauten durch die israelische Regierung auf palästinensischem Gebiet und die hochsymbolischen, politisch und religiös aufgeladenen heiligen Stätten ein extrem schwieriges Spannungsfeld für die Thematisierung von Religion in Deutschlands Außenpolitik gegenüber den verfeindeten Nachbarn.

Gleichzeitig bestehen intensive religionsbezogene und zivilgesellschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Israel, gerade durch Kirchen und andere religionsbasierte Akteure. Angesichts der Sensibilität der deutsch-israelischen und israelisch-palästinensischen Beziehungen, aufgrund der engen personellen/institutionellen Verflechtung, der Konkurrenzsituationen und der komplizierten religiösen und konfessionellen Gemengelage am Schnittpunkt dreier Weltreligionen ist in Israel und den Palästinensischen Gebieten eine besonders sorgfältige, ausgewogene Auswahl der Partner und Projek-

¹²¹ Auswärtiges Amt Website, Link: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/KulturDialog/03_Sprache/Projektbeispiele/160504_Iran_Horizonte.html?nn=385742 [17.04.2017].

te bei der religionsbezogenen außenpolitischen Zusammenarbeit erforderlich. Akteure mit Landeserfahrung, die dabei ggf. weiter beraten können, dürften die langjährigen deutschen Kirchenvertreter und Theologen/Religionswissenschaftler vor Ort, wie etwa die *Dormitio*-Abtei (Theologisches Studienjahr Jerusalem), die an der Verleihung des Friedenspreises *Mount Zion Award* (MZA) für interreligiöse Verständigung mitwirkt, das Forum ehemaliger Studierender im Theologischen Studienjahr Jerusalem, die lokalen Büros der politischen Stiftungen, das auch vom BMZ unterstützte Willy-Brandt-Zentrum (WBC) in Jerusalem, Forum ziviler Friedensdienst ZFD, Pax Christi und Aktion Sühnezeichen (vgl. Weingardt 2014: 207-211) oder auch die Vertretung des Heiligen Stuhls sein.

Selbstverständlich sollten auch orthodoxe und orientalisch-Christen sowie jüdische und muslimische Institutionen angesprochen werden. Ein möglicher Kooperationspartner ist die in Israel aktive und anerkannte Menschenrechtsorganisation Rabbiner für Menschenrechte (*Rabbis for Human Rights* RHR) (vgl. Weingardt 2014: 195-202). Da Israel in der Wasserversorgung technologisch führend ist und die Wasserversorgung ein sehr wichtiges Thema für die palästinensischen Gebiete und die israelisch-palästinensische Zusammenarbeit ist (von Lossow 2016), wäre es interessant, zu prüfen, ob die in Jordanien von BMZ/GIZ umgesetzte Kooperation mit religionsbasierten Akteuren beim Wassermanagement (s. Kapitel 6.3) auch in Israel bzw. den Palästinensischen Gebieten möglich wäre.

5.4 Jordanien

Jordanien ist international sehr aktiv bei der Förderung von interkulturellem und interreligiösem Dialog. Das jordanische Königshaus hat 2004 mit der *Amman Message* innermuslimische Konsensbildung zu kritischen religiösen Fragen befördert, um auch nach außen dialogfähig zu sein. Auch ein internationales Netzwerk gemäßigter muslimischer Führer entstand dadurch. Für den theologischen Dialog wichtig ist das *Royal Aal Al-Bayt Institute for Islamic Thought* (RABIIT) mit Sitz in Amman. Auch das *Royal Institute for Inter-Faith Studies* in Amman ist eine zentrale Institution. Der jordanische Prinz Hassan bin Talal ist eine herausragende Persönlichkeit im weltweiten interreligiösen Dialog. Diese günstigen Rahmenbedingungen sollte Deutschland mit einer besonderen Unterstützung Jordaniens in seiner religionsbezogenen Außenpolitik beantworten.

Angesichts der Flüchtlingssituation im Land könnte Deutschland Jordanien in einer religionsbezogenen Außenpolitik ggf. Erfahrungsaustausch zur Flüchtlingsseelsorge, Trauma-Aufarbeitung, und zu Frieden und Versöhnung durch Religionen/Geistliche anbieten und religionsbasierte Akteure in den genannten Bereichen aus Deutschland

vermitteln. Fraglich ist, ob die deutsch-jordanische Universität bzw. die Hochschulzusammenarbeit beider Länder auch technische Fragen, etwa die Energiewende in deutschen Kirchen und Nutzung erneuerbarer Energien vermitteln und für Moscheen / religionsbasierte Akteure in Jordanien fruchtbar machen kann.

5.5 Libanon

Der Libanon bietet ein im Nahen Osten einzigartiges multireligiöses Mosaik. Allein 18 Religionsgemeinschaften sind offiziell anerkannt. Gleichzeitig ist Religion stark politisiert und konfessionalisiert, wobei es der libanesischen Gesellschaft nach Bürgerkriegen doch halbwegs gelungen zu sein scheint, einen gewissen nationalen Zusammenhalt beizubehalten und trotz einzelner Gewaltausbrüche eine relative Resilienz gegenüber religiösem Extremismus aufzubauen. Die religiöse Vielfalt wird in breiter Mehrheit auch positiv beurteilt. Ehen zwischen Angehörigen verschiedener Religionen und Konfessionen, religiös gemischte Familien sind weit verbreitet und akzeptiert. Religionswechsel und Konversion sind gesetzlich erlaubt.¹²² Dieser religiöse Pluralismus bietet für die religionsbezogene deutsche Außenpolitik zahlreiche Anknüpfungspunkte und Kontakte, gleichzeitig muss auch auf die politische Dimension der Religion/Konfession und die Ausgewogenheit der Kooperation geachtet werden.

Um der religiösen Segregation in der libanesischen Gesellschaft entgegen zu wirken, unterstützt die GIZ in einem Projekt des Zivilen Friedensdienstes (ZFD)¹²³ die gemeinsame Fortbildung und Begegnung von Theologiestudierenden, Jugendgruppenleitern, Medienschaffenden verschiedener Religionsgemeinschaften in den Bereichen Dialog, gewaltfreie Konfliktlösungen, Abbau von Feindbildern (AA 2016: 92).

Ein möglicher Partner für Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt oder Mittlerorganisationen der deutschen AKBP könnte die *Adyan-Stiftung* in Beirut sein. Die *Adyan-Stiftung* ist eine unabhängige libanesischen NGO für interreligiöse Studien und spirituelle Solidarität, 2006 von Christen und Muslimen gegründet. Sie ist im arabischen Raum und international tätig in den Bereichen interkulturelle Fortbildung, Frieden und soziale Gerechtigkeit, Schulerziehung, *Diversity Management*, Medien (vgl. Daou/Tabbara 2016). Aktivitäten der *Adyan-Stiftung* wurden bereits von der Europäischen Kommission, der Britischen Botschaft im Libanon und der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt. Eine

¹²² Bericht Libanon des UN-Sonderberichterstatters für Religions- und Glaubensfreiheit, 30. November 2015, (A/HRC/31/18/Add1).

¹²³ GIZ Homepage, Link: <https://www.giz.de/Entwicklungsdienst/de/html/1415.html> [08.01.2017].

Vertreterin der *Adyan-Stiftung* war von der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau im April 2016 als Referentin zu Vorträgen in Deutschland eingeladen, so etwa beim Panel zur Religionsfreiheit in Worms im Vorfeld des Reformationsjubiläums.¹²⁴

Weitere libanesische Institutionen, deren Vertreter in anderen internationalen Kontexten im Bereich Religionsdialog und interreligiöser Zusammenarbeit aktiv sind, sind das *National Dialogue Committee/Islamic-Christian National Dialogue Committee*, der *Middle East Council of Churches* und die *Arab Muslim-Christian Dialogue Group*. Der internationale Think Tank *Centre on Religion and Global Affairs (CRGA)*, mit Sitz in London, verfügt ebenfalls über ein Büro in Beirut, das mit dem Programm *Beirut Conversations* fünf Mal im Jahr Politikern, Diplomaten, Religionsvertretern, Experten und Zivilgesellschaftsvertretern aus dem Nahen Osten und Nordafrika eine neutrale Plattform für vertraulichen und vertrauensbildenden Austausch über sensible Themen und innovative Perspektiven bietet.¹²⁵

Angesichts der außerordentlich hohen Anzahl von syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen im Libanon und der damit verbundenen Fragilität der ohnehin delikaten religiösen und konfessionellen Balance in dem kleinen Mittelmeerstaat ist die internationale Gemeinschaft und auch die deutsche Außenpolitik besonders gefordert, das Land zu unterstützen. Die religionsbezogene Außenpolitik Deutschlands könnte, ggf. in Zusammenarbeit mit dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge UNHCR, mit den USA oder Frankreich, die jeweils intensivere Beziehungen zu Libanon und entsprechende Netzwerke haben, die interreligiöse Zusammenarbeit in der Flüchtlingshilfe unterstützen und ggf. mit deutschen zivilgesellschaftlichen oder religionsbasierten Partnern, die Erfahrung mit Flüchtlingsarbeit haben, die libanesischen Institutionen bei der Deradikalisierung, Schulbildung und friedens- und versöhnungsorientierten Seelsorge für Geflüchtete unterstützen.

5.6 Saudi-Arabien

Saudi-Arabien, sunnitische Führungsmacht am Golf und Heimat der zentralen und ursprünglichen heiligen Stätten des Islam in Mekka und Medina, betreibt eine sehr aktive, weltweit verflochtene, umfassende religionsbezogene Außenpolitik.¹²⁶ Diese hat zum strategischen Ziel, die saudische Monarchie nach innen und außen zu stützen, mit einer Vielzahl von Stiftungen, Netzwerken und Institutionen global den Islam für Gläubige zu

¹²⁴ Quelle: Adyan-Stiftung Website.

<http://www.adyanvillage.net/recentDetail/264/AdyaninGermany/?lang=en> [01.01.2017].

¹²⁵ Link: <http://www.centreonreligionandglobalaffairs.org/beirut-conversations/> [16.04.2017].

¹²⁶ Kritisch dazu und detailliert zu verschiedenen Organisationen und Institutionen Biskup 2017.

definieren und auch die internationale äußere Sichtweise auf den Islam gemäß den eigenen Vorstellungen zu prägen. Saudi-Arabien versteht sich als Hort der reinen Lehre des Islam und macht diesen universalen Anspruch international massiv deutlich – gerade auch durch auswärtige Kultur-, Religions- und Bildungspolitik.

Dazu unterstützt Saudi-Arabien unter anderem auch die 1962 gegründete, in Mekka ansässige und hochumstrittene *Muslim World League* (MWL, *Rabitat al-Alam al-Islami*), die der internationalen Verbreitung eines einheitlichen Islams saudischer Prägung dient.¹²⁷ Trotz schwerer Vorwürfe gegen die MWL wurden Vertreter der Organisation Anfang der 2000er Jahre zu einer Anhörung und Gesprächen ins Europäische Parlament eingeladen.

Zentraler, ebenfalls nicht immer unumstrittener Akteur einer auf internationalen und interreligiösen Dialog abzielenden Religionsaußenpolitik im Sinne Saudi-Arabiens ist das in Wien beheimatete und gemeinsam von Saudi-Arabien, Österreich, Spanien und dem Heiligen Stuhl als Beobachter mitgetragene *King Abdullah bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue* (KAICIID).¹²⁸ Das KAICIID unterstützt weltweit Forscher (Fellows) und interreligiöse Friedensarbeit unter anderem in Nigeria und der Zentralafrikanischen Republik. Das Dialogzentrum arbeitet mit vielen internationalen Organisationen zusammen. Im Mai 2017 gründete das KAICIID in Limassol (Zypern) die Gründung eines Netzwerks von christlichen und muslimischen Theologen aus dem arabischen Raum, um den Austausch über den interreligiösen Dialog zu fördern.

Da für religionsbasierte Akteure in Saudi-Arabien massive Einschränkungen und sogar vollständige Verbote der Aktivitäten bestehen, sind die Optionen für eine religionsbezogene Außenpolitik Deutschlands oder für die Kontakte mit örtlichen Akteuren sehr begrenzt. Umso überraschender, dass der US-amerikanische religionsaußenpolitische Think Tank *International Center for Religion & Diplomacy* (ICRD) mit den saudischen Bildungsbehörden anscheinend schon seit fünf Jahren zusammenarbeitet, um religionsbezogene Materialien für die Lehrerausbildung und Schulbücher zu modernisieren und extremismusfördernde und Terrororganisationen wie den „Islamischen Staat“ und *Al Qaida* propagierende Inhalte zu entfernen. Offenbar hat sich sogar der saudische Außenminister

¹²⁷ Zur MWL und anderen internationalen islamischen Organisationen Saudi-Arabiens kritisch Khadija Katja Wöhler-Khalfallah, in: Werkner/Hidalgo (Hg.) 2014: 141-174.

¹²⁸ Website: <http://www.kaiciid.org/de> [17.04.2017].

bei seinem neuen US-Kollegen dafür eingesetzt, dieses Projekt mit Unterstützung des *US State Department* fortzuführen und von drohenden Budgetkürzungen auszunehmen.¹²⁹

Vielleicht können sich ja doch punktuell Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bildungssektor, Hochschulbereich, bei Schulbuchreform und Modernisierung von Lehrmaterialien und Curricula ergeben, etwa was die Darstellung der Geschichte Deutschlands und Europas, des Nationalsozialismus, der Teilung Deutschlands und des Mauerfalls 1989/90 bzw. der Europapolitik Deutschlands oder die Situation von Muslimen in Deutschland betrifft. Möglicherweise hat die Regierung Saudi-Arabiens vielleicht auch ein Interesse an Expertise zur Deradikalisierung und Extremismusprävention – das könnten Ansatzpunkte zu religionsbezogenen außenpolitischen Gesprächen zwischen Deutschland und der saudischen Regierung sein. Auch die verschiedenen Aktivitäten des KAI-CIID bieten sich an. In jedem Fall wird wie beim Iran jedwede religionsbezogene außenpolitische Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien auch aufgrund der problematischen Menschenrechtssituation politisch hochsensibel sein und von manchen durchaus auch kritisch betrachtet werden.

5.7 Indonesien

Die Regierung Indonesiens ist sehr aktiv bei der Thematisierung von Religion in der (Außen)politik und bei der Zusammenarbeit mit einzelnen religiösen Organisationen – national, regional und international. Zentrale Akteure sind das Außenministerium *Ministry of Foreign Affairs* und das Ministerium für religiöse Angelegenheiten, das *Ministry of Religious Affairs of the Republic of Indonesia*. Schwerpunkte bilden dabei der interreligiöse Dialog, der Austausch mit Religionsvertretern und die Unterstützung moderater religiöser Akteure auch bei ihren internationalen Aktivitäten, etwa bei der Werbung für das spezifische Modell eines südostasiatischen Islam mit den Erfahrungen religiöser Pluralität und staatlicher Neutralität in Indonesien. In beiden Ministerien scheinen die internationalen religionsbezogenen und religionsdialogischen Aktivitäten fest verankert (Melissen/Sohn (Hg.) 2015).

Im Innern organisierte das Religionsministerium Religionsdialoge in allen 33 Provinzen des Landes¹³⁰ und in über 400 Distrikten (von insgesamt 490). In Süd-

¹²⁹ ICRD Newsletter 31. März 2017, Link: <http://icrd.org/wp-content/uploads/Monthly-Update-Website-Version-.pdf> [13.04.2017].

¹³⁰ Zur innenpolitischen Situation der interreligiösen Beziehungen in Indonesien siehe auch Harmakaputra 2016.

ostasien/Ozeanien wirkte es mit bei einer Reihe von internationalen interreligiösen Konferenzen in Indonesien und anderen Staaten der Region, beginnend mit einem Religionsdialog in Yogyakarta im Dezember 2004, an dem Vertreter aus 14 Ländern teilnahmen. Auch in den Außenbeziehungen ist es Indonesien wichtig, moderate religiöse Kräfte zu stärken und gegen den behaupteten „Kampf der Kulturen“ interkulturelle und interreligiöse Dialoge zu setzen. Mit über 20 Ländern führt Indonesien bilaterale interreligiöse Dialoge (Anthoni 2013), so etwa mit Bosnien-Herzegowina, Libanon, dem Vatikan, Argentinien, Chile, den USA, Kanada und Großbritannien.

Das Außenministerium sieht Indonesien als Brückenbauer zwischen dem Westen und der islamischen Welt, als Modellbeispiel für ein moderates, demokratisches Land mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung – ein offizielles außenpolitisches Narrativ, das gerne vorgetragen wird. Interreligiöser Dialog ist für Indonesiens Außenpolitik ein wichtiges Element von *public diplomacy*. Bemerkenswert ist ebenso, dass das Außenministerium, auch als Teil der demokratischen Öffnung des Staates zur Zivilgesellschaft, Indonesiens muslimische Organisationen in die Gestaltung der Außenpolitik einbezieht, formalisiert unter dem früheren Motto „*total diplomacy*“, die Thematisierung von Religion in den Außenbeziehungen teilweise sogar an loyale islamische NGOs zu externalisieren scheint, ohne dabei aber die grundsätzliche religiöse Neutralität des Staates und die säkularen Prinzipien Indonesiens aufzugeben. Das Außenministerium unterstützt auch internationale interreligiöse Jugendcamps und die proaktive Verbreitung der Prinzipien und Modelle moderater muslimischer Organisationen aus Indonesien im Ausland, wie etwa der *Muhammadiyah* oder der *Nahdlatul Ulama* (NU) (Alles 2016).

In diese Richtung geht auch die Erklärung des *International Summit of Moderate Islamic Leaders* (ISOMIL) – *Nahdlatul Ulama Declaration* vom 10. Mai 2016 in Jakarta (ISOMIL 2016), wo in 16 Artikeln der Welt die Einsichten und Erfahrungen des Islam *Nusantara* (*East Indies Islam*) angeboten werden. Nicht näher benannte Regierungen im Mittleren Osten werden für ihre Unterstützung von religiösem Extremismus und ihre fragwürdige Legitimationsbasis durch problematische Interpretationen des Islam kritisiert, die Politisierung des Islam wird abgelehnt. Bestimmte Weisen der Interpretation des Islam (*tafsir*) werden als bedeutendste Ursache für religiösen Extremismus bei Muslimen gesehen. Terror und Extremismus werden mit verantwortlich gemacht für die globale Zunahme von Islamophobie. Indonesiens Regierung wird aufgefordert, eine aktive und konstruktive Rolle bei der Lösung der Konflikte im Nahen Osten zu spielen. Die *Nahdlatul Ulama* bietet den Regierungen des Mittleren Ostens ihre Hilfe an, eine neue Legitimationsbasis jenseits problematischer Interpretationen des Islam zu finden. Die ISOMIL-Konferenz mit

300 führenden muslimischen Religionsvertretern aus über 30 Ländern und die anschließende Erklärung fanden Echo in internationalen Medien und wurden als historisch angesehen (LibForAll u. a. 2016).

Indonesien stand auch am Beginn der europäisch-asiatischen interreligiösen Dialoge im Rahmen der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der südostasiatischen Staatengemeinschaft *Association of South East Asian Nations* (ASEAN), zu denen später weitere europäische und asiatische Staaten hinzukamen. In diesen mit *Asia-Europe Meeting* (ASEM) überschriebenen Prozessen fand (neben Gipfeln und Ministertreffen seit den 1990er Jahren), auch als Reaktion bzw. Kontrapunkt zu den Terroranschlägen von Bali 2002 und London 2005, in Anwesenheit des indonesischen Präsidenten Yudhoyono am 21./22. Juli 2005 in Bali der erste ASEM *Interfaith Dialogue* statt. In der Abschlusserklärung „*Bali Declaration on Building Interfaith Harmony within the international Community*“ werden unter anderem die Förderung des Religionsdialogs durch die Staaten, das Recht, die Religion zu wählen, Unterstützung für Austauschprogramme, die Anerkennung von Religionen als gesellschaftliche Partner sowie konkrete Handlungsaufforderungen für die Bereiche Politik, Bildung, Kultur, Medien, Religion und Gesellschaft aufgeführt, wie etwa die Gründung eines *International Center for Religious and Cultural Cooperation* (*Jogja Center*) in Yogyakarta (ASEM 2005).

Auch im Kontext der *Asia-Pacific Economic Cooperation* (APEC) thematisierte das indonesische Außenministerium Religionsfragen und war Gastgeber für das *APEC Intercultural and Faith Forum* im Oktober 2006 in Yogyakarta. 2007 riefen der indonesische Präsident Yudhoyono und der britische Premier Tony Blair das Beraterforum *Indonesia-United Kingdom Islamic Advisory Group* ins Leben, paritätisch bestehend aus indonesischen und britischen Vertretern aus Religion und Zivilgesellschaft, mit dem Ziel, gemeinsame praktische Empfehlungen zu religionsbezogenen Fragen an die Regierungen zu richten (Melissen/Sohn (Hg.) 2015).

Wissenschaftlich aktiv in Lehre und Forschung zum Religionsdialog, religiöser Vielfalt sowie Religion und Politik/Globalisierung ist das 2000 gegründete interdisziplinäre *Center for Religious & Cross-cultural Studies* (CRCS) an der *Gadjah Mada Universität* in Yogyakarta. Eine weitere indonesische Institution, die sich als Zentrum eines fortschrittlichen und offenen Islam im Dialog mit dem Ausland versteht, ist das 2003 gegründete *International Center for Islam and Pluralism* (ICIP) in Jakarta.

Deutschland und Indonesien führen seit 2010 einen interreligiösen und interkulturellen Dialog, der jährlich abwechselnd in Deutschland und Indonesien stattfindet. Die deutsche Botschaft in Jakarta erweitert und ergänzt diesen Dialog durch eigene thematische Veranstaltungen. So organisierte sie gemeinsam mit dem Goethe-Institut und der Friedrich-Naumann-Stiftung im Rahmen der „Deutschen Saison in Indonesien“ am 2. November 2015 eine Konferenz „Religion, Staat und Gesellschaft im 21. Jahrhundert“, auf der das Verhältnis von Religion und Recht, die Verantwortung von Medien bei der Berichterstattung über Religion und der Schutz religiöser Minderheiten diskutiert wurden (AA 2016: 89-90). Ebenfalls im November 2015 veranstaltete die Deutsche Botschaft ein Seminar deutscher und indonesischer Experten zur Deradikalisierung und Prävention von religiöser Radikalisierung (AA 2016: 90)

Religion spielt in Indonesien eine bedeutende Rolle bei der Bestimmung der eigenen Identität – und das hat durchaus Relevanz für die Außenbeziehungen des Landes, etwa bei der positiven Einstellung der Bevölkerung zu Iran oder anderen muslimischen Ländern (Basuki 2014). Umso wichtiger ist es für die deutsche und europäische Außenpolitik, diese kulturell-religiösen Identifikationsfaktoren und Mobilisierungspotenziale der öffentlichen Meinung entlang kulturell-religiöser Linien zu verstehen und mit Indonesien einen interkulturellen und interreligiösen Dialog zu führen (vgl. Basuki 2014).

6. Thematische Optionen für Deutschlands religionsbezogene Außenpolitik im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)

6.1 Friedenserziehung und (Religions-)pädagogik

Religiöse Friedensinitiativen scheinen besonders dann erfolgversprechend – und insofern auch sinnvolle Partner für Außenpolitik –, wenn sie sich als instrumentalisierungsresistent erweisen. Kriterien für solche Glaubensakteure können sein:

„Respekt vor der Komplexität ihrer Überlieferungen, strukturelle Toleranz in Form von institutionalisierten moderaten Diskursen, ein hohes Autonomiepotenzial gegenüber Staat und Gesellschaft sowie eine diversifizierte innerreligiöse Öffentlichkeit.“ (Hasenclever/De Juan 2007: 16)

Die Förderung einer solchen religiösen Bildung könnte eine wichtige Aufgabe für eine „Religionsaußenpolitik“ (Hasenclever/De Juan 2007: 16) sein – auch um die religiöse „Instrumentalisierungsprophylaxe als Herausforderung der Friedenspolitik ernst zu nehmen“ (Hasenclever/De Juan 2007: 16).

Standards und sinnvolle Kriterien für die praktische Umsetzung von interreligiöser Erziehung¹³¹ bzw. friedensfördernder religiöser Erziehung, auch und gerade in Schulmaterialien und Curricula, können den einschlägigen Veröffentlichungen von UNESCO/Georg-Eckert-Institut, der *Religions for Peace (RfP) Peace Education Standing Commission* (PESC) und den *Toledo Guiding Principles* der OSZE/Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) mit zahlreichen weiteren Beispielen, Verweisen auf Fachorganisationen, internationale Übereinkünfte und Quellen ggf. entnommen werden.¹³² Die AKBP und internationale Kooperationen etwa des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) könnten daran mitwirken, solche international erarbeiteten Standards in Fachöffentlichkeiten und bei internationalen Kooperationspartnern bekannter zu machen und ggf. dabei unterstützen, sie im Ausland in die pädagogische Praxis umzusetzen.

¹³¹ Zur interreligiösen Pädagogik umfassend Schreiner/Sieg/Elsenbast (Hg.) 2005.

¹³² UNESCO/Georg Eckert Institute (2013): *UNESCO Toolkit on revision/adaptation of curricula, school textbooks and other learning materials to remove cultural, religious and gender-biased stereotypes*. Paris; OSZE/ODIHR (2007): *Toledo Guiding Principles on Teaching about Religion and Beliefs at Public Schools*. Warsaw; *Religions for Peace (RfP) Commission 4* (2013): *Welcoming the Other through Religious and Multi-Religious Education*; stärker theoretisch-wissenschaftlich mit Blick auch auf Ostasien ein Überblick bei Jackson/Fujiwara 2007.

6.2 Religionen und Konfliktprävention, Mediation und Versöhnungsarbeit

Religionsgemeinschaften und religionsbasierte Akteure können bei Konfliktprävention, Mediation und Versöhnungsarbeit eine spezifische und konstruktive Rolle spielen, nicht nur, aber natürlich gerade wenn Religion ein Aspekt des Konfliktgeschehens ist. Religionsbasierte Akteure genießen besonderes Vertrauen, ihnen wird oft Unabhängigkeit und Neutralität zuerkannt oder kein Machtstreben/politisches Eigeninteresse unterstellt, man fürchtet von ihnen keine materiellen Sanktionen, ihre religiös-ethische Friedensmotivation gilt als nachvollziehbar glaubwürdig, ebenso wird ihnen oft aufgrund ihrer theologischen Ausbildung und seelsorgerlichen Erfahrungen im Unterschied zu säkularen Akteuren eine spezifische Kompetenz in Vermittlung, bei der Lösung von Wertekonflikten, Versöhnung und Aufarbeitung von Fehlverhalten und Schuld zugesprochen (vgl. Weingardt 2016: 30-32).

Eine Grundlage für (inter)religiöse Versöhnungsarbeit könnte eine von *Religions for Peace (RfP) International*, der Sikh-Organisation *Guru Nanak Nishkam Sewak Jatha (GNNSJ)* dem *Fetzer Institute* und der *Guerrand-Hermes Foundation for Peace* erarbeitete und geförderte *Charter for Forgiveness and Reconciliation* sein.¹³³ Hinweise für die Rahmenbedingungen von Friedens- und Versöhnungsarbeit mit religiösen Partnern nach Gewaltkonflikten wurden auch bei einem internationalen Partner-Workshop von Brot für die Welt 2014 in Nairobi erarbeitet: Kommunikation auf Basis ethischer Grundlagen, religiöse Praxis, ausreichend Zeit und angemessene Orte für Traumabewältigung, spirituelle Einkehr und Erholung, Fortbildung und Supervision sowie Unterstützung durch externe Partner wurden dabei genannt (*Bread for the World* 2016: 13-15).

In der Expertenumfrage zu dieser Studie wird der Bereich Konfliktprävention, Mediation und Versöhnungsarbeit sehr häufig als eine gewünschte Priorität für die Thematisierung von Religion in der deutschen Außenpolitik bzw. für die außenpolitische Zusammenarbeit mit religionsbasierten Akteuren genannt.

Mögliches Vorbild für die Beteiligung lokaler religionsbasierter Akteure bei den Bemühungen um Frieden und Sicherheit, bei Konfliktprävention, Mediation und Versöhnungsarbeit, könnte eine Zusammenarbeit des *Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)* mit einem Projekt der *Coalition Nationale de la Société Civile pour la Paix et la*

¹³³ Informationen zu dem vom Theologen Josef Boehle in Birmingham (UK) koordinierten Projekt unter www.charterforforgiveness.org.

Lutte contre la Prolifération des Armes Légères (CONASCIPAL) aus Mali sein, einem Zivilgesellschaftsbündnis für Frieden und gegen die Verbreitung von Kleinwaffen.

Dabei arbeiten in dem westafrikanischen Land gemischte zivilgesellschaftliche Gruppen in 35 Gemeinden aus neun der zehn Provinzen des Landes einschließlich der Hauptstadt Bamako zusammen an örtlichen Sicherheitsfragen, Risiken und Resilienz. In den lokalen *Monitoring Groups for Peace and Security* prüfen Vertreter von drei Gesellschaftsbereichen, nämlich Jugendliche, Frauen und lokale *community leaders*, die Umsetzung von Friedens- und Sicherheitsmaßnahmen, tauschen ihre Erfahrungen und Einschätzungen vor Ort auf nationaler Ebene aus, diskutieren Probleme und Lösungsvorschläge und können auch die Politik beeinflussen. Dadurch wird die Zivilgesellschaft am Friedensprozess beteiligt und gestärkt, die Effizienz (internationaler) Friedensbemühungen konstant überprüft, die Legitimation der Sicherheitsmaßnahmen erhöht und wichtige Rückmeldungen gegeben und Informationen ausgetauscht.¹³⁴

Je nach Konfliktlage könnten auch in anderen Ländern (inter)religiöse Akteure an vergleichbaren gemischten lokalen *Monitoring Groups* beteiligt und durch das Auswärtige Amt, Botschaften, Mittlerorganisationen oder kofinanzierte Projekte mit Akteuren der Friedensarbeit aus Deutschland technisch, finanziell, personell und logistisch unterstützt werden.

6.3 Engagement religionsbasierter Akteure für globale Aufgaben

Das BMZ mit der GIZ leisten bei der Zusammenarbeit mit örtlichen religionsbasierten Akteuren zur Erreichung globaler politischer Ziele bereits sehr viel. Eine mustergültige Zusammenstellung von Basisprojekten mit religionsbasierten Akteuren und NGOs in Partnerländern zu nachhaltiger Entwicklung findet sich in der Publikation „Mehr als alles. Der Beitrag von Religionsgemeinschaften und Menschenrechtsorganisationen zu nachhaltiger Entwicklung“ des BMZ mit der GIZ (BMZ/GIZ 2016): Förderung von Frauenrechten in Afghanistan durch örtliche religiöse Autoritäten und Freitagspredigten, Herausbildung von Umweltbewusstsein durch Schulung von Imamen in Algerien, Unterstützung von effizienter Wassernutzung durch Religionsvertreter in Jordanien – das sind nur einige Beispiele für Initiativen.

¹³⁴ So auf der Institutshomepage des SIPRI-Forschers Aurélien Tobie, Essay, 14. November 2016, Link: <https://www.sipri.org/commentary/essay/2016/beyond-peace-agreement-mali> [13.02.2017].

Das *Resources Knowledge Center* der *International Partnership on Religion and Sustainable Development* (PaRD) bietet online zahlreiche weitere internationale Publikationen (von UN-Organisationen oder Entwicklungsministerien und -agenturen anderer Staaten) mit Übersichten über die Beteiligung religionsbasierter Akteure an globalen entwicklungspolitischen Aufgaben und Projekten,¹³⁵ auch zu spezielleren Themen. Aktivitäten im Rahmen der Vereinten Nationen sind dort auch zusammengefasst im Jahresbericht „*Engaging Religion and Faith-Based Actors in 2016*“ der *United Nations Inter-Agency Task Force on Engaging Faith-Based Actors for Sustainable Development* (UN IATF-FBOs).¹³⁶ Weitere Online-Ressourcen zu Religion und nachhaltiger Entwicklung bietet die *Joint Learning Initiative on Faith and Local Communities* (JLIFLC).¹³⁷

Zu prüfen wäre, ob nach dem Beispiel von bilateralen Fortbildungen für Verwaltungskräfte aus Partnerländern, wie etwa der von der Bundesregierung (Auswärtiges Amt) und Marokko unterstützten „Deutsch-Marokkanischen Akademie für Gute Regierungsführung“¹³⁸ an der Europäischen Akademie Berlin, auch entsprechende Angebote für Religionsvertreter, Theologen, Mitarbeiter religiöser Sozialorganisationen und religiöser zivilgesellschaftlicher Einrichtungen mit dem Ziel der Sensibilisierung für Friedensverantwortung, globale Aufgaben und der Umsetzung vor Ort erstellt werden können. Ebenso wäre zu prüfen, ob im Rahmen solcher bilateraler Verwaltungsfortbildungen gerade für Transformationsstaaten bzw. Länder mit internen religionsbezogenen Konflikten auch Module/Einheiten zu Fragen der Religionsfreiheit und dem Religionsverfassungsrecht in Deutschland angeboten werden könnten.

6.4 Religion und Außenpolitik in internationalen Organisationen

Deutschland hat die Möglichkeit, nicht nur im Tagesgeschäft seiner Mitgliedschaft in internationalen Organisationen Fragen der internationalen Rollen von Religionen immer wieder in den jeweiligen Fachkontexten zu thematisieren, sondern auch im Rahmen etwa-

¹³⁵ PaRD-Website, Link: <http://www.partner-religion-development.org/resources/knowledge-center/> [11.04.2017].

¹³⁶ Link zum Bericht auf PaRD-Website: http://www.partner-religion-development.org/fileadmin/Dateien/Resources/Knowledge_Center/Annual_Report_IATF_on_Religion_and_Development_2016.pdf [11.04.2017].

¹³⁷ JLIFLC Website, über Weltbank/BMZ-Konferenz 2015 in Washington, Link: <https://jliflc.com/conferences/religion-sustainable-development-building-partnerships-to-end-extreme-poverty/> [12.04.2017].

¹³⁸ Information dazu mit Ansprechpartnern s. Homepage Europäische Akademie Berlin, Link: <http://www.eab-berlin.eu/event/deutsch-marokkanische-akademie-fuer-gute-regierungsfuehrung-3/> [15.02.2017].

iger Präsidenschaften von OSZE, G 20, EU etc. beispielsweise den Kampf gegen religiös verbrämte Gewalt, den Einsatz für internationale Religionsfreiheit, den internationalen Religionsdialog oder die Friedensverantwortung der Religionen als eine Präsidenschaftspriorität zu benennen oder auf die politische Tagesordnung zu setzen. Auch eine intensivere, systematische Zusammenarbeit mit den religionsbezogenen Sonderbeauftragten von internationalen Organisationen und eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung dieser Fachstellen und religionsbezogener Programme, ggf. auch durch eigene nationale Finanzbeiträge, wären eine Möglichkeit.

Neben der klassischen Arbeit in internationalen Regierungsorganisationen wie Vereinte Nationen, Europarat oder Europäische Union wäre zu prüfen, inwieweit auch internationale parlamentarische Organisationen oder politiknahe Stiftungen international am Themenfeld Religion und Außenpolitik arbeiten und inwieweit die Bundesregierung mit diesen Akteuren zusammen arbeiten oder deren Aktivitäten unterstützen kann. Zu nennen wären dabei die Interparlamentarische Union (IPU) in Genf oder die parteinahen politischen Stiftungen in Deutschland.

Anknüpfungspunkte bietet möglicherweise auch die Arbeit des *International Panel of Parliamentarians for the Freedom of Religion or Belief* (IPPFroB), ein informelles internationales Abgeordnetennetzwerk, das gemäß Artikel 18 der UN-Menschenrechtserklärung die Religionsfreiheit weltweit fördern möchte. Im September 2016 trafen sich dazu über hundert Parlamentarier des Netzwerks aus 60 Ländern in Berlin und berieten über die Gefahren für dieses weltweit umstrittene Grundrecht. Das anschließende öffentliche Symposium mit über 300 Vertretern von Kirchen, Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft im Reichstagsgebäude wurde von Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnet.¹³⁹ Die Kompetenz des Netzwerks im Bereich Religion und Außenpolitik sowie die internationalen Kontakte der Netzwerk-Parlamentarier zu Religionsgemeinschaften und religionsbasierten Akteuren könnten ggf. auch für die deutsche Außenpolitik interessante Kooperationsmöglichkeiten bieten – in anderen religionsbezogenen Feldern, auch über das eingegrenzte Thema Religionsfreiheit hinaus.

¹³⁹ Ein Bericht über die Veranstaltung von Claudia Atts, 16. September 2016, online unter: <https://www.worldwatchmonitor.org/2016/09/freedom-of-religion-or-belief-the-defining-issue-of-our-time/> [23.03.2017].

6.5 Förderung interreligiöser Kooperation, Forschung und Friedensarbeit

Bei der friedensorientierten Förderung des interreligiösen Dialogs durch eine religionsbezogene Außenpolitik bieten sich zahlreiche international aktive Dialog- und Kooperationspartner an, wie etwa in Deutschland die Stiftung Weltethos Tübingen, forschungs- und netzwerkbezogen die Interreligiöse Arbeitsstelle (INTRA), in Europa die Unterstützung des *European Council of Religious Leaders* (ECRL), weltweit *Religions for Peace* (RfP) in New York,¹⁴⁰ der *Council for a Parliament of the World's Religions* (CPWR)¹⁴¹ in Chicago oder die *United Religions Initiative* (URI). Sie haben jeweils unterschiedliche Fähigkeiten und Schwerpunkte. Dabei ist es wichtig, die Ziele, Ebenen und Themen interkultureller/interreligiöser Dialoge, Kooperationen und Friedensarbeit zu differenzieren (vgl. Bender 2013: 295-297). Auch in der wissenschaftlichen Forschung gibt es zahlreiche Institute, die sich der interreligiösen Kooperation und Dialog widmen, wobei hier die Fokussierung auf Außenpolitik und internationaler Friedensarbeit noch nicht so verbreitet ist.

Überblicke über international agierende Religionsdialog-Initiativen bieten unter anderem das *Religions for Peace* (RfP) *European Directory* für Europa und das ambitionierte, ein eine weltweite Erfassung anstrebendes Peacemap-Projekt des *King Abdullah bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue* (KAICIID). Hervorzuheben sind „*A Common Word*“, ein Brief von 138 hochrangigen muslimischen Gelehrten an die religiösen Führer des Christentums (Weingardt 2014: 126-130)¹⁴² mit einer konkreten Wirkungsgeschichte und die Parlamente der Weltreligionen in Chicago 1893 und 1993, Kapstadt 1999, Barcelona 2004, Kapstadt 2009 (Weingardt 2014: 109-114), Salt Lake City 2015.

Es gilt nicht nur, diese internationalen interreligiösen Dialoginitiativen und Übereinkünfte im intrareligiösen Diskurs und an der Basis bekannter zu machen, sondern sie auch konkret auf Friedensarbeit zu orientieren und anzuwenden. Gleichzeitig gibt es vor Ort viele engagierte und hervorragende interreligiöse Initiativen, die überregional weitgehend unbekannt sind, obwohl von ihnen vielleicht sogar international viel zu lernen wäre. Hier ist Vernetzung wichtig.

¹⁴⁰ Zur friedensbezogenen interreligiösen Arbeit von RfP Günther Gebhardt, in: Werkner/Hidalgo (Hg.) 2014: 195-213.

¹⁴¹ Dazu Martin Bauschke, in: Werkner/Hidalgo (Hg.) 2014: 87-108.

¹⁴² S. auch Farhood Badri/Helmut Breitmeier in: Werkner/Hidalgo (Hg.) 2014: 77-78.

In Liberia wirkten interreligiöse Friedensinitiativen von Frauen daran mit, den Bürgerkrieg im Land zu beenden.¹⁴³ Die Friedensaktivistin Leymah Gbowee organisierte öffentliche Friedensgebete von Frauen und gründete 2001 zusammen mit Thelma Ekiyor aus Nigeria das *Women in Peacebuilding Network* (WIPNET). Im Rahmen von WIPNET engagierten sich über 1.000 Frauen, hauptsächlich Christinnen und Musliminnen, erfolgreich in der interreligiösen Bewegung *Women of Liberia Mass Action for Peace*. Solche und weitere Beispiele und Initiativen bekannt zu machen, diplomatisch und institutionell zu unterstützen, wissenschaftliche Forschung zu internationaler interreligiöser Zusammenarbeit zu fördern, das könnten wichtige Aufgaben religionsbezogener deutscher Außenpolitik sein.

¹⁴³ Homepage *Institute for Global Engagement* (IGE), Link: <https://globalengage.org/faith-international-affairs/articles/leymah-gbowee-and-the-multi-faith-method-in-peacebuilding> [14.02.2017].

7. Schlussfolgerungen

Staaten und internationale Organisationen thematisieren Religion in der Außenpolitik sehr unterschiedlich, sowohl was die institutionelle Organisation, die inhaltlichen Schwerpunkte als auch die Methoden und Instrumente angeht. Dennoch lassen sich ein paar allgemeine Charakteristika festhalten: Religionskompetenz in den Außenbeziehungen wird besonders in den Ministerien für Äußeres bzw. für Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut – hauptsächlich organisatorisch in speziellen Stabsstellen, durch Beiräte von Religionsvertretern oder von Wissenschaftlern, durch Fortbildungen für Diplomaten, durch wissenschaftliche Forschungsaufträge oder als Gastgeber/Unterstützer für internationale/interreligiöse Konferenzen. Parlamentarier befassen sich mit Religion in den internationalen Beziehungen über überparteiliche thematische Netzwerke, Arbeitsgruppen, Fachausschüsse oder informieren sich anlass- und problem-/länderbezogen über parlamentarische Expertenanhörungen, wissenschaftliche Dienste und Dialogveranstaltungen. Internationale Organisationen wie etwa Vereinte Nationen oder Europäische Union arbeiten religionsbezogen oft mit der Einrichtung von Sonderbeauftragten, thematischen Programmen, Initiativen, Motivjahren/-tagen sowie strukturierten Dialogen mit Religionsvertretern.

Inhaltlich stehen bei den meisten Staaten und Organisationen besonders die internationale Förderung der Religionsfreiheit, Kampf gegen Radikalisierung und religiös verbrämte Gewalt, Mediation, interreligiöser Dialog sowie geographisch die Region Naher und Mittlerer Osten im Blick.

Der Aufbau von Religionskompetenz in Auswärtigen Diensten verschiedener Länder scheint besonders dann erfolgreich zu sein, wenn die politische Leitung die Befassung mit Religion aktiv und kontinuierlich unterstützt, wenn dazu eine klare langfristige Strategie formuliert und umgesetzt wird, wenn externe Expertise systematisch einbezogen wird, wenn praxisorientierte Handreichungen für auslandspostenspezifische Situationen erstellt, Austausch mit religiösen Akteuren gepflegt sowie auf aktuelle Probleme und internationale Konflikte bezogene Grundlagen vermittelt werden. Beim Mainstreaming religionsbezogener Ausbildungsinhalte etwa durch entsprechende Module in der Diplomatenaus- und -fortbildung sollten nicht nur das Konfliktpotenzial, sondern auch die Friedensressourcen der Religionen in den Blick genommen werden.

Die Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften und religionsbasierten Akteuren ist dort besonders erfolgreich, wo die Kooperationspartner sorgfältig identifiziert und ausgewählt werden, ihnen auf Augenhöhe begegnet wird und sie in ihrer Autonomie als

Partner aus den Religionen respektiert werden, wo Ziele der Zusammenarbeit gemeinsam definiert werden, eine genaue Situations- und Kontextanalyse vorgenommen wird und fachliche Lösungskompetenzen aktiviert und gefördert werden. Natürlich sind auch die politische Stabilität in den Partnerländern, das gegenseitige Vertrauen in den allgemeinen bilateralen Beziehungen, die Funktionsfähigkeit von Institutionen im Land entscheidende Rahmenbedingungen. So wichtig gerade im Dialog mit Religionsvertretern im Ausland die Auswahl und der Kontakt zu glaubwürdigen, engagierten, kooperativen, verlässlichen Einzelpersonlichkeiten und deren langfristiges Engagement sind, so ist es doch auch für den dauerhaften Erfolg wichtig, die Zusammenarbeit nicht nur von Personen abhängig zu machen, sondern auch strukturell und institutionell abzusichern.

Auf einem diese Studie kommentierenden Experten-Workshop des ifa Ende April 2017 in Berlin wurden weitere wichtige Punkte ergänzt und zusätzlich eingebracht: Die Bedeutung von langfristig finanzierter, auch interdisziplinärer Forschung und wissenschaftlicher Expertise zu Religion und internationaler Politik wurde ebenso unterstrichen wie der Kontakt mit Kulturministerien, der *intrareligiöse* Dialog und die Schaffung von Vertrauen durch regelmäßigen persönlichen Austausch der Religionsführer. Eine Verzahnung verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, Politikwissenschaft, Theologie, Religionswissenschaft, aber auch empirische Religionssoziologie, Ethnologie, Soziologie oder moderne (ggf. visualisierte) dynamische soziologische Netzwerkanalysen können für die Außenpolitik wichtige Erkenntnisse liefern.

Religionsbasierte Akteure sind zur Frühwarnung bei entstehenden oder zu eskalieren drohenden Konflikten wertvolle Informationsquellen und sind bei Kontaktaufnahme mit Konfliktparteien unter Umständen flexibler und anschlussfähiger als Regierungen oder staatliche Institutionen. Ebenfalls von Forschung und Diplomatie genutzt werden sollten Praxisberichte von Friedensmissionen sowie die Expertise von Einrichtungen wie der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt),¹⁴⁴ dem Forschungsprojekt Religion bei Konflikten in Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost¹⁴⁵ des Leibniz-Instituts für Globale und Regionale Studien (GIGA) in Hamburg oder des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung. Mediation, Friedensanbahnung, Aussöhnung, diplomatische Prävention, Deradikalisierung und Gerechtigkeit wurden als wichtige Themen und mögliche Schwerpunkte religionsbezogener Außenpolitik genannt. Moderate Akteure, die sich oft

¹⁴⁴ Link zur Homepage: <https://www.frient.de/> [03.05.2017].

¹⁴⁵ GIGA-Homepage, Weblink zum Projekt: <https://www.giga-hamburg.de/de/projekt/religion-and-conflict-on-the-ambivalence-of-religious-factors-in-africa-asia-latin-america> [04.05.2017].

verloren fühlen, dürfen nicht allein gelassen werden. Für all diese Punkte gilt es auch, geeignete Instrumentarien zu schaffen und jeweils die Reichweite der Aktionen und Akteure zu beachten.

Begleitend zur Studie wurde eine schriftliche, nicht-repräsentative Expertenumfrage zu Religion als Thema (deutscher) Außenpolitik durchgeführt. Kontaktiert wurden zwischen Februar und April 2017 über 130 ausgewählte Experten aus Politik, Religion, Wissenschaft und Kultur aus Deutschland und anderen Ländern. Fast 70 der Multiple-Choice-Antwortbögen mit zehn Fragen wurden anonym ausgefüllt zurückgeschickt. Demnach sollte die deutsche Politik vor allem mit Kirchen, Religionsgemeinschaften und religiösen Akteuren (im Ausland), mit überkonfessionellen NGOs oder mit interreligiösen Organisationen zusammenarbeiten. Schwerpunkte sollten die Beteiligung religiöser Akteure an Konfliktprävention und Versöhnung, interreligiöser Dialog und interreligiöse Zusammenarbeit sowie Religionsfreiheit und Menschenrechte sein. Breite Unterstützung fanden auch die Einrichtung eines Expertenbeirats für Religion und Außenpolitik, erhöhtes Budget für die Thematisierung von Religion in der Auswärtigen Kulturpolitik und in der internationalen Menschenrechtspolitik sowie religionsbezogene Fortbildungen von Mitarbeitern der Bundesministerien und anderer Einrichtungen. Deutschland sollte vor allem in den Vereinten Nationen, in der UNESCO sowie im Europarat Religion stärker thematisieren. Besonders in den Beziehungen Deutschlands zum Nahen/Mittleren Osten, zur Türkei, zu Indien/Pakistan/Südasiens sowie zu Nigeria/Subsahara-Afrika sollte nach Ansicht der Umfrageteilnehmer das Thema Religion eine wichtigere Rolle spielen. Auch die Beziehungen zur EU und ihren Mitgliedstaaten sowie zu Nordafrika wurden häufig als wichtige Regionen genannt. In frei formulierten Anmerkungen wurde unter anderem auch darauf hingewiesen, moderate, liberale und säkulare Kräfte zu stärken, das Thema Religion nicht oberflächlich, sondern langfristig, orientiert an Friedensressourcen der Religionen und mit Stärkung der Zusammenarbeit vor Ort anzugehen.

Für Deutschlands Außenpolitik folgt daraus: Multilateralismus, Europäische Integration, deutsch-französische Freundschaft, die aktiv öffentlich aufgearbeiteten Erfahrungen von Diktatur, NS-Ideologie, Kommunismus und Militarismus sowie die trotz aller Schwierigkeiten seit Jahrzehnten besonderen und partnerschaftlichen Beziehungen zu so unterschiedlichen Ländern wie USA, Russland, Israel, Iran und der Türkei sind genau die Leitplanken, die die Außenpolitik Deutschlands international so verlässlich und respektiert machen – auch bei der Thematisierung von Religion, auch für religionsbasierte Partner.

Deutschland kann sich, im Geiste der Präambel des Grundgesetzes, „im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ im internationalen Einsatz für Religions- und Glaubensfreiheit, für interreligiösen Dialog, für Religions- und Außenpolitikexpertise sowie für kooperative, differenzierte Beziehungen zwischen Staat(en) und Kirchen/Religionsgemeinschaften gemäß dem Religionsverfassungsrecht des Grundgesetzes gemeinsam mit politischen, wissenschaftlichen und religionsbasierten Partnern weltweit stark machen.

Spezifische (auch religionsbezogene) Prinzipien und Organisationsformen in Deutschlands Staat und Gesellschaft, wie etwa Subsidiarität, Föderalismus, Erfahrungen mit der durch die Freiheit der Wissenschaft grundgesetzlich geschützten Theologie- und Religionslehrerausbildung an staatlichen Hochschulen, mit konfessionellem Religionsunterricht an staatlichen Schulen, mit aktivem religiösem Verbandswesen von Laien könnten ggf. flankierend hinzu gezogen werden, um Ideen und neue Lösungsvorschläge für Konflikte mit religiöser Vielfalt in Partnerländern partnerschaftlich und der jeweiligen örtlichen Situation angepasst zu diskutieren und zu erarbeiten.

Dabei sollte man nicht nach einem einzigen besten Modell für religionsbezogene Außenpolitik suchen:

„The new knowledge of international relations that today's foreign policy-makers are looking for is surely marked by the plural, the local, the societal, the culturally specific – and, perhaps most importantly we have argued, the religiously specific“. (vgl. Pedito/Thomas 2015: 51)

Insofern sind die Verortung der religionsbezogenen Außenpolitik im Rahmen der AKBP und die Differenzierung von der Förderung der Religionsfreiheit im Rahmen der Menschenrechtspolitik und die gesonderte Vermittlung von Informationen über religionsverfassungsrechtliche Modelle und plurales religiöses Leben in Deutschland an ausländische Vertreter, etwa im Rahmen offizieller Besuchsprogramme der Bundesregierung durch das Bundespresseamt eine gute Möglichkeit, diese Pluralität der Themen, Partner, Zielländer und Zielgruppen positiv und erfolgreich anzugehen.

Eine ausschließliche religionsaußenpolitische Fokussierung auf einen Ansatz, ein Thema, eine Zielgruppe könnte dagegen zu einer unfreiwilligen partiellen ‚Religionisierung‘ von Beziehungen oder bestimmten Konflikten führen, die in der Sache nicht dienlich sein dürfte. Im internationalen Vergleich könnte aber ein positiv gesetzter Schwerpunkt bei der *Friedensverantwortung* der Religionen sowie partnerschaftliche Netzwerke und langfristige Kooperationen mit ausländischen religionsbasierten Akteuren ein innovatives Markenzeichen der religionsbezogenen Außenpolitik Deutschlands werden.

Literaturverzeichnis

Alles, Delphine (2016): *Transnational Islamic Actors and Indonesia's Foreign Policy. Transcending the state*. Milton Park, Abingdon/New York: Routledge

Anna Lindh Forum (2010): *Recommendations. Religion, Spirituality and Values. Interreligious Dialogue and Common Values for Action*. Alexandria, Egypt

Anthoni, Mohammad (2013): *Indonesia promotes and enhances interfaith dialogues*. In: *Republika.co.id*, 14 December 2013, Jakarta, online:
<http://www.antaraneews.com/en/news/91788/indonesia-promotes-and-enhances-interfaith-dialogues> [28.01.2017]

Appleby, Scott R. (2000): *Ambivalence of the Sacred: Religion, Violence and Reconciliation*. Lanham (Mass.): Rowman & Littlefield

Arinze, Francis Kardinal (2002): *Religionen gegen die Gewalt. Eine Allianz für den Frieden*. Freiburg/ Basel/Wien: Herder

Asia-Europe Meeting (ASEM) (2005): *Bali Declaration on Building Interfaith Harmony within the international Community*. 22 July 2005. Bali, Indonesia. Online:
http://www.aseminfoboard.org/sites/default/files/documents/2005_ASEM_IFD1_Bali_Declaration.pdf [29.01.2017]

Assemblée nationale (2015): *Commission des affaires étrangères. Compte rendu n. 39. Séance de 17 heures*. Mardi, 27 janvier 2015. Paris

Auswärtiges Amt (AA) (2016): *Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit*. Juni 2016. Berlin

Auswärtiges Amt (AA) (Hg.) (2007): *Weltmacht Religion – vom Einfluss der Religionen auf die internationale Politik*. 18. Forum Globale Fragen. Berlin, 08.-09. November 2007. Berlin

Auswärtiges Amt (AA) (Hg.) (2014): *Review 2014. Krise – Ordnung – Europa. Außenpolitik weiter denken*. Berlin

Bacot, Jean-Pierre (2013): *Une Europe sans religion dans un monde religieux*. Paris

Barnett, Michael et al. (Hg.) (2015): Faith, Freedom and Foreign Policy. Challenges for the Transatlantic Community. Washington DC: Transatlantic Academy

Basuki, Tobias (2014): Religion und die internationalen Beziehungen: Beispiel Indonesien. In: Auswärtiges Amt (AA) (Hg.) (2014): Review 2014. Krise – Ordnung – Europa. Außenpolitik weiter denken. Berlin, online: <http://www.aussenpolitik-weiter-denken.de/de/aussensicht/show/article/europa-sollte-einen-interkulturellen-dialog-fuehren/pages/1.html> [24.01.2017]

Baumgart-Ochse, Claudia (2015): Religion und internationale Politik. In: Masala, Carlo/Sauer, Frank (Hg.) (2015): Handbuch Internationale Beziehungen. Wiesbaden, S. 1-20

Bauschke, Martin (2010): Die Goldene Regel. Berlin: EB-Verlag

Bender, Peter (2002a): Erfahrungen austauschen. Bemühungen um den interreligiösen Dialog auf europäischer Ebene. In: Herder Korrespondenz 56 6/2002, S. 300-303

Bender, Peter (2002b): Die Religionen in der Globalisierungsdebatte. In: WEED Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung. Sonderdienst 5, Mai 2002

Bender, Peter (2002c): Società civile e sfida della modernizzazione. Il caso del mondo musulmano. In: Religioni e società 42, gennaio.-aprile 2002, S. 133-136

Bender, Peter (2013): Die Rolle der EU im internationalen interreligiösen Dialog. Forum, Förderer, Facilitator. In: Werkner, Ines-Jacqueline/Liedhegener, Antonius (Hg.) (2013): Europäische Religionspolitik. Religiöse Identitätsbezüge, rechtliche Regelungen und politische Ausgestaltung. Wiesbaden, S. 295-305

Bender, Peter (2014): Der Weg entsteht beim Gehen. Papst Franziskus ist ein Jahr im Amt. In: Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte NG FH, 4/2014: 8-11

Bercker, Edmund/Abeln, Reinhard (Hg.) (2002): Die Welt nach dem 11. September. Eindrücke, Erinnerungen, Ausblicke. Kevelaer: Butzon & Bercker

Bernard, Christian (2011): La République laïque et la religion: une nouveauté, le pôle Religion. Institut Géopolitique et Culturel Jacques Cartier. Poitiers. Online: <http://www.institut-jacquescartier.fr/tags/pole-religions/> [24.01.2017]

Berndt, Hagen (1998): Gewaltfreiheit in den Weltreligionen. Vision und Wirklichkeit. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus

Beyer, Renate (2000): Interreligiöser Dialog – Schlagwort oder Chance? Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus

Birdsall, Judd (2014): Interview. Eric Germain on French Foreign Policy and Religion. In: The Review of Faith & International Affairs, vol. 12 (2014), Issue 3, S. 72-74

Birdsall, Judd (2016): Keep the Faith: How American Diplomacy Got Religion, and How to Keep It. In: The Review of Faith & International Affairs, vol. 14:2, S. 110-115

Birdsall, Judd/Lindsay, Jane/Tomalin, Emma (Hg.) (2015): Toward Religion-Attentive Foreign Policy. A Report on an Anglo-American Dialogue. Cambridge: CIRIS

Biskup, Lennart (2017): Saudi-Arabiens radikaliserender Einfluss auf Deutschlands Muslime. Januar 2017. Frankfurt: Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam (FFGI)

Bitter, Jean-Nicolas/Frazer, Owen (2016): Promoting Salafi Political Participation. In: CSS ETH Zurich Policy Perspectives, Vol. 4/5, April 2016, S. 1-4

Blau, Wolfgang/Selene, Alys (Hg.) (2007): German Dream. Träumen für Deutschland. München

Boehle, Josef (2016): Religion and Politics in a Global Age. A New Vision for Inter-religious and International Relations. London: I.B. Tauris (im Erscheinen)

Braml, Josef (2005): Die religiöse Rechte in den USA. In: Internationale Politik IP 4, April 2005, S. 36-43

Bread for the World – Protestant Development Service (2016): Religion in the Context of Violence. Challenges for Peace Building Work of Religious Actors in Violent Conflicts: Outcomes of a Partner Workshop. May 2016. Berlin

Brown, Noel J./Quiblier, Pierre (Hg.) (1994): Ethics & Agenda 21. Moral Implications of a Global Consensus. New York: United Nations Environment Programme (UNEP)

Brussels Declaration (2001): „The Peace of God in the World“. Towards Peaceful Coexistence and Collaboration Among the Three Monotheistic Religions. Judaism, Christianity and Islam. 20 December 2001, Brussels

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2015): Die Rolle von Religion in der deutschen Entwicklungspolitik, Berlin

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2016): Religionen als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit, Bonn/Berlin

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)/Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) (2016): Mehr als alles. Der Beitrag von Religionsgemeinschaften und Menschenrechtsorganisationen zu nachhaltiger Entwicklung. Bonn/Eschborn

Center for Security Studies (CSS) ETH Zürich (2011): Mediation in religiös geprägten Konflikten. CSS Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 105. Dezember 2011. Zürich

Centre on Conflict, Development and Peacebuilding (CCDP) (2010a): The Islamic Charities Project (ICP). Geneva: CCDP Project Brief No 3/September 2010

Centre on Conflict, Development and Peacebuilding (CCDP) (2010b): The Sri Lanka Dialogue Project (SLDP). Geneva: CCDP Issue Brief No 2/Aout 2010

Centre on Conflict, Development and Peacebuilding (CCDP) (2010c): The Swiss and Egyptian NGO Dialogue Project (SEND). Geneva: CCDP Issue Brief

Centre on Conflict, Development and Peacebuilding (CCDP) (2010d): Transforming Conflicts with Religious Dimensions. Methodologies and Practical Experiences. 27-28 April 2009 Zurich. Conference Report. Geneva

Centre on Conflict, Development and Peacebuilding (CCDP) (2011): The Tajikistan Dialogue Project (TDP). Geneva: CCDP Project Report January 2011

Charter for Forgiveness (2016): Charter for Forgiveness and Reconciliation. Birmingham (UK). Online: www.charterforforgiveness.org

Church and Peace/Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee (DMFK)/pax christi (2015): Fünfundfünfzig Erfolge für die Gewaltfreiheit. Gewaltfreiheit wirkt! Berlin, online Website pax christi:
http://www.paxchristi.de/file/download/AMIfv9408t5pCX9xrxiSK7W8I0DiaggacRuOjQK2rPgk470JVot_vBBEdMI7pjj-M4TukgzyMd7xt5ZPatUbw9zWjDUfkXK4XxHQWgOxLfatvxXiezKoPkWkmms6q2_uQlYCMhGep8-SctkKH8ri4XniffO0s6Gxc6dKejLQt_E-KvzB9Byx-Y/RZ5_55_Beispiele_Netz2.pdf
[28.01.2017]

Council of the European Union (2008): Council Conclusions on the promotion of cultural diversity and intercultural dialogue in the external relations of the Union and its Member States. 20 November 2008. Official Journal of the European Union 2008/C 320/04, 16.12.2008. Brussels

Council on Foreign Relations (CFR) (o.J.): Religion and Foreign Policy Initiative. New York. Online:
http://i.cfr.org/content/publications/attachments/CFR_Religion_and_Foreign_Policy_Initiative_Brochure_2015.pdf?co=C036801

Cox, Brian/Philpott, Daniel (2003): Faith-Based Diplomacy. An ancient idea newly emergent. Task Force Report. In: The Brandywine Review of Faith and International Affairs, Fall 2003, S.31-40, online: <https://globalengage.org/content/fall2003-cox-philpott.pdf>

Curanović, Alicja (2012): The Religious Diplomacy of the Russian Federation. Russie.NEI.Report No. 12. Paris: Ifri

Czada, Roland/Held, Thomas/Weingardt, Markus (Hg.) (2012): Religions and World Peace. Religious Capacities for Conflict Resolution and Peacebuilding. Baden-Baden

Daou, Fadi/Tabbara, Nayla (2016): Interreligiöse Zusammenarbeit als notwendige Bedingung für den Frieden. Impulse aus einer spannungsreichen Region. In: Deutsche Bischofskonferenz (2016): Gewaltlosigkeit. Stil einer Politik für den Frieden. Welttag des Friedens 1. Januar 2017. Arbeitshilfen 291. Bonn, S. 21-23

Deutsche Bischofskonferenz (2016): Gewaltlosigkeit. Stil einer Politik für den Frieden. Welttag des Friedens 1. Januar 2017. Arbeitshilfen 291. Bonn

Dickow, Helga (2015): Zentralafrikanische Republik. In: Schrader, Lutz: Innerstaatliche Konflikte. Konfliktportraits. Bundeszentrale für politische Bildung (Online Dossier 2015), Link: <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/185581/zentralafrikanische-republik> [12.04.2017]

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) (2010): Wenn Religionen und Weltbilder aufeinander treffen. Das Engagement der Schweizer Friedenspolitik. Bern, online: <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/menschenrechte-menschliche-sicherheit/frieden/religion-und-konflikte.html> bzw. <http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/topics/peasec/peac/confre/conrel.html> [13.12.2016]

El Difraoui, Asiem (2013): Ein neues Ägypten? Reise durch ein Land im Aufruhr. Hamburg: Körber-Stiftung

EU Guidelines on freedom of religion and belief:
https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/137585.pdf

European Parliament (2014): Resolution on EU foreign policy in a world of cultural and religious differences (2014/2690(RSP)). Document B7-0365/2014 (Giannakou Report, PE533.884v01-00). 11 April 2014. Strasbourg

European Parliament (2016): Resolution on the role of intercultural dialogue, cultural diversity and education in promoting EU fundamental values (2015/2139(INI)). Document P8_TA-PROV(2016)0005. 19 January 2016. Strasbourg

European Parliamentary Research Service EPRS (2016): Religious organisations and conflict resolution. Briefing November 2016. Brussels

European Parliament Intergroup on Freedom of Religion or Belief and Religious Tolerance (2015): 2014 Annual Report: The State of Freedom of Religion or Belief in the World, June 2015, Brussels

Federal Department of Foreign Affairs FDFA (2011): Factsheet. Follow-up of the Tajikistan Dialogue Project. Piloting the revised curriculum for religious schools. Berne

Federal Department of Foreign Affairs FDFA (2012): Factsheet. The Swiss Engagement in the United Nations Alliance of Civilizations. August 2012. Berne

Federal Department of Foreign Affairs FDFA (o.J.): Factsheet. The Nyon Process. Berne

Federal Department of Foreign Affairs FDFA/Fondation Cordoue de Genève (2012): "North Africa and West Asia in Transformation" Program (NAWAT). Factsheet. 30 August 2012. Berne/Geneva

Federal Department of Foreign Affairs FDFA (2014): Religion and Mediation Course. A specialized training course for mediators and peace practitioners. 9-14 November 2014, Château de Bossey, Switzerland

Ferrara, Pasquale (2014a): Global Religions and International Relations. A Diplomatic Perspective. New York: Palgrave MacMillan

Ferrara, Pasquale (2014b): Religioni e relazioni internazionali. Atlante teo-politico. Roma: Città Nuova

Ferrara, Pasquale/Petito, Fabio (2016): An Italian Foreign Policy of Religious Engagement. Challenges and Prospects. In: The International Spectator. Vol. 51 (2016), Issue 1, S. 28-43

Fischer, Martina (2011): Civil Society in Conflict Transformation. Strengths and Limitations. In: Austin, Beatrix/Fischer, Martina/Giessmann, Hans J. (Hg.) (2011): Advancing Conflict Transformation. The Berghof Handbook II. Opladen/Framington Hills: Barbara Budrich Publishers, S. 287-313

Foreign & Commonwealth Office (FCO) (2016): Freedom of Religion or Belief Toolkit. How the FCO can help promote and protect this human right. London

Frazer, Owen (2013): CARIM: Die Mediation von Konflikten mit religiösen Dimensionen. In: Bulletin 2013 zur Schweizerischen Sicherheitspolitik, S. 147-152

Gabriel, Sigmar (2017): Zum Anschlag auf eine koptische Kirche in Ägypten. Pressemitteilung vom 9. April 2017, Website Auswärtiges Amt, Link: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2017/170409_BM_Anschlag_Aegypten.html, [17.04.2017]

Gerlach, Julia/Töpfer, Jochen (Hg.) (2015): The Role of Religion in Eastern Europe Today. Wiesbaden: VS Verlag.

- Halbach, Uwe (2016): Die Russisch-Orthodoxe Kirche als Stütze staatlicher (Außen-)Politik und Ideologie. Berlin: SWP Aktuell 5, Februar 2016. Online: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A05_hlb.pdf [13.04.2017]
- Harmakaputra, Hans Abdiel (2016): Interfaith Relations in Contemporary Indonesia. Challenges and Progress. Boston University Institute on Culture, Religion and World Affairs CURA. October 2016. Boston. Online: <http://www.bu.edu/cura/files/2016/11/Hans-Draft-Paper-CURA-Oct-27-fin.pdf> [01.02.2017]
- Hasenclever, Andreas/De Juan, Alexander (2007): Religionen in Konflikten – eine Herausforderung für die Friedenspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 6, S. 10–16
- Haynes, Jeffrey (2012a): Religious Transnational Actors and Soft Power. Aldershot: Ashgate
- Haynes, Jeffrey (2012b): Peacebuilding in the Field. Religious Approaches, Best Practises and Constraints. In: Czada, Roland/Held, Thomas/Weingardt, Markus (Hg.) (2012): Religions and World Peace. Religious Capacities for Conflict Resolution and Peacebuilding. Baden-Baden, S. 46-65
- Hayward, Susan (2016): Understanding and Extending the Marrakesh Declaration in Policy and Practice. US Institute of Peace Special Report SR 392. September 2016. Washington DC, online: <http://www.usip.org/sites/default/files/SR392-Understanding-and-Extending-the-Marrakesh-Declaration-in-Policy-and-Practice.pdf>
- Heumann, Pierre (2016): Weniger Glanz. In: IP Länderporträt Israel 2/2016, S. 48-51
- Homeyer, Josef (2002): Der interreligiöse Dialog Europas vor der Krise des Westens. In: Bercker, Edmund/Abeln, Reinhard (Hg.) (2002): Die Welt nach dem 11. September. Eindrücke, Erinnerungen, Ausblicke. Kevelaer: Butzon & Bercker, S. 65-72
- Hoover, Dennis R./Johnston, Douglas M. (Hg.) (2012): Religion and Foreign Affairs. Essential Readings. Waco TX: Baylor University Press
- Huntington, Samuel P. (1998): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München, 7. Auflage: Siedler
- Hurd, Elizabeth S. (2015): Beyond Religious Freedom. The New Global Politics of Religion. Princeton

Institute for Economics and Peace (IEP) (2014): Five Key Questions Answered on the Link Between Peace & Religion. October 2014. Sydney/New York/Oxford: IEP Report 29, Online: <http://economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2015/06/Peace-and-Religion-Report.pdf> [01.01.2017]

ISCOMET/Maribor-Initiative (2002): Belgrader Erklärung zur Rolle der Glaubensgemeinschaften und der Religionsfreiheit in der demokratischen Gesellschaft. In: *Una Sancta – Zeitschrift für ökumenische Begegnung*, 57. Jg., Heft 2/2002: 173-176

ISOMIL International Summit of Moderate Islamic Leaders (2016): Nahdlatul Ulama Declaration, Jakarta, 10 May 2016, online: http://www.libforall.org/media/news-stories/2016/Nahdlatul-Ulama-Declaration_05-10-16.pdf [29.01.2017]

Jackson, Robert/Fujiwara, Satoko (2007): Towards Religious Education for Peace. In: *British Journal of Religious Education*, vol. 29, No. 1. January 2007: 1-14

James, Patrick (Hg.) (2011): *Religion, Identity, and Global Governance. Ideas, Evidence, and Practice*. Toronto: Toronto University Press

Joustra, Robert (2016): Advice for the Next American President: Commonwealth Collaboration, Cooperation, and Concern on Freedom of Religion or Belief. In: *The Review of Faith & International Affairs*, vol. 14:2, 105-109

Kakar, Palwasha L./Langhi, Zahra (2017): *Libya's Religious Sector and Peacebuilding Efforts*. Peaceworks 124. Washington: United States Institute of Peace USIP

Keiswetter, Allen/Chane, Bishop John (2013): *Diplomacy and Religion: Seeking Common Interests and Engagement in a Dynamically Changing and Turbulent World*. The Brookings Project on U.S. Relations with the Islamic World. U.S.-Islamic World Forum Papers 2013, November 2013. Washington DC

Kendhammer, Brandon (2016): *Muslims Talking Politics: Islam and Democracy in Practice in Northern Nigeria*. Boston University Institute on Culture, Religion and World Affairs CURA. September 2016. Boston. Online: <http://www.bu.edu/cura/files/2016/12/Muslims-Talking-Politics.pdf> [01.02.2017]

Kreft, Heinrich (2015): Interreligiöser Dialog und Diplomatie. Die Bedeutung des Dialogs mit der islamischen Welt in der deutschen Außenpolitik. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 2015, 8, S. 197-207

Küng, Hans (1998): Projekt Weltethos. 4. Aufl., München: Piper

Küng, Hans (2000): Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft. München: Piper

Küng, Hans (Hg.) (2002): Dokumentation zum Weltethos, München: Piper

Küng, Hans/Kuschel, Karl-Josef (Hg.) (1996): Erklärung zum Weltethos. Die Deklaration des Parlaments der Weltreligionen. 2. Aufl. München

Küng, Hans/Kuschel, Karl-Josef (Hg.) (1993): Weltfrieden durch Religionsfrieden. Antworten aus den Weltreligionen. München

Lehmann, Karsten/Brodeur, Patrice/Vobecka, Jana (2015): The KAICIID Peace Map. An emerging tool for the understanding of interreligious dialogue internationally. Boston University Institute on Culture, Religion and World Affairs CURA. September 2015. Boston. Online: http://www.bu.edu/cura/files/2015/12/CURA_LEHMANN_BRODEUR_VOBECKA_-KAICIID-Peace-Map-Article-3-Dec-2015.pdf [01.02.2017]

LibForAll Foundation/International Institute for Qur'anic Studies (2016): International Summit of Moderate Islamic Leaders (ISOMIL) Nahdlatul Ulama Declaration Offers Powerful Antidote to a Global Crisis. Online: http://www.libforall.org/media/newsletters/2016/ISOMIL-NU-Declaration-Newsletter_05-16.pdf [29.01.2017]

Liedhegener, Antonius/Werkner, Ines-Jacqueline (Hg.) (2010): Religion, Menschenrechte und Menschenrechtspolitik. Wiesbaden

Lindsay, Jane (2014): Is there a Post-Secular Foreign Policy? A UK Perspective. In: The Review of Faith and International Affairs (RFIA), vol. 12 (2014), Issue 3, S. 9-17

Lintl, Peter/Thuselt, Christian/Wolff, Christian (Hg.) (2016): Religiöse Bewegungen als politische Akteure im Nahen Osten. Baden-Baden: Nomos

Lisack, Gaëlle (2014): European external cultural relations: Paving new ways? , More Europe – External cultural relations/Institut für Auslandsbeziehungen (ifa). Brüssel/Stuttgart

Loewe, Markus/El-Haddad, Amirah/Furness, Mark/Houdret, Annabelle/Trautner, Bernhard/Zintl, Tina (2016): Ein neuer Gesellschaftsvertrag für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA). Die aktuelle Kolumne vom 05.12.2016. Bonn: German Development Institute/Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Lüders, Michael (2015): Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet. München: C.H.Beck

Major, Claudia et al. (2011): Toolbox Krisenmanagement. Von der zivilen Krisenprävention bis zum Peacebuilding. Prinzipien, Akteure, Instrumente. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)/Zentrum für internationale Friedenseinsätze (zif)

Marsden, Lee (Hg.) (2012): The Ashgate Research Companion to Religion and Conflict Resolution. Aldershot, Ashgate: Routledge

de Montbrial, Thierry (2015): Une goutte d'eau et l'océan. Paris

Mason, Simon J. A./Sguaitamatti, Damiano A. (Hg.) (2011): Religion in Conflict Transformation. Politorbis No. 52. Zeitschrift für Außenpolitik [sic] 2/2011. Bern

Meddeb, Hamza (2017): Peripheral Vision: How Europe can help preserve Tunisia's fragile democracy. European Council on Foreign Relations (ECFR) Policy Brief ECPR /202, January 2017. London. Online: http://www.ecfr.eu/page/-/ECFR202_PERIPHERAL_VISION2.pdf [01.02.2017]

Melissen, Jan/Sohn, Yul (Hg.) (2015): Understanding Public Diplomacy in East Asia. Middle Powers in a Troubled Region. New York/Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan

Mensink, Dagmar (2016): Wohin führt Papst Franziskus die Kirche? In: Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte NG FH, 4/2016: 12-16

Petito, Fabio/Thomas, Scott M. (2015): Encounter, Dialogue and Knowledge. Italy as a Special Case of Religious Engagement in Foreign Policy. In: The Review of Faith and International Affairs (RFIA), vol. 13 (2015), Number 2 (Summer), S. 40-51

Pontifical Commission "Iustitia et Pax" (1987): Assisi. World Day of Prayer for Peace. 27 October 1986. Vatican City

President's Advisory Council on Faith-based and Neighborhood Partnerships/White House (2010): A New Era of Partnerships. Report of Recommendations to the President. Washington DC, online: <https://www.whitehouse.gov/sites/default/files/docs/ofbnp-council-final-report.pdf>

Reese, Thomas J. (2000): Im Innern des Vatikan. Politik und Organisation der katholischen Kirche. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag

Religion and Foreign Policy Working Group (2012): White Paper Ensuring the Opportunity for Mutual Counsel and Cooperation. October 16, 2012. Washington DC, online: https://globalengage.org/content/1300_Religion__Foreign_Policy_Working_Group_Submitted_WP_16Oct2012.pdf

Religions for Peace (RfP) Deutschland (Hg.) (2016): Teilübersetzung aus RfP European Assembly Report – Guidelines and Recommendations, in: Religions for Peace Informationen Nr. 94/2016, S. 30-31

Riedel, Sabine (2015): Interreligiöse Dialoginitiativen. Zur Auswärtigen Kulturpolitik islamischer Staaten. In: Kiesel, Doron/Lutz, Ronald (Hg.): Religion und Politik. Analysen, Kontroversen, Fragen, Frankfurt/M. 2015, S. 331-356

Ring-Eifel, Ludwig (2004): Weltmacht Vatikan. Päpste machen Politik. München: Pattloch

Robbers, Gerhard (Hg.) (2001): Religionsrechtliche Bestimmungen in der Europäischen Union. Bearbeitet von Christine Schmidt-König. August 2001. Trier: Institut für Europäisches Verfassungsrecht, Universität Trier

Röhrich, Wilfried (2004): Die Macht der Religionen. Glaubenskonflikte in der Weltpolitik. München: C.H.Beck

Schott, Berenike (2016): Geld allein ist nicht die Lösung. Der demokratische Wandel in Tunesien lässt sich sinnvoller fördern. In: Internationale Politik (IP), Januar/Februar 2016, Sonderbeilage Mercator Kolleg 2015, S. 15-17

Schreiner, Peter/Sieg, Ursula/Elsenbast, Volker (Hg.) (2005): Handbuch Interreligiöses Lernen. Comenius-Institut. Gütersloh

Seiple, Chris/Hoover, Dennis R./Otis, Pauletta (Hg.) (2013): The Routledge Handbook of Religion and Security. London: Routledge

Shah, Timothy Samuel/Stepan, Alfred/Duffy Toft, Monica (Hg.) (2012): Rethinking Religion and World Affairs. Oxford: Oxford University Press

Smock, David R. (Hg.) (2006): Religious Contributions to Peacemaking. When Religion Brings Peace, Not War. Peaceworks. Washington DC

Steinmeier, Frank-Walter (2016): Germany's New Global Role. Berlin steps up. In: Foreign Affairs, July/August 2016. Online: <https://www.foreignaffairs.com/articles/europe/2016-06-13/germany-s-new-global-role> [01.02.2017]

Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.) (2001): Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen. Eine Initiative von Kofi Annan. Frankfurt am Main

Tadlaoui, Ghita (2015): Morocco's religious diplomacy in Africa. FRIDE Policy Brief No 196. February 2015. Madrid

Tibi, Bassam (2001): Die neue Weltunordnung. Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus. München, 2., aktualisierte Auflage: Econ

Triebel, Odila (2015): Starke Bindungen im Kontext von Toleranz und Freiheit . Online: Homepage ifa, <http://www.ifa.de/kultur-und-aussenpolitik/besucherprogramm-der-bundesrepublik-deutschland/starke-bindungen-im-kontext-von-toleranz-und-freiheit.html>, [11.12.2016]

Von Lossow, Tobias (2016): Blaues Wunder. In: IP Länderporträt Israel 2/2016, S. 52-57

Watanabe, Lisa (2015): Ein Schweizer Nordafrika-Programm 2.0. CSS Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 184. Dezember 2015. Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Zürich

Weber, Hermann (Hg.) (2004): Religionen auf Wanderschaft. Chancen und Probleme der interreligiösen Begegnung im Zeichen globaler Migration. Jahresakademie Katholischer Akademischer Ausländer-Dienst (KAAD) 29. April – 2. Mai 2004. Bonn

Weingardt, Markus A. (2016): Friede durch Religion? Das Spannungsverhältnis zwischen Religion und Politik. Studie Bertelsmann Stiftung, online: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/friede-durch-religion/>

Weingardt, Markus A. (2010): Religion Macht Frieden. Das Friedenspotenzial von Religionen in politischen Gewaltkonflikten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Weingardt, Markus A. (2014): Was Frieden schafft. Religiöse Konfliktbearbeitung. Akteure, Beispiele, Methoden. Gütersloh

Weninger, Michael (2007): Europa ohne Gott? Die Europäische Union und der Dialog mit den Religionen, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften. Baden-Baden: Nomos

Werenfels, Isabelle/Saliba, Ilyas (2017): Keine Konkurrenz für den König. SWP-Aktuell 25, April 2017. Berlin

Werkner, Ines-Jacqueline (Hg.) (2016): Religion in der Friedens- und Konfliktforschung. Interdisziplinäre Zugänge zu einem multidimensionalen Begriff. Sonderband 1 der Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung. Baden-Baden

Werkner, Ines-Jacqueline/Hidalgo, Oliver (Hg.) (2014): Religionen. Global Player in der internationalen Politik? Wiesbaden

Werkner, Ines-Jacqueline/Hidalgo, Oliver (Hg.) (2016): Religiöse Identitäten in politischen Konflikten. Wiesbaden

Werkner, Ines-Jacqueline/Liedhegener, Antonius (Hg.) (2013): Europäische Religionspolitik - Religiöse Identitätsbezüge, rechtliche Regelungen und politische Ausgestaltung, Wiesbaden

Anhang

Umfrage - Fragebogen

Fragen 1-10

1. Religion als Thema der internationalen Beziehungen allgemein ist...

- sehr wichtig
- wichtig
- nicht so wichtig
- unwichtig

2. Religion als Thema speziell für die deutsche Außenpolitik sollte in Zukunft sein...

- sehr wichtig
- wichtig
- nicht so wichtig
- unwichtig

3. Neben dem Auswärtigen Amt sollten sich folgende Institutionen stärker mit Religion in den Außenbeziehungen befassen... (bitte maximal drei (3) Nennungen):

- Auswärtiger Ausschuss des Deutschen Bundestags
- Bundeskanzleramt
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
- Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)
- Kulturmittler (Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)/Goethe-Institut (GI) etc.)
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA)
- Sonstige (bitte Näheres angeben):

-
- keine Institution stärker/bisherige Befassung ausreichend

4. Mit welchen Akteuren sollte die deutsche Politik im Bereich Religion und Außenpolitik verstärkt zusammen arbeiten? (bitte maximal drei (3) Nennungen)

- Regierungen und Parlamenten im Ausland
- Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften
- Internationalen Organisationen (wie Europäische Union, Vereinte Nationen, siehe auch unten **Frage 7**)

- Interreligiösen Organisationen
- Kirchen, Religionsgemeinschaften und religiösen Akteuren im Ausland
- Kirchen, Religionsgemeinschaften und religiösen Akteuren aus Deutschland
- Überkonfessionellen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) (etwa für Frieden, Umweltschutz, Menschenrechte etc.)
- Wissenschaftlichen Akteuren und Bildungseinrichtungen in Deutschland und im Ausland
- Sonstige (bitte Näheres angeben):

-
- mit keinem Akteur stärker/bisherige Zusammenarbeit ausreichend

5. Beim Themenfeld Religion in der internationalen Politik sollte die Bundesregierung in der deutschen Außenpolitik einen besonderen Schwerpunkt legen auf ... (bitte maximal drei (3) Nennungen):

- Beteiligung religiöser Akteure an Konfliktprävention und Versöhnung
- Bildung und religiöse Erziehung
- Entflechtung/Differenzierung von Staat und Religion/religiöse Neutralität des Staates
- Friedensarbeit und Mediation
- Interreligiöser Dialog und interreligiöse Zusammenarbeit
- Religionsfreiheit und Menschenrechte
- Schutz ethnisch-religiöser Minderheiten
- Soziales, Gesundheit, Umweltschutz und humanitäre Hilfe zusammen mit religiösen Akteuren
- Sonstiges (bitte Näheres angeben):

-
- kein besonderer Schwerpunkt/bisherige Aufteilung ausreichend

6. Die Bundesregierung sollte das Thema Religion und Außenpolitik stärker unterstützen durch ...

(bitte maximal drei (3) Nennungen):

- spezifische Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zum Thema Religion international in einzelnen Bundesministerien /ausgewählten Einrichtungen
- einen Beirat von Kirchen- und Religionsvertreterinnen und -vertretern für religionsbezogene Fragen der deutschen Außenpolitik
- einen Beirat von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für religionsbezogene Fragen der deutschen Außenpolitik
- erhöhtes Budget für die Befassung mit Religion im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)

- Unterstützung der Kulturmittler (Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)/Goethe-Institut (GI) etc.)
- erhöhtes Budget für die Befassung mit Religion im Rahmen der internationalen Menschenrechtspolitik/Förderung der internationalen Religionsfreiheit
- entsprechende Fortbildungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einzelnen Bundesministerien/ausgewählten Einrichtungen
- zusätzliche Unterstützung entsprechender wissenschaftlicher Forschung und Politikberatung
- entsprechende systematische Zusammenarbeit mit anderen Regierungen zum Thema Religion und Außenpolitik
- sonstiges (bitte Näheres angeben):

.....

.....

.....

.....

- keine besondere Aktion/bisherige Befassung ausreichend

7. In welcher internationalen Organisation /welchen internationalen Foren sollte die deutsche Politik Religion stärker thematisieren? (bitte maximal drei (3) Nennungen)

- Europarat (Kultur- und Menschenrechtsorganisation Gesamteuropas in Straßburg, nicht EU)
- Europäischer Rat (Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU), Brüssel)
- Europäisches Parlament
- G 7/G 20
- Rat der Europäischen Union (Außen- und Fachminister der Europäischen Union (EU), Brüssel)
- Nato/Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
- Vereinte Nationen (UNO)
- Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)
- Weltbankgruppe Washington DC/Weltwirtschaftsforum (WEF) Genf
- Sonstige (bitte Näheres angeben):

.....

- keine besondere Organisation/Forum/bisherige Thematisierung ausreichend

8. Das Thema Religion sollte in der deutschen Außenpolitik eine wichtigere Rolle spielen in den Beziehungen zu...

(bitte diesmal maximal fünf (5) Nennungen):

- China und Ostasien
- Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten
- Indien, Pakistan, Bangladesch, Sri Lanka (Südasien)
- Indonesien und Südostasien
- Lateinamerika und Karibik
- Naher und Mittlerer Osten
- Nigeria und Subsahara-Afrika
- Nordafrika
- Nordamerika (USA/Kanada)
- Ozeanien
- Russland
- Türkei
- Westlicher Balkan, südliche Kaukasusregion
- Zentralasien
- Sonstige (bitte Näheres angeben):

- zu keinem Land/keiner Region/bisherige Befassung ausreichend

9. Ordnen Sie sich selbst bitte einem vorrangigen Arbeitsfeld/Kompetenzbereich zu.

- Kultur
- Politik
- Religion
- Wissenschaft
- Sonstiges (bitte Näheres angeben):

10. Sonstiges - Ihre Rückmeldung/Ihr Kommentar (optional)

.....

.....

.....

.....

Zum Autor

Dr. Peter Bender, Politikwissenschaftler und katholischer Theologe, ist seit über 20 Jahren mit dem Themenfeld Religion und internationale Politik befasst – in Studium, Forschung, Lehre, Publikationen, Religionsdialog und Politikmanagement. Nach dem Doppelstudium der Politikwissenschaft, Theologie und Volkswirtschaftslehre in Freiburg i. Br. mit Auslandsaufenthalten in Bordeaux (Frankreich), Los Angeles (CA), bei den Vereinten Nationen in New York, in Washington DC, Guadalajara (Mexiko) und São Paulo (Brasilien) arbeitete er im Europäischen Parlament in Brüssel, als Fachjournalist bei einer Brüsseler Medienagentur, als Hochschuldozent zu den Beziehungen zwischen Europa und der islamischen Welt und als religionspolitischer Referent beim SPD-Parteivorstand in Berlin.

Kontakt: p-bend@web.de

Impressum

Die Studie ist entstanden im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ und erscheint in der ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Das Forschungsprogramm wird finanziert aus Mitteln des Auswärtigen Amtes.

Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Herausgeber: ifa (Institut für Auslandsbeziehungen e. V.), Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart, Postfach 10 24 63, D-70020 Stuttgart, info@ifa.de, www.ifa.de
© ifa 2017

Autor: Dr. Peter Bender

Redaktion/Lektorat: ifa-Forschungsprogramm „Kultur und Außenpolitik“

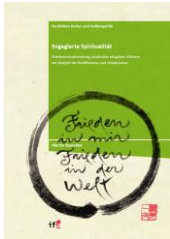
Coverfoto: Panorama Jerusalem, heilige Stadt der drei Weltreligionen Christentum, Judentum, Islam, ein Fokus der internationalen Politik

Bildnachweis: © Flickr/Eric Leger

Design: Eberhard Wolf, München

ISBN: 978-3-921970-33-1

Weitere Publikationen der ifa-Edition Kultur und Außenpolitik



Martin Bauschke: „Engagierte Spiritualität. Friedensverantwortung asiatischer religiöser Akteure am Beispiel des Buddhismus und Hinduismus“ Stuttgart: ifa, 2017 (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik)



Ulrike Blumenreich, Ole Löding: „Synergien Auswärtiger Kulturpolitik im Inland. Am Beispiel von Kommunen“ Stuttgart: ifa, 2017 (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik)



Bastian Lange: „Kreativwirtschaft international. Schnittmengen zur Auswärtigen Kulturpolitik“ Stuttgart: ifa, 2017 (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik)



Mathieu Rousselin: „Can Asymmetrical Cooperation be Legitimised? Habermas, Foucault and Spivak on German-Tunisian Cooperation in Higher Education“ Stuttgart: ifa, 2017 (ifa Edition Culture and Foreign Policy)

Weitere Publikationen des ifa finden Sie unter publikationen.ifa.de.

Religionen als Partner für Frieden in der Welt

„Die Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften und religionsbasierten Akteuren ist dort besonders erfolgreich, wo die Kooperationspartner sorgfältig identifiziert und ausgewählt werden, ihnen auf Augenhöhe begegnet wird und sie in ihrer Autonomie als Partner aus den Religionen respektiert werden [...].“

Zahlreiche Staaten und internationale Organisationen nehmen das Friedenspotenzial von Religionen verstärkt in den Blick und initiieren strategische Kooperationen. Religionsgemeinschaften sind bei zu eskalieren drohenden Konflikten wertvolle Informationsquellen und nicht selten hilfreich bei der Kontaktaufnahme zu Konfliktparteien. Um entsprechende Akteure in die Friedenspolitik einzubinden, bauen Staaten Religionskompetenz in ihren Außenbeziehungen auf. Wo ist eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften möglich? Was folgt daraus für die Außenpolitik Deutschlands? Bender nimmt potenzielle Dialogpartner in Europa, dem Mittelmeerraum, in Afrika und Asien in den Blick und zeigt Perspektiven für die deutsche Außenpolitik auf.